Statusbericht Bürgerhaushalt 2008 Bezirk: Porz

incl. Gesamtstadt

Straßen, Wege (incl. Fahrradwege), Plätze

Statusbericht Bürgerhaushalt 2008

Straßen, Wege, Plätze

Rang **Vorschl. Nr.** **Überschrift**

3 720 Mehr Kontrollen gegen Hundekot

Vorschlagstext

Ständig trifft (wörtlich gemeint) frau/man die Hinterlassenschaften von Hunden. Das passiert auf Bürgersteigen, Grünflächen, Spielplätze usw. Verbote gibts genug, aber null Kontrolle. Dafür müßte die Stadt mehr Geld ausgeben!!!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Grünanlagen der Stadt Köln werden ebenso wie das öffentliche Straßenland durch den Ordnungsdienst kontrolliert. Der Ordnungsdienst wurde im Jahr 2007 um 20 Stellen erweitert. Aufgabenschwerpunkt dieser Außendienstkräfte sind Präsenz und Kontrollen zur Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit im Straßenland und in Grünanlagen. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist derzeit nicht geplant.

Ausschuss **Bezirk**

AVR Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Rang **Vorschl. Nr.** **Überschrift**

4 1195 Radwege

Vorschlagstext

Köln sollte mal das Geld in neue Radwege investieren. Die Qualität der Radwege ist mehr als mangelhaft. Zum Beispiel Aachener Str. zwischen Alter Militärring und Universitätsstr. . Lauter Wurzeln queren den Weg. In Braunsfeld lebensgefährlich für Fußgänger und Radfahrer. Links parkende Autos und rechts die Passanten und vor allem Kinder. Als Radfahrer kann man dort nicht ausweichen im Ernstfall. Das gleiche gillt auch für die Dürener Str. und die Venloer Str. . Man nehme mal als Beispiel sie Stadt Münster. Da haben die Radfahrer eigene Wege. Die nicht unmittelbar durch die Fußgänger führen. Und weg mit den vielen unnötigen Ampeln in und um Köln herrum. Statt dessen mehr Kreisverkehre und gut kennbar gemachte Überwege bzw. Kreuzungen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Bei der Sanierung der Nebenanlagen der Aachener Straße sind die Baumstandorte einzeln zu prüfen und ggfls. zusätzliche Fällungen erforderlich. Für die Umgestaltung der Venloer Straße liegt ein Beschluss des Verkehrsausschusses vom 12.06.2007 vor, die Finanzierung ist bereits im investiven Teil des Haushaltsplan-Entwurfs 2008 sichergestellt. Die Dürener Straße muss untersucht werden (s. Rang 2, Vorschlagsnummer 4785). Für die Aachener Straße werden insgesamt 1,35 Mio. EUR benötigt.

Ausschuss **Bezirk**

VA Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Verwaltung erstellt zur Zeit ein Instandsetzungsprogramm für Radverkehrsanlagen, im Doppelhaushalt 2008/2009 sind rd. 3,0 Mio. EUR dafür vorgesehen. Für die Venloer Straße ist die Planung für den Abschnitt Ehrenfeldgürtel bis Höhe Piusstraße abgeschlossen und wird den Gremien des Rates voraussichtlich noch im Herbst 2008 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Die Ausführung der straßenbaulichen Maßnahmen ist für das III. Quartal 2009 vorgesehen. Der Radweg Aachener Straße soll mit in das Instandsetzungsprogramm Radwege aufgenommen werden. Es wird eine Beschlussvorlage vorbereitet, die noch in 2008 in die Beratung gehen soll. Mit einer Umsetzung der Sanierung könnte dann ebenfalls in 2009 begonnen werden. Die Mittel für die Aachener Straße wurden durch das Bürgerhaushaltsverfahren zur Verfügung gestellt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
7	2750	Köln als fahrradfreundliche Stadt neu positionieren

Vorschlagstext

Bislang taucht das Wort "fahrradfreundlich" auf dieser Website wenn überhaupt, nur in einen negativem Zusammenhang auf. Ich schlage nun vor, einen Plan aufzustellen mit dem Arbeitstitel "Köln als fahrradfreundliche Stadt neu positionieren". Dieser Plan sollte Maßnahmen enthalten, die deutlich über den bisherigen Haushaltsansatz hinausgehen. Er sollte, wie z.B. bei der Mängelerfassung, die Zusammenarbeit mit den Bürger/Innen suchen (Siehe hierzu z.B. meinen Vorschlag "Radwege: Mängel effizient beheben") Auch eine personelle Verstärkung der Funktion des Fahrradbeauftragten kann ins Auge gefasst werden. Bei den Unterhaltungsmitteln für Straßen, Wege, Plätze (Ansatz 13,5 Mio. Euro) müssten die Prioritäten zugunsten des Fahrradverkehrs geändert werden. Der Plan sollte/könnte kostenneutral durch Verschiebungen im Budget des Produktbereiches 12, Verkehrsflächen und Anlagen, ÖPNV mit dem Haushalt 2008 verabschiedet werden. Da er zugleich Folgeschäden des PKW-Verkehrs entgegenwirkt, sehe ich ihn als Sparvorschlag. Bitte um Kommentare

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Zur Beschleunigung von entsprechenden vorgesehenen Maßnahmen und Entwicklung neuer Projekte ist die Aufstockung des Personalpools für den Radverkehr erforderlich. Zusätzliche Stellen: 1 Techniker mit 42.000 EUR/Jahr und 2 Ingenieure mit je ca. 74.000 EUR/Jahr

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Zur Beschleunigung von entsprechenden vorgesehenen Maßnahmen und Entwicklung neuer Projekte ist die Aufstockung des Personalpools für den Radverkehr erforderlich. Zusätzliche Stellen: 1 Techniker und 2 Ingenieure. Besetzung geplant Ende 2008. Die Einrichtung der zusätzlichen Stellen wurde durch das Bürgerhaushaltsverfahren ermöglicht.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
8	1034	Ampeln nachts ausschalten - Ausnahme Innenstadt

Vorschlagstext

Bis auf einige wirklich sicherheitsrelevante Kreuzungen, z. B. mit Straßenbahngleisen, werden alle Verkehrsampeln nach 20 Uhr abgeschaltet. Der Verkehr regelt sich dann über die verbleibenden Verkehrsschilder von allein. Das spart Strom und Unterhaltungskosten. Es spart Sprit und schont die Nerven der Anwohner. Der Verkehr wird flüssiger und leiser.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Durch alternative Betriebsformen und gezielten Abbau von verzichtbaren LSA sowie Einzelfallentscheidungen aus verkehrssicherheitlicher Sicht wird dem Wunsch Rechnung getragen. Das Programm alternative Betriebsformen befindet sich bereits seit 2 Jahren in der Umsetzung. Die Finanzierung ist im Haushaltsjahr 2008ff sowohl im konsumtiven als auch im investiven Bereich sichergestellt. Aus Verkehrssicherheitsgründen keine flächendeckende Nachtabschaltung möglich.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Das Programm alternative Betriebsformen befindet sich bereits seit 2 Jahren in der Umsetzung. Es erfolgt eine kontinuierliche Umsetzung des Vorschlags.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
10	748	Fahrradwege

Vorschlagstext

Ausbau des Fahrradwegenetzes an den großen Ausfallstraßen in der UNI-Gegend: durchgehende Fahrradwege in beide Richtungen an Luxembuger Str., Berrenrather Str., Zülpicher Str., Gleueler Str., Bachemer Str., Dürener Str. bis Militärringstr..

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag ist in engem Zusammenhang mit Rang Nr. 2, Vorschlagsnummer 4785 zu sehen. Für ein Gesamtkonzept werden Planungsmittel i. H. v. 30.000 EUR benötigt. Planung: 30.000 EUR.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Das planerische Gesamtkonzept kann erst erstellt werden, wenn die zusätzlichen Stellen für den Radverkehr besetzt worden sind. Nach Durchführung des Stellenbesetzungsverfahren kann hiermit nicht vor März 2009 gerechnet werden.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
12	840	Fahrradweg auf der Zülpicher Straße

Vorschlagstext

Die Zülpicher Straße ist eine der Hauptverbindungen zwischen der Innenstadt und der Universität und wird täglich von vielen Studenten und Mitarbeitern der Universität genutzt, von denen wiederum viele Fahrrad fahren. Gerade die Zülpicher Straße ist aber problematisch für Fahrradfahrer, weil der Raum zwischen den fahrenden Autos und den Straßenbahnschienen einerseits und den parkenden Autos andererseits sehr eng ist. Dadurch kommt es immer wieder zu nicht ungefährlichen Situationen, weil ein Ausweichen oft kaum möglich ist. Ich wäre darum dafür, dort die Parkplätze auf mindestens einer Straßenseite zu reduzieren und stattdessen einen Fahrradweg einzurichten.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag ist in engem Zusammenhang mit Rang Nr. 2, Vorschlagsnummer 4785 zu sehen. Für ein Gesamtkonzept werden Planungsmittel i. H. v. 30.000 EUR benötigt. Planung: 30.000 EUR.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Prüfung ob und wenn ja mit welchem Aufwand Verbesserungen bezüglich der Situation der Radfahrer auf der Zülpicher Str. möglich sind, lässt sich durchführen, wenn die zusätzlichen Stellen für den Radverkehr besetzt worden sind. Nach Durchführung des Stellenbesetzungsverfahren kann hiermit nicht vor März 2009 gerechnet werden.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
14	1631	Fahrradwege

Vorschlagstext

Mein Vorschlag wäre, bitte die Fahrradwege (rechts und links) der Ringe, also von Hansaring bis Barbarossaplatz um etliches zu erweitern, da die Bürgersteige breit genug sind und die Außengastronomie sich nicht so derart unverschämt ausbreiten muss. Außerdem bitte dem Bistro "EZIO" auf der Apostelnstraße verbieten, auf diesem sowieso schon knappen Bürgersteig noch Tische und Stühle aufzustellen. Eine Frau mit Kinderwagen m u s s auf die Straße ausweichen (selbst gesehen) es kommen so schon kaum die Leute aneinander vorbei.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Umgestaltung der Ringe ist bereits Bestandteil des Haushaltsplan-Entwurfs 2008 ff, investiver Teil. Hier stehen insgesamt 1 Mio. EUR zur Verfügung.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Die Verwaltung wurde mit der Prüfung der Angelegenheit beauftragt.

Umsetzungsstand

Die Umgestaltung der Ringe ist bereits Bestandteil des Haushaltsplan-Entwurfs 2008 ff. Hier stehen insgesamt 1 Mio. EUR zur Verfügung. Voraussetzung für den Umbau ist die Tatsache, dass die Anlieger eine ebenso große Summe zur Verfügung stellen. Diese Erklärung liegt noch nicht vor.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
15	3695	Neumarkt: Ein Platz als das große Herz von Köln mit ständigem Markt, Bodenfontänen und vielen Cafés

Vorschlagstext

Der Neumarkt der Zukunft sieht für mich so aus: Da gibt es einen ständigen Markt, mit vielen köstlichen Spezialitäten aus der Region und aus aller Welt, mit Käse, Würsten, Terrinen, Honig, Obst und Gemüse (ähnlich wie der Viktualienmarkt in München). Auf dem Weg von der Arbeit nach Hause, beim Umsteigen, am Ende des Stadtbummels, bevor man wieder in die Bahn oder ins Auto steigt, nimmt man noch etwas Leckeres von dort mit. Endlich hat Köln eine Schlemmermeile, wo es so viele gute Sachen auf einmal gibt, wo Leute, die hochwertige Esswaren herstellen oder damit handeln, sie ihren Kunden in einer lockeren Marktatmosphäre unter freiem Himmel anbieten können. Auf diesem Platz gibt es eine Reihe von Cafés, an der Nordseite entlang, wo früher die Straße verlief. Dort kann man sich mit Tüten und Taschen vom Einkauf erholen, sich mit Freunden treffen, das Leben genießen und das Flair einer großen Stadt, die pulsiert. Da gibt es Brunnen und eine Reihe von Bodenfontänen, die mit ihrem Plätschern eine herrliche Geräuschkulisse zur Erholung schaffen, Fontänen, die mal ganz niedrig sind, dann wieder höher aufsteigen, woran die Kinder im Sommer großen Spaß haben, während die Eltern ihren Café genießen (so etwas habe ich in französischen Städten gesehen, z.B. in Dijon). Ein Ort, wo man bleiben will, statt möglichst schnell wieder zu verschwinden. So ist der Platz ein echter Anziehungspunkt für jeden: Für Stadtmenschen, für Landmenschen und für Touristen. Da macht der Neumarkt seinem Namen alle Ehre: Als das große Herz von Köln, das für seine Bürger schlägt! Machen wir diesen Traum doch wahr...

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Es geht in diesem Vorschlag letztendlich um die Gestaltung und Nutzung der Platzfläche. Hierzu sind umfangreiche Planungen und Abstimmungen zwischen allen beteiligten Ämtern erforderlich. Voraussetzung ist die Klärung der in Rang Nr. 9, Vorschlagsnummer 1814 angesprochenen alternativen Verkehrsführung. Der Bereich liegt außerdem im Untersuchungsgebiet des städtebaulichen Masterplans, dessen Ergebnis abgewartet werden muss.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Die Verwaltung wurde mit der Prüfung der Angelegenheit beauftragt.

Umsetzungsstand

Der Masterplan lieget zwischenzeitlich vor. Der Rat entscheidet im Januar 2009 über die Annahme des Masterplanes. Bei einem positiven Ratsentscheid beginnen die Abstimmungs- und Planungsprozesse.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
16	1165	Brunnen anschalten!

Vorschlagstext

Sprudelndes Wasser ist Leben, dessen Anblick gibt Lebensfreude, trägt zur Gesundheit bei. Viele Brunnen in Köln sind nicht angeschaltet. Es wird das Energieniveau der Menschen anheben und indirekt zur Steigerung deren Produktivität und letztendlich auch der städtischen Steuereinnahmen führen wenn sie wieder angeschaltet wären. Ich bin sogar dafür, noch mehr Brunnen zu bauen, um Köln das Flair einer Stadt wie z.B Paris zu geben. Die chinesische Lehre des Feng Shui besagt, dass fliessendes Wasser zum Fliessen des Geldes führt: Köln wird wieder flüssig, wenn es seine Brunnen anschaltet.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Es müssen Sponsoren gefunden werden oder ausreichende Mittel im Haushaltsplan bereitgestellt werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die vorhandenen Mittel für Brunnen sind begrenzt, so dass nur eine sehr begrenzte Anzahl der Brunnen durch die Stadt betrieben werden kann. Das sind weitgehend Pumpstationen z.B. für den Stadtwald und Lindenthaler Kanäle, sowie Fontänen in den Weihern, die sehr kostenintensiv sind. Ansonsten können Brunnen nur angestellt werden, wenn die Betriebskosten von Sponsoren/Spendern übernommen werden. In dem Zusammenhang werden Bürgerinnen und Bürger und Vereine angeschrieben und um Unterstützung der Brunnen gebeten. Außerdem wird mit persönlichen Gesprächen sowie auf der Internetseite der Stadt Köln für das Brunnensponsoring geworben.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
17	3261	U-Bahn-Haltestelle Neusser Str./Gürtel

Vorschlagstext

Behindertengerechte Umgestaltung der Haltestelle Neusser Str./Gürtel. Für Personen mit Rollstuhl oder Eltern mit Kinderwagen ist es ohne Fremdhilfe schier unmöglich aus der U-Bahn an die "frische" Luft zu gelangen. Aufzüge und/oder Rolltreppen täten hier dringend not! Zumal ein Widerspruch, da der Zugang zum Bezirksrathaus Nippes behindertengerecht gestaltet ist. Was nutzt dies, wenn diese Personengruppe erst gar keine Möglichkeit hat, aus der U-Bahn ins Rathaus zu gelangen???

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Da schon in den 60er Jahren mit dem Stadtbahnbau begonnen wurde, damals aber die Barrierefreiheit nur eine untergeordnete Rolle spielte bzw. noch nicht im Bewusstsein der Öffentlichkeit war, sind sehr viele Haltestellen mit Aufzügen nachzurüsten. Dies kann auf Grund der hohen Investitionskosten nur schrittweise und mit Fördermitteln des Landes geschehen. Die Nachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Neusser Straße/Gürtel mit Aufzügen wurde bereits in den 90er Jahren vom Rat beschlossen. Auf Grund der verschlechterten Finanzlage von Stadt und auch Land wurden schon 2002 Prioritäten gebildet. Danach wurden zuerst Maßnahmen an stärker frequentierten innerstädtischen Haltestellen wie Neumarkt, Dom/Hbf oder Appellhofplatz/Poststraße realisiert, sowie Haltestellen im Rahmen des 2001 beschlossenen Niederflurkonzeptes ausgebaut. Die Haltestelle Neusser Straße/Gürtel wurde in Priorität III aufgenommen. Nach bisherigem Abstimmungstand mit der Bezirksregierung Köln ist von einer Förderung im Jahr 2009/2010 auszugehen. Die Verwaltung hat daher die Planungen im Herbst 2007 erneut aufgenommen mit dem Ziel einen Baubeginn in 2009/2010 zu ermöglichen. In einer vorgesehenen Überarbeitung der Prioritätenliste, die dem Verkehrsausschuss vorgelegt werden soll, würde die Haltestelle Neusser Straße/Gürtel aus Sicht der Verwaltung als laufende Maßnahme enthalten sein. Die Gesamtkosten der Maßnahme liegen bei rd. 3 Mio. EUR. Der städt. Kostenanteil i. H. v. 1.642.000 EUR ist Bestandteil des Haushaltsplan-Entwurfs 2008 ff, eine Überarbeitung zum Haushaltsplan-Entwurf erfolgt auf Grundlage bis dahin vorliegender Kostenberechnungen.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

In der Sitzung vom 11.06.2008 hat der Verkehrsausschuss die zukünftigen Prioritäten für die Nachrüstung der Stadtbahnhaltestellen mit Aufzügen beschlossen. Danach soll die Inbetriebnahme von Aufzügen in der Haltestelle Neusser Straße/Gürtel im Jahr 2010 erfolgen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
18	1712	Ausbau der Fahrradwege: Warum müssen immer Autofahrer im "Recht" sein?

Vorschlagstext

Zwar hat Köln bereits ein zum Teil gutes Fahrradwegenetz (zum Beispiel im Gegensatz zur "verbotenen Stadt" D-dorf), dennoch stellt sich immer wieder das Problem, das Fahrradwege zu eng sind, rücksichtslos zugeparkt werden, oder einfach aufhören und man sich dann auf der (vielbefahrenen) Straße wiederfindet. Beispiele sind definitiv die Ringe (hier kann man auch noch super mit der Pedale an den Pfosten hängenbleiben). Daher mein Vorschlag: Zurückdrängung des Autoverkehrs zu Gunsten von gut ausgebauten und vernetzten (zum Beipiel im Westen mit dem Erftkreis) Fahrradwegen!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Durch die Aufstockung des Personalpools für den Radverkehr können entsprechende Maßnahmen und Projekte unterstützt und beschleunigt werden. Zusätzliche Stellen: 1 Techniker mit 42.000 EUR/Jahr und 2 Ingenieure mit je ca. 74.000 EUR/Jahr. Siehe auch Rang Nr. 7, Vorschlagsnummer 2750.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Zur Beschleunigung von entsprechenden vorgesehenen Maßnahmen und Entwicklung neuer Projekte ist die Aufstockung des Personalpools für den Radverkehr erforderlich. Zusätzliche Stellen: 1 Techniker und 2 Ingenieure. Besetzung geplant Ende 2008. Die Einrichtung der zusätzlichen Stellen wurde durch das Bürgerhaushaltsverfahren ermöglicht.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
19	3894	Fahrradstraßen, Fahrrad-Nord-Süd- / Ost-West-"Fahrt"

Vorschlagstext

Ich schlage die Einrichtung von durchgehenden Fahrradstraßen im Innenstadtbereich und diversen Stadtteilen vor, vergleichbar mit der Nord-Süd-Fahrt für den KFZ-Verkehr. Zur Erklärung: Eine Fahrradstraße ist eine Straße, auf deren Fahrbahnen grundsätzlich nur Fahrräder erlaubt sind. In aller Regel werden KFZ durch ein Zusatzschild zugelassen. Der Autoverkehr wäre dann dem Fahrradverkehr untergeordnet und dürfte somit nur mit mäßiger Geschwindigkeit fahren. (Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Fahrradstraße ADFC: http://www.adfc.de/484_1) Das Fahrrad ist eine sinnvolle, umweltschonende Alternative zum motorisierten Individualverkehr, wenn es in einer konkurrenzfähigen Geschwindigkeit zu anderen Verkehrsmitteln benutzt werden kann. Das ist in Köln bisher nicht möglich. Wenn also in der Kölner Innenstadt im Januar 2008 die Umweltzone eingeführt wird, braucht es eine entsprechende Infrastruktur für alternative Verkehrsmittel. Es gibt ein großes ÖPNV-Netz, das gerade um die Nord-Süd-Bahn erweitert wird. Für Autofahrer gibt es neben der Nord-Süd-Fahrt, den Ringen und diversen Stadtautobahnen ausreichend Möglichkeiten, die Stadt schnell zu queren. Sogar Fußgänger haben in der Innenstadt mit der Schildergasse und Hohe Straße einen Bereich, der ausschließlich Fußgängern vorbehalten ist und ihnen ein sicheres, barrierefreies und angemessen schnelles Vorankommen gewährt. Wenn ich aber z.B. mit dem Rad vom rechtsrheinischen Kalk zum linksrheinischen Bocklemünd fahren möchte, gibt es nicht eine einzige Verbindung, die auch nur annähernd dem Komfort und der Sicherheit der Wege für die oben genannten Verkehrsmittel entspricht. Im Gegenteil, Fußgänger und Radfahrer behindern sich auf den vorhandenen Strecken gegenseitig (Deutzer Freiheit, Deutzer Brücke, Hohenzollernbrücke, Domplatte (für Fahrräder verboten), Venloer Straße u.a.). Auf diesen und alternativen Routen dominiert der Autoverkehr, oder die benutzungspflichtigen Radverkehrsanlagen - wenn vorhanden - sind in einem desolaten, lebensgefährlichen Zustand bzw. zugeparkt (Augustinerstraße, Cäcilienstraße, Neumarkt usw.). Reine vergleichbare Fahrraddämme, -strecken wage ich hier gar nicht erst vorzuschlagen, da sich die meisten Radfahrer hier schon mit den, wie z.B. in der Neusser Straße und versuchsmäßig angelegten Angebotsstreifen in der Kalker Hauptstraße, die ich in dieser Art für lebensgefährlich halte, begnügen...

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Aus fachlicher Sicht sind Fahrradstraßen nicht die geeignete Lösung, dieser Meinung hat sich auch die Bezirksvertretung 1 im Zuge der Beratungen im Bürgerhaushaltsverfahren angeschlossen. Die Verwaltung hat jedoch den Radverkehrsnetzplan Innenstadt überarbeitet. Ziel ist dabei die Verbesserung der Verkehrsbedingungen für Radfahrer. Die im Netzplan festgelegten Verbindungen sollen sukzessive realisiert werden, mit den vorbereitenden Planungen soll aus Gründen der Personalkapazität ein externes Büro beauftragt werden. Planungsmittel 30.000 EUR.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Planungen sollen durch die neu zu besetzenden Stellen erstellt werden. Die Besetzung der Stellen ist bis Ende 2008 geplant.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
20	2497	Ein Radweg von der Südstadt zur Nordstadt

Vorschlagstext

Mein Vorschlag besteht darin, eine schnelle Radfahrverbindung von Süden nach Norden entlang der Nord-Süd-Fahrt (oder einer vergleichbaren Strecke) einzurichten. Seitdem die Tunnel der Nord-Süd-Fahrt für Radfahrer gesperrt sind (das war auch gefährlich!) und die Severinstraße in Richtung stadtauswärts zu befahren ist, gibt es kaum noch legale, direkte und einfache Möglichkeiten, mal schnell mit dem Rad aus der Südstadt zum Bahnhof oder zum Ebertplatz zu fahren. Alle Alternativen bieten entweder große Umwege (z.B. Ringe, Rheinuferstraße) oder illegale (--> Fußgängerzonen) oder nervige Streckenabschnitte (z.B. Rheinufer --> Probleme mit Fußgängern) oder gefährliche Elemente (entlang der Nord-Süd-Fahrt bis Abfahrt Severinsbrücke, dann Karl-Berbuer-Platz, links in die Severinstraße mit nerviger Baustelleneinfahrt etc.). Ein Radweg entlang der Nord-Süd-Fahrt wäre natürlich super schnell, ist aber wahrscheinlich utopisch. Realistischer ist es, Severinstraße (oder Parallelstraße) für Radfahrer in der Gegenrichtung zu öffnen, Radwege oder entsprechende Markierungen an den kleinen Straßen parallel zur Hohe Straße einzurichten, weil sie gerne als Erweiterung der Fußgängerzonen benutzt werden (am besten wäre es, sie auch in Gegenrichtung für Radler zu öffnen!). Wie man legal, einfacher und schneller vom Bahnhof zum Ebertplatz kommt, ist mir im Moment auch noch nicht klar - aber sicher gibt es auch dafür eine kreative Lösung.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Nord-Süd-Verbindung ist Bestandteil des Vorschlages Nr. 19, Vorschlagsnummer 3894. Der für den Innenstadtbereich überarbeitete Netzplan zeigt Handlungsbedarfe auf, Lösungsmöglichkeiten sollen durch ein externes Ingenieurbüro erarbeitet werden. Für den Bereich Severinstraße existiert bereits eine konkrete Planung, die für den Radfahrer eine Öffnung der Einbahnstraße vorsieht. Die Umsetzung erfolgt im Zusammenhang mit dem Rückbau im Anschluss an den Abschluss des Nord-Süd-Stadtbahnbaus.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Planungen sollen durch die neu zu besetzenden Stellen erstellt werden. Die Besetzung der Stellen ist bis Ende 2008 geplant.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
22	1406	Sauberes Köln

Vorschlagstext

Mehr Papierkörbe aufstellen, In Schulen über "Wie halte ich meine Stadt sauber"unterrichten, Mehr Bußgelder für Umweltverschmutzer erheben. Einfach nur an die Vernunft der Bürger zu appelieren hat keinen Sinn.!!!!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Aufstellung zusätzlicher Abfalleimer ist Bestandteil des Programms „Sauberkeit für Köln“. Über die Aufstellung von Papierkörben wird je nach konkreter Örtlichkeit entschieden. Entsprechende Vorschläge werden durch die Verwaltung geprüft und an die AWB weitergeleitet. Die Finanzierung ist an verschiedenen Stellen im Haushaltsplan sichergestellt. Ein entsprechender Bußgeldkatalog für Umweltsünder existiert bereits.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Es erfolgt eine kontinuierliche Umsetzung des Vorschlags.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
23b	1191	Stoppt den Gürtelausbau

Vorschlagstext

Die Stadt Köln sollte die Planungen zum Gürtelausbau im Kölner Westeb sofort stoppen. Die weiteren Planungen sind reine Geldverschwendung. Der Ausbau ist in der von der Stadtverwaltung vorgelegten Version für die Stadt nicht sinnvoll, da eine Autobahnähnliche Trasse weiteren Verkehr in die Wohngebiete zieht. Dies führt zu höheren Abgas- und Lärmbelastungen für die Bürger. Ein Teil des Geldes sollte wie von der Nippeser Bezirksregierung beschlossen stattdessen in die Aufwertung des Grünbereichs unter der vorhandenen Straßenbahtrasse fließen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Derzeit steht das vor Ausbau erforderliche Planfeststellungsverfahren kurz vor dem Abschluss. Entsprechende Planungsmittel sind im Haushaltsplan veranschlagt. Aufgrund einer groben Kostenschätzung aus dem Jahr 2002 betragen die Baukosten 20 -25 Mio. EUR, es werden Zuschüsse nach GVFG erwartet. Die endgültige Entscheidung über einen Ausbau sowie die Veranschlagung im Haushaltsplan ist abhängig von der politischen Beschlusslage.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt. Es wird dem Verwaltungsvorschlag gefolgt.

Umsetzungsstand

Siehe Bemerkungen zu Rang 23. Im Zusammenhang mit dem laufenden Planfeststellungsverfahren fand ein ergänzendes Abstimmungsgespräch zwischen der Bezirksregierung Köln und der Stadt Köln statt, bei dem noch offene Fragen zum Ausbau des Gürtels behandelt wurden. Die Fragen werden derzeit von der Stadt Köln bearbeitet. Die Stadt Köln geht davon aus, dass der Planfeststellungsbeschluss nach der abschließenden Beantwortung der noch offenen Fragen kurzfristig erfolgen wird. Die endgültige Entscheidung über einen Ausbau sowie die Veranschlagung im Haushaltsplan ist dabei abhängig von der politischen Beschlusslage.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
25	1657	Herbstlaub-saugen unterlassen

Vorschlagstext

Unterlassen des unsinnigen lärmenden und teuren Laubsaugens, Wegpustens mittels lauter Sauger/Puster in der Nähe/am Rand von Grünanlagen!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Laubsauger dienen zur rationellen Arbeitsweise, sie entsprechen den rechtlichen Vorgaben. Die Stadt ist bestrebt, die Arbeiten mit Laubsaugern auf ein Minimum zu reduzieren. Es wird nach Alternativen zur Arbeit mit Laubsaugern gesucht.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
28	1892	Verlängerung Straßenbahn Linie 7

Vorschlagstext

Wir wohnen in Köln Porz -Langel. Als wir im Jahre 1994 nach Langel zogen wurde uns gesagt, das in den nächsten Jahren die Linie 7 bis Ortende Zündorf bzw. sogar bis Langel verlängert wird. Von Seiten Stadt sagte man, das ein neues Wohngebiet in Zündorf erst ensteht, wenn die Linie 7 verlängert wird und eine Umgehungsstraße gebaut wird. Leider ist beides bis heute nicht geschehen. Das Wohngebiet in Zündorf ist inzwischen fleißig am Wachsen. Weiterhin entstehen in Lülsdorf und Ranzel immer Wohnungen. Alle diese Mitbürger müssen früh morgen und abend durch Zündorf und Porz. Wer hier einmal im Berufverkehr im täglichen Chaos gestanden hat, kann sicherlich nicht verstehen, weshalb man hier die Bürger täglich auf die Folter spannt. Wenn dann noch der Winter kommt und alle mit dem Auto fahren ist der Zustand untragbar. Ich bitte hier dringend um Abhilfe. Selbst mit einer Verlängerung der Linie 7 bis Ortsende Zündorf wäre schon geholfen. Aber es gab ja mal eine Linie bis Langel und weiter. Alle Bürger werden aufgefordert etwas für die Umwelt zu tun und möglichst viel mit der Bahn zu fahren, also sollte man Ihnen hierzu auch die Möglichkeit geben.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Schon 2002 hat der Rat der Stadt Köln die Verlängerung der Linie 7 bis Zündorf Ranzeler Straße in höchster Priorität eingestuft. Es wurde daraufhin ein Antrag auf Planfeststellung bei der Bezirksregierung Köln gestellt. Da es noch nicht gelang sich mit betroffenen Anwohnern bezüglich erforderlicher Grundstückstücksankäufe zu einigen und wegen der ungeklärten Finanzierung mit Landeszuschüssen liegt noch kein Beschluss vor. 2006 hat das Land im Rahmen seiner mittelfristigen und langfristigen Finanzplanung den sogenannten Verkehrsinfrastrukturbedarfsplan (IGVP, Teil Schiene) verabschiedet. Die Verlängerungen bis Zündorf Ranzeler Straße bzw. von Bonn Beuel bis Zündorf wurden dort in die Stufe 2 (Vorhaben nach 2015) eingeordnet. Die Projekte müssen bei einer Überarbeitung des IGVP neu bewertet werden, um Berücksichtigung zu finden. Der Verkehrswert und damit die Chancen der Maßnahme auf eine Förderung durch das Land hängen u. a. von der Realisierung des städtebaulichen Konzeptes Zündorf ab. Eine kurzfristige Umsetzung ist somit nicht möglich. Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich 18-20 Mio. EUR. Der städt. Kostenanteil für einen ersten Bauabschnitt ist bereits Bestandteil des Haushaltsplan-Entwurfs 2008ff mit geschätzten Gesamtkosten von 2,72 Mio. EUR. Sobald genauere Zahlen vorliegen erfolgt eine Anpassung über den Haushaltsplan 2009.

Ausschuss	Bezirk
VA	Porz

Entscheidung des Rates

Die Verwaltung wurde beauftragt, die erforderlichen Verfahren weiter zu betreiben.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
28a	2327	Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 nach Süden

Vorschlagstext

Wenn die Stadtbahnlinie 7 bis in den Rhein-Sieg-Kreis verlängert würde, könnten viele Pendler auf das Auto verzichten und so die Straßen in Wahn entlasten.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Schon 2002 hat der Rat der Stadt Köln die Verlängerung der Linie 7 bis Zündorf Ranzeler Straße in höchster Priorität eingestuft. Es wurde daraufhin ein Antrag auf Planfeststellung bei der Bezirksregierung Köln gestellt. Da es noch nicht gelang sich mit betroffenen Anwohnern bezüglich erforderlicher Grundstückstücksankäufe zu einigen und wegen der ungeklärten Finanzierung mit Landeszuschüssen liegt noch kein Beschluss vor. 2006 hat das Land im Rahmen seiner mittelfristigen und langfristigen Finanzplanung den sogenannten Verkehrsinfrastrukturbedarfsplan (IGVP, Teil Schiene) verabschiedet. Die Verlängerungen bis Zündorf Ranzeler Straße bzw. von Bonn Beuel bis Zündorf wurden dort in die Stufe 2 (Vorhaben nach 2015) eingeordnet. Die Projekte müssen bei einer Überarbeitung des IGVP neu bewertet werden, um Berücksichtigung zu finden. Der Verkehrswert und damit die Chancen der Maßnahme auf eine Förderung durch das Land hängen u. a. von der Realisierung des städtebaulichen Konzeptes Zündorf ab. Eine kurzfristige Umsetzung ist somit nicht möglich. Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich 18-20 Mio. EUR. Der städt. Kostenanteil für einen ersten Bauabschnitt ist bereits Bestandteil des Haushaltsplan-Entwurfs 2008ff mit geschätzten Gesamtkosten von 2,72 Mio. EUR. Sobald genauere Zahlen vorliegen erfolgt eine Anpassung über den Haushaltsplan 2009.

Ausschuss	Bezirk
VA	Porz

Entscheidung des Rates

Die Verwaltung wurde beauftragt, die erforderlichen Verfahren weiter zu betreiben.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
28b	1884	Verlängerung der KVB-Linie 7

Vorschlagstext

Da die Verkehrsanbindung für den Kölner Süden sehr schlecht ist, staut sich der Verkehr immer wieder in der Ortsdurchfahrt von Zündorf. Abhilfe könnte die Verlängerung der KVB-Linie 7 (zunächst bis zur Ranzeler Straße) bringen mit dem Nebeneffekt, dass weniger umweltschädliche Autos in Richtung Innenstadt müssen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Schon 2002 hat der Rat der Stadt Köln die Verlängerung der Linie 7 bis Zündorf Ranzeler Straße in höchster Priorität eingestuft. Es wurde daraufhin ein Antrag auf Planfeststellung bei der Bezirksregierung Köln gestellt. Da es noch nicht gelang sich mit betroffenen Anwohnern bezüglich erforderlicher Grundstückstücksankäufe zu einigen und wegen der ungeklärten Finanzierung mit Landeszuschüssen liegt noch kein Beschluss vor. 2006 hat das Land im Rahmen seiner mittelfristigen und langfristigen Finanzplanung den sogenannten Verkehrsinfrastrukturbedarfsplan (IGVP, Teil Schiene) verabschiedet. Die Verlängerungen bis Zündorf Ranzeler Straße bzw. von Bonn Beuel bis Zündorf wurden dort in die Stufe 2 (Vorhaben nach 2015) eingeordnet. Die Projekte müssen bei einer Überarbeitung des IGVP neu bewertet werden, um Berücksichtigung zu finden. Der Verkehrswert und damit die Chancen der Maßnahme auf eine Förderung durch das Land hängen u. a. von der Realisierung des städtebaulichen Konzeptes Zündorf ab. Eine kurzfristige Umsetzung ist somit nicht möglich. Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich 18-20 Mio. EUR. Der städt. Kostenanteil für einen ersten Bauabschnitt ist bereits Bestandteil des Haushaltsplan-Entwurfs 2008ff mit geschätzten Gesamtkosten von 2,72 Mio. EUR. Sobald genauere Zahlen vorliegen erfolgt eine Anpassung über den Haushaltsplan 2009.

Ausschuss	Bezirk
VA	Porz

Entscheidung des Rates

Die Verwaltung wurde beauftragt, die erforderlichen Verfahren weiter zu betreiben.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
28c	3089	Verlängerung der Linie 7 bis mindestens Porz Langel

Vorschlagstext

Die KVB Linie 7 endet in Zündorf, es gibt keine direkt Bahnverbindung nach Porz-Langel. Es muss doch in einer Milionenstadt möglich sein, ale Stadteile vernüftig an das ÖPNV Netz anzuschließen. Es führt nur eine Straße von Zündorf nach Langel (Hauptstraße) und eine Straße von Langel zurück nach Zündorf (Schmittgasse). Beide Straßen sind einspurig, im Berufsverkehr versperren Müllwagen den WEg und es kommt zu langen Staus.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Schon 2002 hat der Rat der Stadt Köln die Verlängerung der Linie 7 bis Zündorf Ranzeler Straße in höchster Priorität eingestuft. Es wurde daraufhin ein Antrag auf Planfeststellung bei der Bezirksregierung Köln gestellt. Da es noch nicht gelang sich mit betroffenen Anwohnern bezüglich erforderlicher Grundstückstücksankäufe zu einigen und wegen der ungeklärten Finanzierung mit Landeszuschüssen liegt noch kein Beschluss vor. 2006 hat das Land im Rahmen seiner mittelfristigen und langfristigen Finanzplanung den sogenannten Verkehrsinfrastrukturbedarfsplan (IGVP, Teil Schiene) verabschiedet. Die Verlängerungen bis Zündorf Ranzeler Straße bzw. von Bonn Beuel bis Zündorf wurden dort in die Stufe 2 (Vorhaben nach 2015) eingeordnet. Die Projekte müssen bei einer Überarbeitung des IGVP neu bewertet werden, um Berücksichtigung zu finden. Der Verkehrswert und damit die Chancen der Maßnahme auf eine Förderung durch das Land hängen u. a. von der Realisierung des städtebaulichen Konzeptes Zündorf ab. Eine kurzfristige Umsetzung ist somit nicht möglich. Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich 18-20 Mio. EUR. Der städt. Kostenanteil für einen ersten Bauabschnitt ist bereits Bestandteil des Haushaltsplan-Entwurfs 2008ff mit geschätzten Gesamtkosten von 2,72 Mio. EUR. Sobald genauere Zahlen vorliegen erfolgt eine Anpassung über den Haushaltsplan 2009.

Ausschuss	Bezirk
VA	Porz

Entscheidung des Rates

Die Verwaltung wurde beauftragt, die erforderlichen Verfahren weiter zu betreiben.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
30	1704	Straßennamenschilder fehlen

Vorschlagstext

In unserer Stadt fehlen viele Straßennamenschilder oder sie sind so positioniert, dass man sie nicht findet. Das führt nicht nur mich in die Orientierungslosikeit sondern auch viele Gäste unserer Stadt. Es sollte ein System geben, das den Blick des Suchenden genau an die richtige Stelle führt, d.h. die Namensschilder müßten sich immer an der gleichen speziell dafür bestimmten Stelle befinden. Außerdem sollten Sie einheitlich und nicht zu klein sein.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die fehlenden Verkehrszeichen Nr. 437 nach StVO (Straßennamensschilder) werden sukzessive ersetzt. Die Finanzierung ist im Rahmen Unterhaltung Infrastrukturvermögen sichergestellt. Mit der Erfassung der fehlenden Schilder wurde bereits begonnen.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Es erfolgt eine kontinuierliche Umsetzung des Vorschlags.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
30a	3006	Eine Namenlose Stadt namens Köln

Vorschlagstext

Was mir so auffällt wenn ich durch Köln gehe... Wo bin ich eigentlich???? Wie heisst die Strasse in der ich bin?? Die grossen Strassen und Plätze kenne ich. Ja, ich. ABER.... Ein Fremder würde sich heillos verfransen, ein Tourist ziellos umherirren. Kein Schwein würde auch nur im entferntesten erahnen wo es ist. Ich erinnere mich dumpf an einen Artikel im KSTA das Strassenschilder zu Teuer sind. Ein kleines Blechschild...auf dem ein NAME der Strasse steht ist der Stadt Köln zu Teuer??????????????????? Hallo??? Ich arbeite bei der Caritas, wir haben ca. 60 Fillialen in gesammten Kölner Stadtgebiet. Ich bin also in ganz Köln unterwegs, nur weiss ich selber nicht wo. in ca. 80% der Fälle hab ich festgestellt das Köln anonym ist. Das könnte man ändern.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die fehlenden Verkehrszeichen Nr. 437 nach StVO (Straßennamensschilder) werden sukzessive ersetzt. Die Finanzierung ist im Rahmen Unterhaltung Infrastrukturvermögen sichergestellt. Mit der Erfassung der fehlenden Schilder wurde bereits begonnen.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Es erfolgt eine kontinuierliche Umsetzung des Vorschlags.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
31	1181	Fahrradabstellanlagen

Vorschlagstext

Flächendeckende Schaffung von sich am tatsächlichen Bedarf orientierenden geeigneten Abstellanlagen für Fahrräder. In allen "Einkaufsmeilen" ,wie z.B. der Neusser Straße oder der Frankfurter Straße in Mülheim, gibt es zu wenig Fahrradstellplätze. Auch in den Wohnquartieren herrscht Bedarf. Um die Nutzung des umweltfreundlichen Verkehrsmittels Fahrrad stärker zu fördern, schlage ich vor, auch zu Lasten von Kfz-Parkplätzen Fahrradstellplätze einzurichten. Auf der Stellfläche für ein Auto lassen sich acht Fahrräder abstellen!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Für die Aufstellung von Fahrradabstellanlagen stehen jährlich 150.000 EUR zur Verfügung.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Ausführung, Aufstellung der Fahrradabstellanlagen voraussichtlich
spätestens im Fühjahr 2009.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
32	782	Sanierung Kinderspiel- platz Im Forst/ Am Weizenacker

Vorschlagstext

Seit mehr als 30 Jahren besteht dieser Spielplatz. In diesem Zeitraum wurde die gesamte Anlage immer wieder nur notdürftig in Ordnung gehalten. Aufgrund der ernormen Verletzungsgefahr muß dringend das umgebende Geländer, eine Sitzbank, ein Klettergerüst erneuert werden. Zu dem ist der Rotbelag kritisch. Der Sand wurde seit Jahren nicht erneuert, dient den Katzen als Toilette. Die Ausleuchtung bei Dunkelheit ist miserabel. Immer wieder muß die Polizei herangerufen weden, um das nächtliche Treiben in den dunklen Ecken zu unterbinden. Darüberhinaus gilt dieser Spielplatz bei einigen Mitmenschen als öffentliche Toilette.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Spielplatz ist schadstoffbelastet. Mit der Planung zur Sanierung und Umgestaltung wird 2008 begonnen. Die Finanzierung der Kosten i. H. v. 64.000 EUR ist bereits im Haushaltsplan-Entwurf 2008 sichergestellt.

Ausschuss	Bezirk
JHA	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
33	3333	Tempo 30

Vorschlagstext

mehr und mehr in der Stadt, das spart Haushaltsgeld, entlastet die Umwelt, schont die Nerven... /.../... ist einfach und realisierbar!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Aufgrund des Beschlusses des Rates der Stadt Köln werden im Kölner Stadtgebiet in allen Wohngebieten kontinuierlich Tempo 30-Zonen eingerichtet. Das Kölner Konzept sieht vor, Tempo 30-Zonen zunächst ausschließlich mit einfachen Maßnahmen zu gestalten. Der hierfür entwickelte Maßnahmenkatalog und die durch die Bezirksvertretungen beschlossenen Prioritätenlisten beinhalten verkehrliche Lösungen, die sowohl zur Reduzierung der Geschwindigkeit führen als auch zur Entlastung der Wohngebiete vom nicht notwendigen Kfz-Verkehr sowie zur Verbesserung des Rad- und Fußgängerverkehrs beitragen. Die Kosten für die Umsetzung der Maßnahmen betragen jährlich ca. 100.000 EUR und sind bereits im Rahmen der Haushaltsplan - Fortschreibung - Unterhaltung Infrastruktur- berücksichtigt.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Es erfolgt eine kontinuierliche Umsetzung des Vorschlags.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
36	873	Verunreinigung durch Hunde

Vorschlagstext

Jeder Hundehalter sollte per Verordnung verpflichtet werden, beim Ausführen seines Hundes eine Tüte und Schaufel mitzuführen, um "das Geschäft" seines Hundes sofort zu entsorgen. Zuwiderhandlungen sind mit einem Bussgeld von wenigstens € 20,00 zu ahnden. Manche Hundehalter glauben ja, ihr Hund könnte überall hinscheissen, weil dies durch Zahlung der Hundesteuer abgedeckt ist. Mein Vorschlag bezieht sich auch ausdrücklich auf Grünflächen!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Seit Mai 2007 erfolgt versuchsweise die kostenfreie Abgabe von Hundekotsammeltüten an 5 ausgewählten Standorten. Die Testphase ist auf ein Jahr angelegt. Bei erfolgreichem Abschluss ist die Möglichkeit der Finanzierung über Abfall- oder Straßenreinigungsgebühr zu prüfen. Die Grünanlagen der Stadt Köln werden ebenso wie das öffentliche Straßenland durch den Ordnungsdienst kontrolliert. Der Ordnungsdienst wurde im Jahr 2007 um 20 Stellen erweitert. Aufgabenschwerpunkt dieser Außendienstkräfte sind Präsenz und Kontrollen zur Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit im Straßenland und in Grünanlagen. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist derzeit nicht geplant.

Ausschuss	Bezirk
AVR	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird bereits entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung umgesetzt.

Umsetzungsstand

Seit Mai 2007 erfolgt versuchsweise die kostenfreie Abgabe von Hundekotsammeltüten an 5 ausgewählten Standorten. Die Testphase wurde auf ein Jahr angelegt. Bei erfolgreichem Abschluss ist die Möglichkeit der Finanzierung über Abfall- oder Straßenreinigung zu prüfen. Die Testphase, die abgewartet werden sollte, wurde zwischenzeitlich erfolgreich beendet. der Stadt Köln liegt ein umfassendes Angebot zur Reduzierung von Hundekot im öffentlichen Raum vor. Dieses Angebot muss jetzt seitens der Stadt geprüft werden.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
37	795	Radwege - Aufstellflächen, Grünvorlauf

Vorschlagstext

Einrichtung sogenannter Aufstellflächen für Radfahrer an Kreuzungen (Ampeln). Beispiel Neusser Straße Ecke Niehler Kirchweg. Radfahrer können sich vor dem Autoverkehr an der Ampel aufstellen und werden nicht rechts abgedrängt. Ideal wäre die Kombination mit dem sog. Grünvorlauf: Radfahrer bekommen etwas früher Grün, um die Kreuzung überqueren zu können. (rb/mfg)

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Dort, wo es vertretbar und sinnvoll ist, werden Vorläufe im Signalprogramm für Fußgänger und Radfahrer vorgesehen. Entsprechende Überlegungen werden bei der Planung bereits berücksichtigt.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Es erfolgt eine kontinuierliche Umsetzung des Vorschlags.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
40	4548	Expressbus auf der Inneren

Vorschlagstext

Seit über fünfzehn Jahren von Studenten, Bezirkspolitik und Initiativen gefordert - eine Buslinie auf der Inneren Kanalstraße/Universitätstraße/Pohligstraße zwischen Köln Nippes und Köln-Südstadt. Diese zentrale Ring-Buslinie fehlt zwischen der Ringstraßenbahn und der Gürtelbahn und erschließt Wohn- und Gewerbegebiete, bindet die Universität Köln von Norden und Süden an, ist die Inner-Universitätsverbindung zwischen der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät an der Aachener Straße und den Instituten am Hönninger Weg, kann die Uni mit der FH in der Südstadt verbinden, schafft für die neue Moschee eine Nord/Süd-Anbindung. Es sind Gelder bewilligt worden, alle Ampeln entlang der Inneren Kanalstraße zu erneuern. Nun gilt es Gelder für den Ausbau der Haltestellen bereitzustellen. Hinzu kann der KVB eine Ausfallbürgschaft gegeben werden, denn diese befürchten keine Neukunden sondern nur Wechsler von bestehenden Linien und hat Ansgt auf den Betrioebskosten sitzen zu bleiben. Falls das Eintritt, dann greift die Bürgschaft. Ach ja, die KVB hat selber Probefahrten zu allen Verkehrszeiten auf der Inneren Kanalstraße durchgeführt und kam zu der Erkenntnis: Der Bus kann fahrplanmäßig fahren und steht nicht im Stau.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Einrichtung einer Buslinie auf der Inneren Kanalstraße wurde vor einigen Jahren umfassend geprüft und hinsichtlich Fahrtzeiten, möglicher Potenziale und Kosten bewertet. Im Ergebnis konnte dabei festgestellt werden, dass mehr als 90% der zu erwartenden Fahrgäste bereits heute auf anderem Wege mit Öffentlichen Verkehrsmitteln ihre Ziele erreichen, so dass die zusätzlich erzielbaren Einnahmen bei weitem nicht zur Deckung der Betriebskosten ausreichen würden. Außerdem würde ohne eine bauliche bzw. signaltechnische Anpassung zu den Verkehrsspitzen kein störungsfreier Betrieb möglich sein. Aus diesen Gründen hat der Bau- und Verkehrsausschuss die Verwaltung am 28.06.2001 beauftragt, die Planungen nicht weiterzuverfolgen. Ein neuerlicher Vorstoß durch die Bezirksvertretung Nippes (Beschluss vom 21.04.2005) wurde - da sich an den Rahmenbedingungen grundsätzlich nichts geändert hat - vom Verkehrsausschuss des Rates am 17.08.2006 abgelehnt. Gleichwohl wird gemäß Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal vom 29.01.2007 sichergestellt, dass bei der Optimierung der Lichtsignalanlagen auf der Inneren Kanalstraße/Universitätsstraße eine potentielle Buslinie bei der Programmierung der Anlagen mit berücksichtigt wird.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt. Es wird dem Verwaltungsvorschlag gefolgt.

Umsetzungsstand

Der Verkehrsausschuss hat in der Sitzung am 09.09.2008 die Verwaltung beauftragt die Buslinie erneut zu prüfen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
43	1516	Ebertplatz

Vorschlagstext

Als Anwohner bin ich tagtäglich der Tristesse am Ebertplatz ausgesetzt. Der Platz hat den Charme eines Betonlochs, der als typisches Beispiel für die vielen Bausünden der 60/70er Jahre steht. Eine Umgestaltung in Anlehnung an das historische Vorbild wäre wünschenswert. Auf jeden Fall muß der Platz wieder an die Oberfläche zurückgeholt werden und eine Verbindung zwischen Agnes- und Eigelsteinviertel hergestellt werden. Der Stadt ist dieses auch bewußt, bisher scheiterte eine Umgestaltung an der Finanzierung. Es darf jedenfalls aus finanziellen Gründen kein „Verschönern des Bestehenden“, z.B. durch neue Beleuchtung , neue Bänke, neue Rolltreppen, geben. Dies löst nicht das Problem und kostet langfristig gesehen nur Geld. Für Köln ist ein städtebauliches Gesamtkonzept gefragt, welches alle städtebaulichen Brennpunkte vereint. In den letzten Jahrzehnten gab es immer nur Stückwerk und das ist deutlich sichtbar. Weitere städtebauliche Brennpunkte, um nur einige beispielhaft zu nennen, sind sicherlich: Barbarossaplatz, Nord/Südfahrt (Tieferlegung), Umfeld des Doms, Breslauer Platz Ob und wann das alles zu realisieren ist, sei dahingestellt. Auf jeden Fall braucht es dazu Ideen und Visionen und ein städtebauliches Gesamtkonzept. Nur so kann Köln langfristig mit anderen Großstädten wie Berlin, Hamburg oder München konkurrieren. Viele Grüße vom Ebertplatz

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Es geht in diesem Vorschlag letztendlich um die Gestaltung und Nutzung der Platzfläche. Hierzu sind umfangreiche Planungen und Abstimmungen zwischen allen beteiligten Ämtern erforderlich. Der Bereich liegt außerdem im Untersuchungsgebiet des städtebaulichen Masterplans, dessen Ergebnis abgewartet werden muss. Um die Gesamtstruktur des Ebertplatzes zu verändern, ist die Frage der Verkehrsführung und die Niveauangleichung zur Neusser Straße und zum Eigelstein zu diskutieren (historischer Zustand). Hierfür sind eine Verkehrsstudie und ein städtebauliches Konzept erforderlich. In den Haushaltsjahren 2008-2011 stehen im investiven Bereich des Haushaltes insg. 1,7 Mio. EUR für diverse Platzgestaltungen zur Verfügung - hiermit könnten auch kleinere Vorabmaßnahmen finanziert werden.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Die Verwaltung wurde mit der Prüfung der Angelegenheit beauftragt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
47	1776	Köln braucht mehr Abfalleimer

Vorschlagstext

Köln braucht mehr Abfalleimer. Die Stadt ist sehr verschmutzt, an vielen Stellen wird Abfall achtlos hingeworfen. Aber wo sind die Abfalleimer? Die schöne neue Domtreppe liegt voll mit Abfall. Aber wo kann der Rastende ihn entsorgen? In diesem ganzen Arenal findet man nur vereinzelt Abfalleimer. Wo gibt es auf der Hohestr. Abfalleimer? Wo gibt es um den Neumarkt herum Abfalleimer? In Parks, in denen gegrillt wird und in denen sich viele Menschen erholen gibt es kaum Abfalleimer. Ich vermisse Abfalleimer an vielen Orten. Wenn ich einen suche, finde ich keinen und nehme den Abfall mit nach Hause. Das macht aber nicht jeder. Das ist auch ein Grund, warum unsere Stadt so schmuddelig ist.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

An der Domtreppe werden im Rahmen des Programms „Sauberkeit für Köln“ zwei weitere Abfalleimer angebracht, die Finanzierung ist sichergestellt. Die übrigen Anregungen werden durch die Verwaltung geprüft. Die erforderlichen Mittel zur Umsetzung stehen im Haushaltsplan-Entwurf 2008 zur Verfügung.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird im Hinblick auf den Dom zugestimmt, für die restlichen Bereiche wurde die Verwaltung mit der Prüfung der Angelegenheit beauftragt.

Umsetzungsstand

Die AWB wurde beauftragt, 4 Mülleimer (Modell Pico) jeweils 2 oben und unten an der Treppe zu installieren. Die Installation ist auch absprachegemäß erfolgt. Es erfolgt eine kontinuierliche Umsetzung des Vorschlags.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
48	2786	Ohne Angst mit dem Rad in die City!

Vorschlagstext

Entweder es gibt keine Radwege oder sie sind dermaßen eng, zerstückelt, holprig, beschädigt und schlecht markiert, dass es zum Fürchten gefährlich ist. Mit Kindern kann man sich garnicht auf diesen Weg in die Stadt begeben. Mindestens die stückweise vorhandenen Radwege müssten SINNVOLL miteinander verbunden werden. Dabei sollten auch Nebenstraßen genutzt werden aber ohne kilometerlange Umwege zu produzieren. Aus jedem Viertel muss ein Radweg mindestens bis an die Fussgängerzone bzw. den Dom / Bhf führen. Er sollte auch für Kinder ab 12 ohne Gefahr nutzbar sein. Andere Städte machen vor, wie man die Unfallzahlen ohne große Kosten, nur mit entsprechenden Markierungen, Radfahrern angepassten Ampelschaltungen und vor allem einem ZUSAMMENHÄNGENDEN Radwegenetz erreicht.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Durch die Aufstockung des Personalpools für den Radverkehr können Maßnahmen und Projekte unterstützt und beschleunigt werden. zusätzliche Stellen: 1 Techniker mit 42.000 EUR/Jahr und 2 Ingenieure mit je ca. 74.000 EUR/Jahr. Siehe auch Rang Nr. 7, Vorschlagsnummer 2750.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Zur Beschleunigung von entsprechenden vorgesehenen Maßnahmen und Entwicklung neuer Projekte ist die Aufstockung des Personalpools für den Radverkehr erforderlich. Zusätzliche Stellen: 1 Techniker und 2 Ingenieure. Besetzung geplant Ende 2008. Die Einrichtung der zusätzlichen Stellen wurde durch das Bürgerhaushaltsverfahren ermöglicht.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
49	1460	Südbrücke: Wiederher- stellung Fuß- Fahrradweg

Vorschlagstext

Der nördliche Weg über die Südbrücke wurde vor Jahren wegen baulicher Mängel gesperrt. Da diese wichtige Verbindung von Fußgängern und Radfahren sehr viel genutzt wird und der aktuelle Weg eine Breite von gerade einmal ~1,40m hat halte ich eine Wiedereröffnung der anderen Seite für dringend geboten.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Stadt Köln ist für die Unterhaltung der randseitigen Gehwege auf der Südbrücke zuständig. Die Stadt Köln hat ein Sanierungskonzept beauftragt. Es wurden starke Schäden an den Treppenhäusern und beiden Gehwegen festgestellt. 2008 soll daher mit der Sanierung des gesperrten Teilstücks begonnen werden. Sobald dieser Weg wiedereröffnet wird, muss der südliche Gehweg gesperrt und ebenfalls saniert werden. Es wird daher noch einige Jahre mit Einschränkungen zu rechnen sein. Im Rahmen der Sanierung wird geprüft, ob eine geringe Verbreiterung in Teilbereichen möglich ist. Die Finanzierung ist beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau sichergestellt.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Stadt Köln ist für die Unterhaltung der randseitigen Gehwege auf der Südbrücke zuständig. Die Stadt Köln hat ein Sanierungskonzept beauftragt. Es wurden starke Schäden an den Treppenhäusern und beiden Gehwegen festgestellt. Die Planung zur Sanierung der Gehwege steht kurz vor dem Abschluss. Anfang 2009 kann daher voraussichtlich mit der Sanierung des gesperrten Teilstücks begonnen werden. Sobald dieser Weg wiedereröffnet wird, muss der südliche Gehweg gesperrt und ebenfalls saniert werden. Es wird daher noch einige Jahre mit Einschränkungen zu rechnen sein. Im Rahmen der Sanierung wird geprüft, ob eine geringe Verbreiterung in Teilbereichen möglich ist. Die Finanzierung ist beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau sichergestellt. Im Zusammenhang mit der Sanierung soll die Frage einer barrierefreien Anbindung der Gehwege geklärt werden.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
49a	3630	Südbrücke

Vorschlagstext

Ich finde, es ist an der Zeit, dass BEIDE Seiten der Südbrücke für Fußgänger und Radfahrer wieder zur Verfügung stehen sollten! Ausserdem wäre eine Enfernung der schäbigen Graffitis im und an der Brücke angebracht.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Stadt Köln ist für die Unterhaltung der randseitigen Gehwege auf der Südbrücke zuständig. Die Stadt Köln hat ein Sanierungskonzept beauftragt. Es wurden starke Schäden an den Treppenhäusern und beiden Gehwegen festgestellt. 2008 soll daher mit der Sanierung des gesperrten Teilstücks begonnen werden. Sobald dieser Weg wiedereröffnet wird, muss der südliche Gehweg gesperrt und ebenfalls saniert werden. Es wird daher noch einige Jahre mit Einschränkungen zu rechnen sein. Im Rahmen der Sanierung wird geprüft, ob eine geringe Verbreiterung in Teilbereichen möglich ist. Die Finanzierung ist beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau sichergestellt.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Stadt Köln ist für die Unterhaltung der randseitigen Gehwege auf der Südbrücke zuständig. Die Stadt Köln hat ein Sanierungskonzept beauftragt. Es wurden starke Schäden an den Treppenhäusern und beiden Gehwegen festgestellt. Die Planung zur Sanierung der Gehwege steht kurz vor dem Abschluss. Anfang 2009 kann daher voraussichtlich mit der Sanierung des gesperrten Teilstücks begonnen werden. Sobald dieser Weg wiedereröffnet wird, muss der südliche Gehweg gesperrt und ebenfalls saniert werden. Es wird daher noch einige Jahre mit Einschränkungen zu rechnen sein. Im Rahmen der Sanierung wird geprüft, ob eine geringe Verbreiterung in Teilbereichen möglich ist. Die Finanzierung ist beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau sichergestellt. Im Zusammenhang mit der Sanierung soll die Frage einer barrierefreien Anbindung der Gehwege geklärt werden.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
51	3222	Durchgehende Fahrradwege

Vorschlagstext

Für Köln ist gerade ein Masterplan in Auftrag gegeben worden. Der Auftrag umfasst hoffentlich auch die Erstellung eines Unter-Masterplans für durchgehende Fahradwege von allen Stadtteilen bis in die Innenstadt und wieder zurueck. Falls nicht, dann sollte der Auftrag dahingehend erweitert werden. Damit die Planer auch wissen, was gemeint ist, brauchen sie nur mal eine Fahrradfahrt von irgeneinem Punkt des Militärrings zum Historischen Rathaus machen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Für alle Stadtteile sind Radwegenetzpläne bereits vorhanden und beschlossen.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
52	1098	Radwege Zustand

Vorschlagstext

Wer auch immer das Schild (wenn man vom Bonner Verteiler, Richtung Rheinufer fährt) "Fahrradfreundliche Stadt" genehmigt hat, hat einen an der Waffel. Am schlimmsten zur Zeit von Ehrenfeld -Nippes auf dem Parkgürtel. Lebensgefährlich, da einem die Platten bald entgegenfliegen und man Angst haben muss, in den Kanal zu stürzen, da die Abdeckungen da auch schon bedenklich wackeln. Weiter geht´s dann auf der Niehler Str (Höhe Niehler Kirchweg) Richtung Sebastian Str. Wenn ich da mit meiner Hämorrhoiden-Schaukel unterwegs bin ist das nicht mehr feierlich. Wenn ich dann zu Hause angekommen bin, bin ich froh nicht mit Bandscheibenvorfall oder Wirbelsäulenbruch gleich bei uns im Krankenhaus zu Landen. Der Zustand auf allen Fahrradwegen ist unerträglich. Egal ob Stein oder Bepinselung. Wer kam eigentlich auf die glorreiche Idee Schmierseife dafür zu Verwenden?????? Wenn man bei Nässe Bremsen muss, rutscht man noch gute 100 Meter weiter. Bei unseren ach so tollen Autofahrern, die auch immer artig "BLINKEN" macht das Radfahren doch erst den abenteuerlichen Aspekt aus. Ich muss nicht nur Hellsehen können, NEIN; auch meine Balance-Fähigkeit kann ich immer vollstens Ausleben. HURRA Köln. Auf das ich beim nächsten Regen wieder durch Köln schlidern kann. Sorgt endlich für anständige, sichere Radwege. Gruß Rolf

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Straßenschäden, hierzu gehören auch Schäden in den Nebenanlagen (z.B. Radwegen), werden durch den Straßenkontrolldienst turnusmäßig erfasst und im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht mit den zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Möglichkeiten mit eigenem Personal oder mit Fremdfirmen beseitigt. Für die Instandhaltung von Schiebern, Schächten oder Hydranten ist das jeweilige Ver- bzw. Entsorgungsunternehmen verkehrssicherungspflichtig. Für den Abschnitt Ehrenfeld/Nippes sollen die Radwege in 2008 instand gesetzt werden. Die Finanzierung ist im Rahmen "Unterhaltung Infrastrukturvermögen" sichergestellt.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Eine Umsetzung ist für 2009 geplant.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
54	2912	Ampeln abends/nachts auf "Bedarf" schalten

Vorschlagstext

Ich denke durch das Umschalten vieler Ampelanlagen auf "Bedarf" könnte in den Abend- und Nachtstunden viel Lärm, Staub und Abgas vermieden werden. Die meisten Ampelanlagen haben doch eh Kontaktschleifen in der Fahrbahn eingelassen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Schon zum heutigen Zeitpunkt werden an ca. 100 Lichtsignalanlagen (LSA) nachts bedarfsabhängige Signalprogramme geschaltet. An LSA, die die technischen Voraussetzungen erfüllen, soll auch zukünftig diese Möglichkeit geprüft und umgesetzt werden. Die Kosten sind abhängig vom Ergebnis der verwaltungsinternen Prüfungen, eine zusätzliche Mittelbereitstellung ist nicht erforderlich, die Unterhaltung der LSA ist im konsumtiven Bereich des Haushaltsplans finanziert.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Es erfolgt eine kontinuierliche Umsetzung des Vorschlags.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
55	5270	KVB: Bürger- gutachten zur Verbesserung des ÖPNV in Köln

Vorschlagstext

Ich schlage vor, ein Bürgergutachten zur Verbesserung der Qualität der KVB in Auftrag zu geben. Diese Methode hat sich z.B. in Hannover hervorragend bewährt, um den ÖPNV dort sicherer, schneller und kundenfreundlicher zu machen. Das Gutachten kostet zunächst Geld, das aber gut investiert ist angesichts der erwartbaren Erhöhung der Akzeptanz der KVB durch die Kölner - und damit ein gutes Marketinginstrument, um neue Kunden zu gewinnen und die Zufriedenheit der alten zu erhöhen! Im Vergleich zu teuren "Expertengutachten" ist das Bürgergutachten zudem preisgünstig zu nennen!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Stadt Köln und KVB verfügen bereits über bewährte Instrumente, um die Angebotsqualität im ÖPNV und die Veränderung derselben zu überprüfen. Zu nennen sind hier auf Seiten der KVB der Fahrgastbeirat inklusive der Arbeit der Qualitätstester sowie die Beteiligung am VRS-weit durchgeführten Kundenbarometer durch einen externen Gutachter (TNS Emnid). Die Stadt Köln führt seit 2001 in ihrer Befragung „Leben in Köln“ (Kommunaler Mikrozensus) regelmäßige Erhebungen zur Zufriedenheit mit und zur Wichtigkeit von 20 Angebotsmerkmalen des ÖPNV durch. Auf dieser Basis wurden in den vergangenen Jahren bereits Prioritäten zur Verbesserung des Angebots gesetzt. Die Notwendigkeit zur Durchführung weiterer Gutachten wird daher von der Verwaltung zurzeit nicht gesehen.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird abgelehnt. Es wird dem Verwaltungsvorschlag gefolgt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
56	2544	Der Neumarkt als neuer Bürgerplatz für alle

Vorschlagstext

Ein Jahr lang verzichten alle Stadtteile auf Maßnahmen zur Verschönerung und Neugestaltung ihrer Plätze zugunsten einer völligen Neugestaltung des Neumarkts als großen Bürgerplatz für alle Kölner. Die Straßen, die um den Platz führen, werden in Zukunft in beide Richtungen im Süden des Platzes sein, sodass der Platz an die nördliche Bebauung heranrückt und nicht mehr durch eine vierspurige Straße getrennt wird. Die Bahnhaltestelle im Süden bleibt, wo sie ist, sodass sich der Aufwand in Grenzen hält, das Projekt bezahlbar bleibt und innerhalb eines Jahres umgesetzt werden kann. Wenn andere verzichten, müssen sie auch sehen, wie sich ihr Verzicht direkt zugunsten eines neuen schönen Aushängeschildes im Zentrum auswirkt. Mit der Neugestaltung des Neumarktes verbindet die Stadt das Versprechen, dass dieser Platz allen Bürgern gehört und nicht Monate lang mit kommerziellen Zeltveranstaltungen verbarrikadiert wird. Es werden nur noch Märkte und andere kommunikative Veranstaltungen erlaubt, die keinen Eintritt kosten. Der Platz wird sparsam möbliert, es gibt ein kleines Areal für Straßenmusik, Auftritte von Künstlern und Bands und in kleinem Rahmen wird Außengastronomie erlaubt. Für Kinder wird ein großes attraktives Spielgerät mit Sandkasten (z.B. einen Kletterturm) angelegt.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Es geht in diesem Vorschlag letztendlich um die Gestaltung und Nutzung der Platzfläche. Hierzu sind umfangreiche Planungen und Abstimmungen zwischen allen beteiligten Ämtern erforderlich. Der Bereich liegt außerdem im Untersuchungsgebiet des städtebaulichen Masterplans, dessen Ergebnis abgewartet werden muss. Siehe auch Rang Nr. 9, Vorschlagsnummer 1814 und Rang 15, Vorschlagsnummer 3695.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
58	1368	Umgehung Zündorf

Vorschlagstext

Das Verkehrschaos in Zündorf wird immer schlimmer, Hauptstraße und Schmittgasse sind in den Hauptverkehrszeiten hoffnungslos überlastet. Im Interesse aller Anwohner, aber auch der täglichen "Pendler" aus Langel, Niederkassel, Lülsdorf, Ranzel und Libur ist eine Umgehungsstraße dringend erforderlich. Gerade weil das Land NRW die vorgeschlagene große Umgehungsstraße Richtung Wahn mindestens bis 2015 nicht für förderungswürdig hält, sollte man das Problem nicht weiter bedauernd vor sich herschieben und zumindest eine "kleine" Lösung - z. B. durch einen entsprechenden Ausbau des Holzweges zwischen Wahner Straße und Ranzeler Straße - realisieren.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Ausbau des Holzweges ist ebenso aufwändig wie die geplante Ortsumgehung Zündorf und zeitlich nicht früher realisierbar. Die Alternative wird daher nicht weiter verfolgt.

Ausschuss	Bezirk
VA	Porz

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
59	3939	Ortsumgehung PORZ - Wahn

Vorschlagstext

Eine Verkehrsanbindung an die Autobahnauffahrt Porz Lind/Spich für den Verkehr aus Lülsdorf / Niederkassel kann durch eine Verlängerung der bis Stadtgrenze Köln ohnehin bereits bestehenden Umgehungsstrasse (Ortsumgehung Ranzel) und Anbindung an die bereits bestehende Schienenuntertunnelung in Höhe Belgische Allee / Frankfurter Strasse im Gewerbegebiet Lind / Ortsgrenze Spich erfolgen. Damit wird der Ortskern Wahn wirksam und langfristig Verkehrsentlastet.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Bei der angesprochenen Straße handelt es sich um die L 274, die als Landesstraße in der Zuständigkeit des Landesbetriebs Straßen NRW liegt. Die Straße endet heute in einem Kreisverkehr an der K 24 und soll von dort bis zur Frankfurter Straße verlängert werden. Zur Herstellung des Planungsrechts für den Bau der Straße führt der Landesbetrieb zurzeit das notwendige Planfeststellungsverfahren durch.

Ausschuss	Bezirk
-----	Porz

Entscheidung des Rates

Für die Maßnahme ist der Landesbetrieb Straßen NRW zuständig (siehe Stellungnahme der Verwaltung).

Umsetzungsstand

Bei der angesprochenen Straße handelt es sich um die L 274, die als Landesstraße in der Zuständigkeit des Landesbetrieb Straßen NRW liegt. Die Straße endet heute in einem Kreisverkehr an der K 24 und soll von dort bis zur Frankfurter Straße verlängert werden. Zur Herstellung des Planungsrechts für den Bau der Straße führt der Landesbetrieb zur Zeit das notwendige Planfeststellungsverfahren durch.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
60	786	Radwege - Schutzstreifen

Vorschlagstext

Ich schlage die Verwendung zusätzlicher Mittel für die Anlage von Radschutzstreifen an Hauptverkehrsstrassen vor, z.B. Frankfurter und Bergisch Gladbacher Strasse in Köln-Mülheim. Radschutzstreifen sind Angebotsstreifen und keine baulichen Radwege, die der Benutzungspflicht unterliegen. Sie schaffen aber einen optisch abgegrenzten Verkehrsraum, der vorhandenen Radverkehr signalisiert. (rb/mfg)

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Bei aktuellen Maßnahmen an verkehrswichtigen Straßen wird die Anlage von Schutzstreifen geprüft. Um zeitnah alle Hauptverkehrstraßen zu überprüfen, ist der verstärkte Einsatz von Personal erforderlich. Auf der Frankfurter Straße wird ein Pilotprojekt vorbereitet. zusätzliche Stellen: 1 Techniker mit 42.000 EUR/Jahr und 2 Ingenieure mit je ca. 74.000 EUR/Jahr. S. auch Rang Nr. 7, Vorschlagsnummer 2750.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Zur Beschleunigung von entsprechenden vorgesehenen Maßnahmen und Entwicklung neuer Projekte ist die Aufstockung des Personalpools für den Radverkehr erforderlich. Zusätzliche Stellen: 1 Techniker und 2 Ingenieure. Besetzung geplant Ende 2008. Die Einrichtung der zusätzlichen Stellen wurde durch das Bürgerhaushaltsverfahren ermöglicht.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
63	4262	Menschen- freundlichkeit von Plätzen und Grünflächen

Vorschlagstext

Es gab Zeiten, da war ein Platz ein Ort, wo man sich traf und aufhielt. Marktplätze, Kirchplätze und Festplätze machten die Stadt öffentlich und zeigten, was städtisches Leben war. In Köln sind heutzutage die meisten Plätze so unwirtlich, dass man sie eilig wieder verlässt. (Beispiel Ebertplatz, Wiener Platz u.a., ganz zu schweigen vom Barbarossaplatz). Es gibt Modelle (Rudolfplatz?), wie man Plätze durch die Mitwirkung des Veedels wieder wohnlicher machen kann. Dies gilt übrigens auch für Grünflächen. Mit einem Projekt ‚Gender Mainstreaming im Städtebau' hat Pulheim seinen Stadtgarten so umgestaltet, dass er den Bedürfnissen der Bevölkerung nach einem Ort entgegen kommt, wo nicht nur Frauen mit Kindern, sondern auch andere Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit zu sinnvoller Nutzung ihrer Freizeit haben. In Köln kann man so was auch, man muss es nur wollen!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Grundsätze des Gender Mainstreaming (GM), d. h. Städte bieten für Männer und Frauen einen gleichermaßen attraktiven Lebensraum, sollen in jeden Planungsprozess integriert werden. Diese Vorgehensweise verursacht keine zusätzlichen Kosten, da sie mit einem sorgfältigen Planungsprozess kongruent sein sollte. Das bedeutet, dass die Bedürfnisse aller Nutzergruppen ermittelt und berücksichtigt sowie transparent abgewogen werden. Die Sicherheit aller Nutzergruppen wird gewährleistet.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Es erfolgt eine kontinuierliche Umsetzung des Vorschlags.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
69	1152	Absenkung der Bordsteine für Rollatoren.

Vorschlagstext

Beim Urlaub in Holland ist uns aufgefallen, dass dort die Bordsteine nicht nur für Auto-Einfahrten abgesenkt sind, sondern auch in Bereichen, die von Fußgängern (z.B. mit Rollatoren, Kinderwagen, etc.) genutzt werden. Das bedeutet, dass z.B. beim Überqueren einer Seitenstrasse, schmale (ca. 1m breite) Absenkungen und entsprechende kurze Rampen vorhanden sind, die das Überqueren dieser Strasse erleichtern. Wir haben eine 80jährige Mutter und müssen immer beobachten, wie sie sich abmüht, die hohen Bordsteine mit ihrem Rollator zu überwinden. Wir schlagen vor, das auch in Köln (z.B. bei Neuanlage oder Reparatur von Bürgersteigen) diese Fussgänger- Rampen angelegt werden. Wenn diese Massnahme von vorne herein mit eingeplant ist, dürften sich die erforderlichen Mehrausgaben in Grenzen halten. Bei der wachsenden Zahl älterer Mitbürger halten wir diese Maßnahme für erforderlich.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die barrierefreie Gestaltung von Straßen wird insbesondere nach Verabschiedung des Behindertengleichstellungsgesetzes in Abstimmung mit den Behindertenverbänden intensiviert. Vorrangig findet dies bei der Planung und Umsetzung von Straßenneu- und Umbaumaßnahmen Berücksichtigung. In Einzelfällen werden aber auch durch Behinderte stark frequentierte Straßenabschnitte (z.B. in der Nähe von Seniorenheimen etc) entsprechend angepasst und aus den Mitteln für die Unterhaltung Infrastruktur finanziert.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Es soll eine zusätzliche Stelle eingerichtet werden. Außerdem sind zusätzlich Haushaltsmittel für bauliche Anpassungen i. H. v.. 175.000 EUR (2008) und 523.000 EUR ab 2009 eingeplant. Die Planung und Umsetzung des Programms erfolgt nach Stellenbesetzung.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
71	1127	Radweg Poll - Porz / Leinpfad Westhoven

Vorschlagstext

Der Oberflächenbelag des Radweges im ehemaligen Militärbereich zwischen Poll und Westhoven hätte eine Erneuerung verdient. Was früher für militärische Fahrzeuge o.k. gewesen ist, ist aktuell für Inliner und Radfahrer nur noch ein Ärgernis. Es muss doch möglich sein, eine Strecke von ca. 300m neu zu teeren, damit Tausende von Freizeitsportlern den Radweg von Deutz nach Zündorf durchgängig einfach nur geniessen können.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Instandsetzungsmittel i. H. v. 40.000 EUR stehen im Haushaltsjahr 2008 zur Verfügung.

Ausschuss	Bezirk
VA	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
76	1062	Radwegkontrolldienst

Vorschlagstext

Die radwege sind teilweise recht gut ausgebaut und dann plötzlich enden sie völlig abrupt und man wird als radfahrer gezwungen, in den Autoverkehr hineinzuradeln und sich beschimpfen zu lassen (siehe Amsterdamer Straße Richtung Rheinunfer, grade wo die autofahrer mit speed von der Zoobrücke kommen) oder es wird der fahrende PKW verkehr durch Radwegführung von den seitlichen Parktaschen abgetrennt, wie auf der Neusser Straße in Nippes. Jedes aus- oder Einparken wird zu einem Unfallrisiko für alle beteiligten.... Zusätzlich wird das Unfallrisiko noch erhöht durch das auf den Radwegen verbleibende Laub jetzt im Herbst.... Noch vor wenigen Jahren, wurden nicht nur die Fahrbahnflächen sehr schnell von Laub befreit, sondern auch die radwege... wahrscheinlich ist das den allgemeinen "Sparmassnahmen" oder der "Privatisierung" bei der Stadtreinigung zum Opfer gefallen.. Es sollten einige Politessen aus der innenstadt aufs rad gesetzt werden und mal einige kontrollfahrten unternehmen, dann eine mängelliste erstellen und die dann einzuleitenden massnahmen würden etliche Blechschäden einsparen helfen

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Durch die Aufstockung des Personalpools für den Radverkehr können entsprechende Maßnahmen und Projekte unterstützt und beschleunigt werden. Zusätzliche Stellen: 1 Techniker mit 42.000 EUR/Jahr und 2 Ingenieure mit je ca. 74.000 EUR/Jahr. Siehe auch Rang Nr. 7, Vorschlagsnummer 2750.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Zur Beschleunigung von entsprechenden vorgesehenen Maßnahmen und Entwicklung neuer Projekte ist die Aufstockung des Personalpools für den Radverkehr erforderlich. Zusätzliche Stellen: 1 Techniker und 2 Ingenieure. Besetzung geplant Ende 2008. Die Einrichtung der zusätzlichen Stellen wurde durch das Bürgerhaushaltsverfahren ermöglicht.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
82	1317	Autofreie Zonen Innenstadt

Vorschlagstext

Mehr autofreie Zonen in der Innenstadt schaffen!! Vieles ist fußläufig erreichbar! Stadträder aufstellen wie Call a Bike

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Eine autofreie Innenstadt ist in Köln nicht erklärtes Ziel. Eine ausgewogene Berücksichtigung aller notwendigen Verkehre auch mit dem Ziel Lärm- und Abgasemmissionen zu reduzieren wird von allen beteiligten Ämtern verfolgt.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
88	2154	Rechts- rheinische Nord-Süd-Straßenbahn

Vorschlagstext

Vielleicht ein futuristischer Vorschlag, aber... schon einmal bemerkt, dass es keine durchgehende Verbindung auf der Schäl Sick gibt? Möchte man mit der Bahn von Porz nach Mülheim oder umgekehrt, muss man zwangsläufig zwei Mal über den Rhein. Da wird für Millionen (oder Milliarden?) Euro eine zusätzliche Nord-Süd-Bahn in der Innenstadt gebaut, die eigentlich kein Mensch benötigt, da bereits zwei Nord-Süd-Trassen existieren. Die neue Trasse erspart dem Fahrgast lediglich 5 Minuten, was bei den obligatorischen Verspätungen der KVB auch nichts mehr ausmacht. Wir Rechtsrheiner bleiben auf Bussen sitzen, um nicht umsteigen zu müssen. Eine Straßenbahn von Wahn / Urbach in die nördlichen Stadtteile wäre dringend von Nöten.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Planung einer sogenannten rechtsrheinischen Ringstrecke wird bereits seit den 90 er Jahren betrieben. Erste Untersuchungen erfolgten im Zusammenhang mit dem Stadtbahnbau in Mülheim und zeigten den grundsätzlichen Nutzen der Maßnahme auf. Da das Verkehrsaufkommen derzeit noch mit Bussen abgewickelt werden kann, haben andere Maßnahmen - wie z.B. die Nord-Süd-Stadtbahn - eine höhere Priorität erhalten. Auf Grund der verschlechterten Finanzlage von Stadt und Land hat der Rat 2002 Prioritäten für weitere Stadtbahnprojekte beschlossen. Dabei wurde die rechtsrheinische Ringstrecke nachrangig in untergeordneter Priorität eingestuft. Ob bzw. wann eine Realisierung möglich ist bzw. wie hoch die Kosten sein werden, ist aus Sicht der Verwaltung derzeit offen.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag kann entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung derzeit nicht umgesetzt werden.

Umsetzungsstand

Die Planung einer sogenannten rechtsrheinischen Ringstrecke wird bereits seit den 90 er Jahren betrieben. Erste Untersuchungen erfolgten im Zusammenhang mit dem Stadtbahnbau in Mülheim und zeigten den grundsätzlichen Nutzen der Maßnahme auf. Da das Verkehrsaufkommen derzeit noch mit Bussen abgewickelt werden kann, haben andere Maßnahmen - wie z.B. die Nord-Süd-Stadtbahn - eine höhere Priorität erhalten. Auf Grund der verschlechterten Finanzlage von Stadt und Land hat der Rat 2002 Prioritäten für weitere Stadtbahnprojekte beschlossen. Dabei wurde die rechtsrheinische Ringstrecke nachrangig in untergeordneter Priorität eingestuft. Ob bzw. wann eine Realisierung möglich ist bzw. wie hoch die Kosten sein werden, ist aus Sicht der Verwaltung derzeit offen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
90	3928	Macht die Stadt nachts wieder heller!!

Vorschlagstext

Die steigende Kriminalität innerhalb der Stadt ist beängstigend. Besonders in den Abend- und Nachtsstunden ist es für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt oft unheimlich. Die Gefahr Opfer eines Verbrechens zu werden ist real. Ich plädiere deshalb für ein deutliche Verbesserung der Beleuchtunganlagen an öffentlichen Plätzen und Wegen. Mittels modernen Leuchtkörper kann bei weniger Verbrauch eine hellere Ausleuchtung erreicht werden. Eine Erhöhung der Sicherheit ist die Folge. Die Stadt wird heller, die Gefahren geringer, die Lebensqualität besser. Die Stadtverwaltung Köln soll die Stadt wieder hell und lebenswert machen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die RheinEnergie AG sichert der Stadt Köln im Rahmen des Dienstleistungspakets „Öffentliche Beleuchtung“ die ordnungsgemäße Ausleuchtung der öffentlichen städtischen Verkehrsflächen. Sie garantiert Beleuchtungs- und Leuchtenstandards gemäß der bestehenden Normen und Richtlinien, ist darüber hinaus bemüht, Störungen schnellstmöglich zu beheben. Ausgenommen davon sind aus Gründen der Haushaltskonsolidierung Straßen, die nicht der Erschließung dienen, sowie gemäß eines Beschlusses des Ausschuss Grün und Umwelt vom 29.01.2004, Parks und Grünanlagen. In der Regel besteht die Möglichkeit, städtische Ziele über beleuchtete Straßen und Wege - im Rahmen zumutbarer Umwege - zu erreichen.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
91	976	Radwege: Mängel- behebung effizienter gestalten

Vorschlagstext

Um die Behebung von Mängeln bei Radwegen effizienter zu gestalten, sollte die Zusammenarbeit mit Initiativen, wie der Mülheimer Fahrradgruppe (siehe www,muelheimer-freiheit.net/mfg) verstärkt gesucht werden. Der Aufbau ähnlicher Initiativen sollte unterstützt werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Zwischen der Verwaltung und den Fahrradverbänden und -initiativen bestehen bereits jetzt enge Kontakte und in verschiedenen Arbeitskreisen (z.B. Velo 2010, Velo-Runde des Fahrradbeauftragten der Stadt Köln) gibt es eine konstruktive Zusammenarbeit.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Es erfolgt eine kontinuierliche Umsetzung des Vorschlags.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
92	1920	Sparlampen für Ampeln

Vorschlagstext

Die Stadt Aachen sparte durch den Ersatz der Ampel-Leuchtbirnen durch Energiesparlampen pro Jahr 70.000 Euro an Stromkosten ein. Das wäre doch für Köln auch etwas.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Durch den Einsatz von LED-Signalgebern wird dem Einspargedanken Rechnung getragen. Alle LSA, die umgerüstet oder erneuert werden, erhalten diese energiesparende Technik. Einsparungseffekt setzt vorherige Investitionen voraus, die bereits im Haushaltsplan 2008ff sichergestellt sind. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des Austauschs von Steuergeräten.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Es erfolgt eine kontinuierliche Umsetzung des Vorschlags.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
95	2640	sichere radwege in sülz

Vorschlagstext

auch auf dem hintergrund des letzten schrecklichen fahrradunfalls in köln-sülz plädiere ich für den ausbau von sicheren fahrradwegen auf berrenrather, luxemburger und sülzburgstr., sowie zülpicherstr. und weyertal

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag ist in engem Zusammenhang mit Rang Nr. 2 zu sehen. Für den Bereich Sülz/Klettenberg/Lindenthal ist eine Gesamtuntersuchung erforderlich, deren Kosten bei rd. 30.000 EUR liegen.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Mittel für das Gesamtkonzept wurden durch das Bürgerhaushaltsverfahren bereit gestellt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
98	887	Barbarossa- platz

Vorschlagstext

Der Stadtbahnknoten Barbarossaplatz sollte unter die Erde verlegt werden. Heute hören die Tunnel leider ein paar Meter zu früh auf, oft herrscht hier ein ziemliches Chaos.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Bereich liegt im Untersuchungsgebiet des städtebaulichen Masterplans, dessen Ergebnis abgewartet werden muss. In den Haushaltsjahren 2008-2011 stehen im investiven Bereich des Haushaltes insg. 1,7 Mio. EUR für diverse Platzgestaltungen zur Verfügung. Die Verlängerung des von der Poststraße kommenden U-Bahn-Tunnels oder auch des Tunnels der Ringstrecke, die beide zu einer verkehrlichen Entlastung des Barbarossaplatzes führen würden, sind finanziell zurzeit nicht darstellbar.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Die Verwaltung wurde mit der Prüfung der Angelegenheit beauftragt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
100	2466	Radweg Radwegenetz mehr Sicherheit für Alle!

Vorschlagstext

Abschaffung der in den meisten Fällen sowieso gegen geltendes Recht und VwV verstoßenden RadwegbenutzungsPFLICHT im gesamten Stadtgebiet und Umwandlung in ein BenutzungsRECHT. Anstattdessen die flächendeckende Einführung von Radschutzstreifen auf der Fahrbahn. Nachgewiesenermaßen passieren die meisten Unfälle mit Radfahrern und Autos, weil Radfahrer einfach übersehen werden. Mit Schutzstreifen wird der Verkehr genügend entmischt und die Sicherheit Aller erhöht. Ein angenehmer Nebeneffekt ist eine gewisse Verkehrsberuhigung im Allgemeinen, sowie zusätzliche Abstellflächen für PKW durch den frei werdenden Radweg auf dem Bürgersteig. Das etwa, was so sinnloserweise als "Verkehrsversuch Ringe" propagiert wurde (Eine Reihe Parklpätze anstatt einer Fahrspur), hätte weitaus mehr Sinn ergeben, indem man Ringe-weit einen Radschutzstreifen eingeführt hätte. Es gibt zudem unzählige Beispiele für einen verheerenden Zustand, oder Wegeführung von vorhandenen Radwegen. Nicht nur die Ringe seien hier erwähnt, sondern vornehmlich auch die großen Ost/West und Nord/Süd Achsen. Bitte kein Flickwerk starten und irgendwo mal 100 Meter einen guten Radweg bauen, sondern das gesamte System verkehrs- und benutzungssicher gestalten!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Bei aktuellen Maßnahmen an verkehrswichtigen Straßen wird die Anlage von Schutzstreifen geprüft. Um zeitnah alle Hauptverkehrstraßen zu überprüfen, ist der verstärkte Einsatz von Personal erforderlich. zusätzliche Stellen: 1 Techniker mit 42.000 EUR/Jahr und 2 Ingenieure mit je ca. 74.000 EUR/Jahr. Siehe auch Rang Nr. 7, Vorschlagsnummer 2750.

Ausschuss	Bezirk
VA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Zur Beschleunigung von entsprechenden vorgesehenen Maßnahmen und Entwicklung neuer Projekte ist die Aufstockung des Personalpools für den Radverkehr erforderlich. Zusätzliche Stellen: 1 Techniker und 2 Ingenieure. Besetzung geplant Ende 2008. Die Einrichtung der zusätzlichen Stellen wurde durch das Bürgerhaushaltsverfahren ermöglicht.

Grünflächen

Statusbericht Bürgerhaushalt 2008

Grünflächen

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
1	1349	Hände weg vom Kölner Grün

Vorschlagstext

In Köln werden zu viele Genehmigungen für Baumfällungen erteilt oder illegal gefällt. Es dauert ein Menschenleben, bis ein neuer Baum wieder ein Baum ist mit all seiner ökologischen Vielfalt. Deswegen das Grünflächenamt stärken mit mehr Personal und für die Bürger mehr Infos und Öffentlichkeitsarbeit bei Pflegemaßnahmen und Fällungen im Inneren und Äußeren Grüngürtel und in den vielen kleinen Parks.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

2008 werden alle vakanten Stellen nach den festgelegten Sollzahlen im Grünbereich nach besetzt sein. Entsprechende Personalauswahlverfahren sind eingeleitet. Für den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wurde im Dezember 2007 die zusätzliche Einrichtung und Besetzung einer entsprechenden Stelle beantragt. Für zusätzlichen Aufgaben und deren Umsetzung insbesondere die Vergabe von Pflegemaßnahmen und deren Ausführungskontrolle werden mindestens ein Gartenbauingenieur und ein Gärtnermeister benötigt. Bei größeren Fällaktionen wird die Öffentlichkeit durch Pressemitteilungen informiert. Rückschnittmaßnahmen werden der Öffentlichkeit vor Ort erläutert. Bei Fällungen aus Verkehrssicherungsgründen muss zum Teil sofort gehandelt werden, so dass eine Information der Bürger und Bezirksvertretungen vorab nicht möglich ist. Die Bezirksvertretungen werden regelmäßig über die durchgeführten Baumfällungen informiert.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Stellen nach den festgelegten Sollzahlen sind im Grünbereich besetzt bzw. es werden vakante oder vakant werdende Stellen nachbesetzt. Entsprechenden Personalauswahlverfahren sind eingeleitet. Die vorgesehene Zusetzung einer/eines zusätzlichen Gartenbauingenieurs/in und Gärtnermeisters/in konnte durch Verzögerungen im Stellenfreigabeverfahren noch nicht realisiert werden.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
8	1549	Straßenbäume

Vorschlagstext

So viel Geld wie möglich muss in die Anpflanzung neuer Straßenbäume investiert werden. Die Fällungen in den vergangenen Jahren haben das Klima in Köln verschlechtert. Mein Vorschlag ist ein volkswirtschaftlicher Sparvorschlag, denn Bäume senken die Temperatur in den jeweiligen Straßen und verringern damit die Zahl der Herzanfälle (es gibt entsprechende med. Gutachten dazu), sie verbessern die Luftqualität und senken den Lärm in Wohngebieten, dies dient der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger. Es dürfen ruhig Auto-Parkplätze für die Anpflanzung genutzt werden, denn ein Autoparkplatz nutzt nur einem einzelnen Autobesitzer, ein Baum nutzt dagegen allen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Zurzeit sind 1.857 Straßenbaumfehlstellen registriert. Jährlich müssen im Durchschnitt ca. 200 Straßenbäume aus unterschiedlichen Gründen gefällt werden. Im Rahmen der im Haushaltsplan-Entwurf vorgesehenen Mittel sollen 476 Fehlstellen in der Pflanzperiode Herbst/Frühjahr 2007/2008 bepflanzt werden. Darüber hinaus sollen ca. 220 Bäume in Grünanlagen und auf Spielplätzen als Ersatz für gefällte Bäume gepflanzt werden. Die Mittel dafür wurden im Haushaltsplan-Entwurf der nächsten Jahre angemeldet. Um die Fehlstellen schneller zu besetzen wurden die Mittel hierfür erhöht.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Finanzausschuss hat am 22.09.2008 jeweils 100.000 EUR für die Ersatz- und Neupflanzung von Bäumen zur Verfügung gestellt. Die Pflanzmaßnahmen werden zur Zeit ausgeschrieben.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
8a	3918	Pflanzung von Bäumen

Vorschlagstext

Dieser Vorschlag wurde schriftlich eingereicht und von der Redaktion eingegeben: Anonym wird folgendes vorgeschlagen: Pflanzung von 10 neuen Bäumen für jeden abgesägten Baum.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Zurzeit sind 1.857 Straßenbaumfehlstellen registriert. Jährlich müssen im Durchschnitt ca. 200 Straßenbäume aus unterschiedlichen Gründen gefällt werden. Im Rahmen der im Haushaltsplan-Entwurf vorgesehenen Mittel sollen 476 Fehlstellen in der Pflanzperiode Herbst/Frühjahr 2007/2008 bepflanzt werden. Darüber hinaus sollen ca. 220 Bäume in Grünanlagen und auf Spielplätzen als Ersatz für gefällte Bäume gepflanzt werden. Die Mittel dafür wurden im Haushaltsplan-Entwurf der nächsten Jahre angemeldet. Um die Fehlstellen schneller zu besetzen wurden die Mittel hierfür erhöht.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Finanzausschuss hat am 22.09.2008 jeweils 100.000 EUR für die Ersatz- und Neupflanzung von Bäumen zur Verfügung gestellt. Die Pflanzmaßnahmen werden zur Zeit ausgeschrieben.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
9	1154	Biodiversität fördern und Kosten sparen durch Wildblumen- ansaat

Vorschlagstext

Viele Grünflächen werden merhmals im Jahr gemäht. Eine Wildblumenwiese muss nur zwei mal im Jahr gemäht werden. Ich schlage vor, alle Neugrünflächen und Teile der bestehenden Flächen mit anerkannten heimischen Wildblumenmischungen anzusäen um die Mähkosten zu sparen und gleichzeitig etwas für die Biodiversität und den Erholungswert zu tun: Wildblumen erhöhen die Anzahl der Bienen, Hummeln, Schmetterlinge und Vögel, reine Grünflächen sind öde.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen sind rund 260 ha als arbeitsparende Pflegeflächen mit zweimaligem Schnitt in Jahr ausgewiesen. Bei der Anlage von Wildblumenwiesen ist zu berücksichtigen, dass diese Flächen teilweise durch Schafe beweidet oder als Hundeauslaufflächen ausgewiesen sind. Ferner sind die Nutzungsansprüche der Bürger der Grünflächen als Liegewiese, für sportliche Betätigungen, Spiele etc. zu berücksichtigen. Die Anlage von Flächen als Wildblumenwiesen wird im Einzelfall geprüft. Es ist zu bedenken, dass die Anlage einer Wildblumenwiese nicht mit Einsparungen, sondern eher mit höheren Pflegekosten (Aufnahme und Entsorgung des Mähgutes) verbunden ist. Daher wurde der Vorschlag abgelehnt.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
9a	3721	Wildwiesen in Parks

Vorschlagstext

Es wäre richtig was fürs Auge und auch für die Natur, wenn EIN TEIL der Rasenflächen in unseren Parks in Wildwiesen umgewandelt würde. Damit meine ich Wiesen, auf denen viele verschiedene wilde Gräser und Wildblumen wachsen. Da finden Insekten Nahrung, und über viele Insekten freuen sich die Vögel. Das wäre ein Stück mehr Natur für die Stadt. Außerdem sehen solche Wildwiesen schön "plüschig" aus und haben eine hübsche unterschiedliche Farbtönung je nach Jahreszeit. Wer das Naturschutzgebiet am Westend kennt: So ähnliche Flächen könnten das sein. Der angenehme Nebeneffekt für die Stadt wäre nicht nur, dass die Natur gestärkt würde, sondern man müsste auch weniger Flächen pflegen und mähen. Das spart Geld. Außerdem ist anzunehmen, dass auf diesen Flächen weniger Müll anfällt, weil zum Liegen und Picknicken die Rasenflächen genommen werden. Das heißt, das Areal zur ständigen Pflege wird kleiner.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen sind rund 260 ha als extensive Pflegeflächen mit zweimaligem Schnitt in Jahr ausgewiesen. Bei der Anlage von Wildblumenwiesen ist zu berücksichtigen, dass diese Flächen teilweise durch Schafe beweidet oder als Hundeauslaufflächen ausgewiesen sind. Ferner sind die Nutzungsansprüche der Bürger der Grünflächen als Liegewiese, für sportliche Betätigungen, Spiele etc. zu berücksichtigen. Die Anlage von Flächen als Wildblumenwiesen wird im Einzelfall geprüft. Es ist zu bedenken, dass die Anlage einer Wildblumenwiese nicht mit Einsparungen, sondern eher mit höheren Pflegekosten (Aufnahme und Entsorgung des Mähgutes) verbunden ist. Daher wurde der Vorschlag abgelehnt.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
10	1430	Hunde statt Kinder - nur Schilder reichen nicht

Vorschlagstext

So lobenswert die Idee ist, Freillaufflächen für Hunde auszuzeichnen (Bsp. Raderthal, Zollstock), so schlecht ist die Umsetzung. Schlecht aus drei Gründen: 1) Die Schilder sind winzig 2) Die Annahme, dass Hundebesitzer sich an Schilder stören würden ist hoffnungslos naiv 3) Es gibt keine Sanktionen Wer schon einmal zu den Hundehauptverkehrszeiten (z. B. gegen 18 Uhr, Sonntags etc.) zwischen Südstadt und Radethal in den Parks unterwegs war und kleine Kinder hat, wird es sich in Zukunft zweimal überlegen, die öffentlichen Spielplätze noch aufzusuchen. Ich persönlich habe nach ca. 10 Versuchen, keine Lust mehr, ständig gestresst Ausschau nach Hundekot oder Hunden (gerne auch Kampfhunde ohne Maulkorb (aus dem Tierheim Süd?)) zu halten. Auch Hunde auf den Spiuelplätzen selbst sind mir dabei schon zweimal begegnet (man sieht: auch Zäune und Tore helfen nicht). Ergebnis: Ich setze mich ins Auto und fahre zu rel. hundefreien Spielpllätzen (Forstbotanischer, Hürth etc.). Warum ist es in Köln nicht möglich, Hundebesitzer, die ihre Hunde auf Spielwiesen laufen und ihr Geschäft verrichten lassen, angemessen zu bestrafen? Wenn ich in einer Ladezone stehe und eine Flasche Milch kaufe, bekomme ich ja auch ein Knöllchen und hierbei wird eigentölich niemand belästigt oder gefärdet. Und Mehreinnahmen sind problemlos möglich. SInd alle Politiker Hundebesitzer? Geht nicht gilt nicht: Die Stadt Frankfurt a. M. hat ordungspolitisch ihr Hundekotproblem in der Innenstadt vorbildlich in den Griff bekommen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Es wird eine neue deutliche Kennzeichnung der Hundefreilaufflächen vorgenommen. Bei ca. 90 Hundefreilaufflächen und 4 Kennzeichnungen pro Hundefreilauffläche bei rund 125 EUR pro Schild entstehen Kosten in Höhe von ca. 45.000 EUR. Der Plan der Hundefreilaufflächen und die Darstellung im Internet wurden überarbeitet und bereitgestellt. Die Einhaltung der Grünflächenordnung, in der u. a. die Regelungen zu Hundefreilaufflächen und Hundeführung in Grünanlagen geregelt ist, wird nach wie vor durch das Amt für öffentliche Ordnung durchgeführt. Der Verwarnungs- und Bußgeldkatalog für Verstöße nach der Grünflächenordnung und der Kölner Straßenordnung wurde zuletzt durch die Stadt Köln im November 2006 erhöht, wobei die Beträge zur abschreckenden Wirkung bis zur Obergrenze des rechtlich durchsetzbaren angehoben wurden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Zur Zeit werden Angebote von Firmen eingeholt. Die Aufstellung von Schildern ist für das Frühjahr 2009 vorgesehen. Im Bürgerhaushalt sind hier 20.000 EUR für 2008 und 25.000 EUR für 2009 veranschlagt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
12	2031	Sauberkeit und Sicherheit in Köln

Vorschlagstext

Die Bußgelder für Ordnungswidrigkeiten bezüglich Sauberkeit und Sicherheit, z.B. Müll wegwerfern, auf die Straße spucken, Vandalismus, Farbschmierereien an Häusern und Wänden, Hundekot, u.a., sollen erhöht und konsequent eingefordert werden - ähnlich wie bei Falschparkern. Der Stab an Ordnungsbeamten soll stark erhöht werden. Durch eine konsequente Umsetzung hätten sich diese Mitarbeiter im Nu amortisiert. Überschüsse aus den Bußgeldern sollen in die Sauberkeit und Verschönerung der Stadt investiert werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Verwarnungs- und Bußgeldkatalog für Verstöße nach der Grünflächenordnung und der Kölner Straßenordnung wurde zuletzt durch die Stadt Köln im November 2006 erhöht, wobei die Beträge zur abschreckenden Wirkung bis zur Obergrenze des rechtlich durchsetzbaren angehoben wurden. Sofern die Tatbestände unter den landeseinheitlichen Bußgeldkatalog Umwelt fallen, sind weitere Erhöhungen bei vielen Tatbeständen nicht möglich, da die Verwarngelder der Stadt Köln bereits am oberen Rand des Bußgeldrahmens angesiedelt sind. Der Bußgeldkatalog Umwelt hat Richtliniencharakter für die Kommunen und ist von diesen grundsätzlich zu beachten. Weitere Erhöhungen würden sich daher nicht mehr an den vorgegebenen Rahmen des Bußgeldkataloges Umwelt halten und wären damit rechtlich angreifbar. Die Stadt Köln ist daher bemüht, eine Erhöhung der Verwarn– und Bußgelder in dem Bußgeldkatalog Umwelt zu erreichen. Die Grünanlagen der Stadt Köln werden ebenso wie das öffentliche Straßenland durch den Ordnungsdienst kontrolliert. Zum 01.04.2007wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes in die Bezirke verlagert. Die jeweils 3 Außendienstkräfte pro Stadtbezirk befassen sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Sauberkeit im öffentlichen Straßenland und Grünanlagen. Sie werden im Rahmen von Schwerpunktaktionen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes unterstützt. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist nicht geplant.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Die Sauberkeit und Sicherheit sind weiterhin Aufgabenschwerpunkte des zentralen Ordnungsdienstes und des seit 01.04.2008 in den neun Stadtbezirken eingesetzten Ordnungsdienstes. Die Anzahl der festgestellten Ordnungswidrigkeiten in diesen Bereichen konnte in den Jahren 2007 und 2008 wesentlich gesteigert werden; auch im Jahr 2009 wird dies der Hauptaufgabenschwerpunkt bleiben. Ein personelle Aufstockung (Erhöhung der Anzahl der Planstellen) ist zur Zeit in der politischen Diskussion.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
13a	3083	Sauberkeit in Grünflächen

Vorschlagstext

Ich möchte anregen, während der Sommermonate in den bei Kölnern für Picknicks und Grillparties beliebten Grünfächen (z.B. Rheinufer, alle Parks und großen Wiesen) vorübergehend mehr Abfallbehälter aufzustellen und diese am Wochenende (samstags/sonntags) auch gezielt zu leeren. In anderen Städten, auch im Ausland, ist sonntags (mindestens im Sommer) der öffentliche Abfallsservice völlig selbstverständlich im Einsatz. Voraussetzung für diese Änderung wäre m.E. eine Flexibilisierung der Arbeitspläne.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Abfallbehältern. Der Vorschlag wurde insoweit befürwortet, dass in den Grünanlagen neue Abfallbehältern aufgestellt werden. Eine Neuausstattung der Grünanlagen mit Abfallbehältern ist nur sukzessive möglich. Eine Umsetzung der Maßnahme kann auf der Grundlage bereits vorliegender Beschlüsse bzw. Prioritäten die durch die Bezirksvertretungen gefasst wurden, erfolgen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
13b	1982	Mehr Abfallbehälter in Grünanlagen

Vorschlagstext

An den Wochenden quellen die aufgestellen Abfallbehälter, beispielsweise im Rheinpark, oft über und der Müll wir dann vielfach daneben "abgelegt". Mit mehr und/oder größerern Abfallbehältern könnte man eine notwendige vermehrte Leerung vermeiden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Abfallbehältern. Der Vorschlag wurde insoweit befürwortet, dass in den Grünanlagen neue Abfallbehältern aufgestellt werden. Eine Neuausstattung der Grünanlagen mit Abfallbehältern ist nur sukzessive möglich. Eine Umsetzung der Maßnahme kann auf der Grundlage bereits vorliegender Beschlüsse bzw. Prioritäten die durch die Bezirksvertretungen gefasst wurden, erfolgen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
13c	1403	2 Fliegen mit einer Klappe - Hundekot + Abfall

Vorschlagstext

Als Hundehalter in Nippes muss ich mich immer auf die Suche nach einem Mülleimer für mein Tütchen mit der Hinterlassenschaft meines Hundes machen. Ich kann mir gut vorstellen, dass lange nicht jeder das "Häufchen" meilenweit bis zum nächsten Mülleimer schleppt. Daher ist mein Vorschlag, dass an Hundewiesen verstärkt Mülleimer aufgestellt werden. Besonders wenn wie im Nippeser Tälchen die Wiese im Sommer gleichzeitig für Gillpartys genutzt wird und manche ihre Hinterlassenschaften (Grillreste, Papier, Windeln, Flaschen!) einfach auf der Wiese liegen lassen. So dass viele Hundebesitzer es sich zur Aufgabe machen, diese Hinterlassenschaften wegzuräumen, um ihre Hunde vor Verletzungen zu bewahren. Wir bringen Mülltüten mit, damit der Müll gesammelt werden kann, Handfeger, um Glasscherben aufzufegen, Sammeln abgenagte Knochen, Papier, Flaschen etc. Ich würde empfehlen, die Mülleimer nicht alle direkt neben Bänken aufzustellen, da sich Personen die auf den Bänken sitzen durch die Kotbeutel der Hundehalter in den Mülleimern neben den Bänken belästigt fühlen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Abfallbehältern. Der Vorschlag wurde insoweit befürwortet, dass in den Grünanlagen neue Abfallbehältern aufgestellt werden. Eine Neuausstattung der Grünanlagen mit Abfallbehältern ist nur sukzessive möglich. Eine Umsetzung der Maßnahme kann auf der Grundlage bereits vorliegender Beschlüsse bzw. Prioritäten die durch die Bezirksvertretungen gefasst wurden, erfolgen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
13d	3930	Aufstellung von grossen Müllcontainern an Grillwiesen

Vorschlagstext

Nach Sommerlichen Grillabenden im inneren Grüngürtel,z.B. zwischen Vogelsanger- und Venloer Str, werden die Grillreste ordentlich in Müllsäcke verpackt an die überfüllten "Miniabfallkörbe" gestellt .Bis zum nächsten Morgen sind die Säcke von den immer mehr wedenden " Rabenvögel" zerrupft und der Inhalt liegt über eine weite Umgebung zerfleddert herum. Mit 2-3 großen Metallcontainern mit Deckel würde einerseits der Müll der "Griller" gut entsorgt ,es brauchten nicht viel Grünflächenarbeiter mühsam den Unrat zusammensuchen und Köln wäre zumindestens an diesen Stellen nicht vermüllt

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Abfallbehältern. Der Vorschlag wurde insoweit befürwortet, dass in den Grünanlagen neue Abfallbehältern aufgestellt werden. Eine Neuausstattung der Grünanlagen mit Abfallbehältern ist nur sukzessive möglich. Eine Umsetzung der Maßnahme kann auf der Grundlage bereits vorliegender Beschlüsse bzw. Prioritäten die durch die Bezirksvertretungen gefasst wurden, erfolgen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
13e	1267	150 Abfallbehälter mehr in den Grünanlagen

Vorschlagstext

Die Stadt vermüllt, die Abfallbehälter in den Grünanlagen sind viel zu klein und es sind eindeutig zuwenige.Ausserdem müssen sie häufiger geleert werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Abfallbehältern. Der Vorschlag wurde insoweit befürwortet, dass in den Grünanlagen neue Abfallbehältern aufgestellt werden. Eine Neuausstattung der Grünanlagen mit Abfallbehältern ist nur sukzessive möglich. Eine Umsetzung der Maßnahme kann auf der Grundlage bereits vorliegender Beschlüsse bzw. Prioritäten die durch die Bezirksvertretungen gefasst wurden, erfolgen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
13f	1599	Mülleimer in Parks

Vorschlagstext

Wir sind Hundebesitzer und räumen den Kot gerne und jederzeit weg. Jedoch sind gerade im Bereich der Hundefreilaufwiesen wenig bis gar keine Papierkörbe vorhanden, um diese zu entsorgen. Dies wird auch ein Grund sein, warum viele Hundebesitzer sich mit der Entfernung des Kotes schwer tun. Gerade im Bereich des Stadtwaldes gibt es viel zu wenig Mülleimer. Die wenigen die da waren, wurden in den letzten 2 Jahren entfernt und nicht wieder ersetzt. In Hamburg und Pulheim wird diese Problematik mit "Dog Stations" gelöst. Auch wenn hierfür "keine Finanzmittel" vorhanden sein sollten, würden einfache Mülleimer ebenfalls diesen Zweck erfüllen. Es geht nicht nur um "uns" Hundebesitzer, sondern um das grundsätzliche Problem: Wohin mit meinem Müll.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Abfallbehältern. Der Vorschlag wurde insoweit befürwortet, dass in den Grünanlagen neue Abfallbehältern aufgestellt werden. Eine Neuausstattung der Grünanlagen mit Abfallbehältern ist nur sukzessive möglich. Eine Umsetzung der Maßnahme kann auf der Grundlage bereits vorliegender Beschlüsse bzw. Prioritäten die durch die Bezirksvertretungen gefasst wurden, erfolgen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
14	1153	Kotfreie Spielplätze

Vorschlagstext

Mehr Personal beim Ordnungsamt (Fußstreifen) zur Kontrolle von Müllsündern, Hundehaltern, usw. Durch Mehreinnahmen der Bußgelder evtl. selbstfinanziert

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Grünanlagen und Spielplätze der Stadt Köln werden ebenso wie die öffentlichen Straßen durch den Ordnungsdienst kontrolliert. Zum 01.04.2007wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes in die Bezirke verlagert. Die jeweils 3 Außendienstkräfte pro Stadtbezirk befassen sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Sauberkeit im öffentlichen Straßenland und Grünanlagen. Sie werden im Rahmen von Schwerpunktaktionen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes unterstützt. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist nicht geplant.

Ausschuss	Bezirk
AVR	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Ein personelle Aufstockung (Erhöhung der Anzahl der Planstellen) des zentralen Ordnungsdienstes ist zur Zeit in der politischen Diskussion.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
14a	2724	Hundekot

Vorschlagstext

Ich wünsche mir eine Kontrolle der Hundebesitzer. Beispielsweise könnten die Angestellten des Ordnungsamt bei Ihren Kontrollrundgängen der Falschparker auch die Hundebesitzer ansprechen, welche Ihre Hunde auf Gehwege, Spielplätze etc. machen lassen, das Bußgeld von mehereren Euro besteht ja, aber wenn es keiner kontrolliert.... Ich würde mir wünschen, dass es hier strengere Kontrollen gibt und man wieder gut auf Kölns Straßen, Gehwegen und Grünanlagen gehen kann, ohne Trettmienen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Grünanlagen und Spielplätze der Stadt Köln werden ebenso wie die öffentlichen Straßen durch den Ordnungsdienst kontrolliert. Zum 01.04.2007wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes in die Bezirke verlagert. Die jeweils 3 Außendienstkräfte pro Stadtbezirk befassen sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Sauberkeit im öffentlichen Straßenland und Grünanlagen. Sie werden im Rahmen von Schwerpunktaktionen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes unterstützt. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist nicht geplant.

Ausschuss	Bezirk
AVR	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Die Sauberkeit ist weiterhin Aufgabenschwerpunkt des zentralen Ordnungsdienstes und des seit 01.04.2008 in den neun Stadtbezirken eingesetzten Ordnungsdienstes; hierzu zählt natürlich auch die Ahndung von Verunreinigungen durch Hundekot. Die Anzahl der festgestellten Ordnungswidrigkeiten in diesem Bereich konnte in den Jahren 2007 und 2008 wesentlich gesteigert werden; auch im Jahr 2009 wird dies ein Aufgabenschwerpunkt bleiben. Ein personelle Aufstockung (Erhöhung der Anzahl der Planstellen) ist zur Zeit in der politischen Diskussion.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
15	2172	DOGGING

Vorschlagstext

Hundehalter in Höhenberg, Vingst und Rath-Heumar sammeln schon jetzt die Hinterlassenschaften ihrer tierischen Freunde mit Tütchen ein. Zukünftig werden sie scouts und werben für die Hundetütenautomaten inkl. Abfallbehälter. Eigenverantwortliches und vorbildliches Handeln regt Nachahmer an und macht Köln schon jetzt um 50% sauberer.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Seit Mai 2007 erfolgt versuchsweise die kostenfreie Abgabe von Hundekotsammeltüten an 5 ausgewählten Standorten. Die Testphase wurde auf ein Jahr angelegt. Bei erfolgreichem Abschluss ist die Möglichkeit der Finanzierung über Abfall- oder Straßenreinigungsgebühr zu prüfen. Die Testphase, die abgewartet werden sollte, wurde zwischenzeitlich erfolgreich beendet. Der Stadt Köln liegt ein umfassendes Angebot zur Reduzierung von Hundekot im öffentlichen Raum vor. Dieses Angebot muss jetzt seitens der Stadt geprüft werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
16a	3334	Toiletten- anlagen

Vorschlagstext

Es gibt für die Bürger und Gäste Köln nicht genügend sanitäreEinrichtungen (Toilettenanlagen) entlang des Rheins und den Naherholungsanlagen. Hier sollten entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, gerade im Sommer ist das Rheinufer von Badegästen und Ausflüglern überfüllt.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Abgesehen von den hohen Anschaffungskosten würden noch weiter Kosten für die Bewachung der Toiletten in den Grünanlagen entstehen. Dies ist nicht leistbar, daher wird die Aufstellung von Toiletten in Grünanlagen grundsätzlich abgelehnt, aber der Rat hat beschlossen, für die Poller Rheinwiesen und „Rodenkirchener Riviera“ ein Konzept für eine dauerhafte Versorgungsinfrastruktur zu erstellen, um die Aufenthaltsqualität für diese stark frequentierten Erholungsgebiete deutlich zu optimieren.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
22	5533	Mehr Gemeinschaftsgärten für Köln

Vorschlagstext

Die Stadt Köln sollte mehr Flächen für ökologische Gemeinschaftsgärten bzw. Stadtteilgärten oder Nachbarschaftsgärten zur Verfügung stellen. Schon existierende Beispiele in Köln sind der Interkulturelle Garten Köln e.V. www.interkultureller-Garten.de in Niehl und der VHS-Biogarten http://www.stadt-koeln.de/vhs/ projekte/artikel/00714/index.html in Dellbrück. Es wäre sinnvoll, wenn auch in zentraleren Stadtteilen ähnliche Gartenprojekte entstehen könnten. Gemeinschaftsgärten schaffen neue Räume für Kommunikation und Integration, stärken Nachbarschaften und die Identifikation mit dem Stadtteil. Als naturnahe Freiräume tragen sie zugleich zu Klimaverbesserung, Artenvielfalt, Umweltbildung und zu mehr Naturerleben bei. Darüber hinaus können sie durch Förderung aktiver Beteiligung und Selbstversorgung die Eigenverantwortung und Unabhängigkeit der Bürger stärken sowie Potentiale zur kreativen Gestaltung freisetzen. Insbesondere für Geringverdiener und Arbeitslose, die sich keinen eigenen Garten leisten können, bieten Gemeinschaftsgärten eine wertvolle Alternative. Weitere Informationen auch unter www.urbanacker.net.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird im Rahmen bestehender Möglichkeiten umgesetzt. Geeignete Grundstücke werden seitens der Liegenschaftsverwaltung entsprechenden Antragstellern gerne verpachtet.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird bereits im Rahmen der Möglichkeiten umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
24	891	"Groov-Teiche" in Köln-Zündorf

Vorschlagstext

Die beiden Teiche in der "Groov" in Köln-Zündorf sind mittlerweile komplett mit Algen zugewuchert und auch nicht mehr als Gewässer erkennbar. Die in den Teichen lebenden Fische können diesen Zustand leider nicht mehr lange überleben. Die Teiche müssen dringend von den Algen befreit werden und evtl. ein Durchfluss zum Rhein geschaffen werden, damit die Gewässer künftig nicht mehr verschlacken.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Sanierung von Gewässern in den Grünanlagen ist ein stadtweites Problem. Mit der Priorität „Groov-Sanierung“ ist eine sukzessive Sanierung bei Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel beabsichtigt.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Bezirksvertretung Porz und der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün haben am 23.09. und 06.11.2008 beschlossen, die Sanierung der Groov-Teiche auf der Basis der Lösungsvorschläge eines Gutachterbüros durchzuführen. Dem Gutachterbüro soll im Februar 2009 ein Planungsauftrag erteilt werden.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
24a	3036	Verschönerung Groov

Vorschlagstext

Die Groov wurde vor vielen Jahren auch als Naherholungsgebiet angelegt. Leider ist die Pflege der Anlage in den letzten Jahren immer weiter rückläufig. Neben den bereits bestehenden sinnvollen Vorschlägen, insbesondere zur Grundreinigung der beiden Seen und der Sanierung des Spielplatzes, sollten nun umgehend folgende Verbesserungen insbesondere um den nördlichen See herum durchgeführt werden: - Freischneiden und Erneuerung der bestehenden Parkbänke - Befreiung der Wege von den Zuwucherungen - Regelmäßiges Mähen der Grünflächen - Montage von neuen Mülltonnen (es fehlen massenhaft) - Bepflanzung der inzwischen leeren Baumscheiben - Entrostung und Neubeschichtung der Geländer an der Brücke und am Yachthafen Der Bereich um die nördliche Groov lädt immer weniger zum Verweilen ein, da sie immer mehr zuwuchert. Die Wege wachsen immer mehr zu und werden immer schmaler. Darüber hinaus reduziert eine regelmäßige Pflege weitere Folgekosten.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird bzgl. der Pflege der Grünmaßnahmen im Rahmen der laufenden Pflegeprioritäten umgesetzt. In vielen Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Bänken und Mülleimern. Eine Neuausstattung wird befürwortet, wenn entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Die Umsetzung soll nach Prioritäten und als Programm für die nächsten Jahre erfolgen. Was den Spielplatz betrifft, so wird die Sanierung befürwortet. Zur Ermittlung der anfallenden Kosten muss im Einzelnen die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geprüft werden, welche Spielgeräte installiert werden können oder welche Spielgeräte ersetzt werden müssen.

Ausschuss	Bezirk
JHA, UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben sind im Bürgerhaushalt 2008 insgesamt 52.000 EUR vorgesehen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
24b	2173	Pflege Groov

Vorschlagstext

Bürger macht den Vorschlag, dass etwas mehr für die Groov getan wird, da diese sehr mit Algen besetzt ist. Es ist zwar schon ein Stückchen gemacht worden, aber der Rest muss auch noch gemacht.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird bzgl. der Pflege der Grünmaßnahmen im Rahmen der laufenden Pflegeprioritäten umgesetzt. In vielen Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Bänken und Mülleimern. Eine Neuausstattung wird befürwortet, wenn entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Die Umsetzung soll nach Prioritäten und als Programm für die nächsten Jahre erfolgen. Was den Spielplatz betrifft, so wird die Sanierung befürwortet. Zur Ermittlung der anfallenden Kosten muss im Einzelnen die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geprüft werden, welche Spielgeräte installiert werden können oder welche Spielgeräte ersetzt werden müssen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben sind im Bürgerhaushalt 2008 insgesamt 52.000 EUR vorgesehen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
24c	4319	Die Groov in Porz-Zündorf

Vorschlagstext

Es handelt hierbei um ein hervorragendes Naherholungs-gebiet. Mittelerweile kommen auch viele Rechtsrheinische, die unserere Seite gemieden haben.Es wäre sehr wichtig, dieses Gebiet z.B. sauberer zu halten, die Teiche zu sanieren, die Attraktivität, die einmal war, wieder herzustellen. Hier wäre mit wenig Aufwand viel zu erreichen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird bzgl. der Pflege der Grünmaßnahmen im Rahmen der laufenden Pflegeprioritäten umgesetzt. In vielen Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Bänken und Mülleimern. Eine Neuausstattung wird befürwortet, wenn entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Die Umsetzung soll nach Prioritäten und als Programm für die nächsten Jahre erfolgen. Was den Spielplatz betrifft, so wird die Sanierung befürwortet. Zur Ermittlung der anfallenden Kosten muss im Einzelnen die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geprüft werden, welche Spielgeräte installiert werden können oder welche Spielgeräte ersetzt werden müssen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben sind im Bürgerhaushalt 2008 insgesamt 52.000 EUR vorgesehen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
24d	911	Groov schön(er) machen:

Vorschlagstext

Groov schön(er) machen: - von Algen befreien - einen Geh- und Radweg um Groov bauen - attraktive tourististische Angebote für Besucher einricheten langfristig lohnt es sich.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird bzgl. der Pflege der Grünmaßnahmen im Rahmen der laufenden Pflegeprioritäten umgesetzt. In vielen Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Bänken und Mülleimern. Eine Neuausstattung wird befürwortet, wenn entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Die Umsetzung soll nach Prioritäten und als Programm für die nächsten Jahre erfolgen. Was den Spielplatz betrifft, so wird die Sanierung befürwortet. Zur Ermittlung der anfallenden Kosten muss im Einzelnen die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geprüft werden, welche Spielgeräte installiert werden können oder welche Spielgeräte ersetzt werden müssen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben sind im Bürgerhaushalt 2008 insgesamt 52.000 EUR vorgesehen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
25	2286	Stärkere Unterstützung des freiwilligen Natur- und Umweltschutzes

Vorschlagstext

Zur Unterstützung von Pflege- oder Arterhaltungsmaßnahmen heimischer Tier- und Pflanzenarten sollten seitens des Grünflächenamtes entsprechende Materialien (Nistkastenbausätze inkl "Werkzeugkoffer", Blumenzwiebeln etc.) bereit gestellt werden, welche von Organisationen, Schulen etc. "abgerufen" werden können. Hierfür bedarf es eines gesonderten Budgetpostens.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird grundsätzlich befürwortet. Eine Betreuung der Maßnahme in Kölner Schulen etc. kann jedoch mit den derzeit verfügbaren personellen Ressourcen nicht umgesetzt werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wird grundsätzlich befürwortet. Eine Betreuung der Maßnahme in Kölner Schulen etc. kann jedoch mit den derzeit verfügbaren personellen Ressourcen nicht umgesetzt werden. Die Initiatoren des Antrags haben der Verwaltung ihre Hilfe angeboten, z. Zt. werden die Ideen ausgewertet und die Kosten kalkuliert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
26	1110	Bürgerparks

Vorschlagstext

Meiner Beobachtung nach ist in Köln in den vergangenen Jahren viel an öffentlichen Grünflächen gespart worden, wodurch viele öffentliche Parks inzwischen sehr heruntergekommen aussehen. Wieso nicht einfach diese heruntergekommenen Grünflächen für die Bürger freigeben? Es gibt unter den Anwohnern sicherlich viele begeisterte Hobbygärtner, die nur zu gerne einmal gemeinsam mit anderen eine größere Grünfläche gestalten würden. Die Stadt müsste kein zusätzliches Geld ausgeben, und die Grünflächen würden direkt von interessierten Bürgern gepflegt.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird hinsichtlich einer eigenständigen Anlage von Parks durch Bürger abgelehnt, ansonsten werden Pflegepatenschaften gefördert.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
27	2480	POLLER WIESEN - TOILETTEN IM SOMMER

Vorschlagstext

Die Poller Wiesen werden im Sommer von vielen Bürgern für die Freizeit genutzt. Leider sind keine Toiletten vorhanden. Schlage vor, in den Sommermonaten dort (gerne auch gebührenpflichtige) Toilettenanlagen aufzustellen. Diese könnten durchaus auch hauhaltskostenneutral von privaten Anbietern aufgestellt werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Abgesehen von den hohen Anschaffungskosten für die Toiletten würden noch weiter Kosten für die Bewachung der Toiletten in den Grünanlagen entstehen. Dies ist nicht leistbar, daher wird die Aufstellung von Toiletten in Grünanlagen grundsätzlich abgelehnt, aber der Rat hat beschlossen, für die Poller Rheinwiesen und „Rodenkirchener Riviera“ ein Konzept für eine dauerhafte Versorgungsinfrastruktur zu erstellen, um die Aufenthaltsqualität für diese stark frequentierten Erholungsgebiete deutlich zu optimieren.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
27a	2124	Toiletten- anlagen

Vorschlagstext

Poller Wiesen werden im Sommer von vielen Bürgern für die Freizeit genutzt. Leider sind keine Toiletten vorhanden. Bürger schlägt vor in den Sommermonaten dort Toilettenanlagen hinzustellen durchaus auch von privaten Anbietern.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Abgesehen von den hohen Anschaffungskosten für die Toiletten würden noch weiter Kosten für die Bewachung der Toiletten in den Grünanlagen entstehen. Dies ist nicht leistbar, daher wird die Aufstellung von Toiletten in Grünanlagen grundsätzlich abgelehnt, aber der Rat hat beschlossen, für die Poller Rheinwiesen und „Rodenkirchener Riviera“ ein Konzept für eine dauerhafte Versorgungsinfrastruktur zu erstellen, um die Aufenthaltsqualität für diese stark frequentierten Erholungsgebiete deutlich zu optimieren.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
28	4148	Spielplatz zum Spielplatz machen

Vorschlagstext

In diesem Jahr erst wurde ein neuer Spielplatz am Deutzer Hafen kurz vor der Drehbrücker eroffnet. Die Lage ist optimal zwischen dem schön gestalteten Hafenufer und den poller Wiesen. Man könnte dann mit den Kindern von der Severinsbücke kommend einen Spielplatzpause einlegen, um dann weiter über die Drehbrücke zu den Pollerweisen zu gelangen. Der Spielplatz selbst liegt in der Sonne und bietet Eltern (und allen anderen natürlich auch) einen herlichen Blick über den Hafen auf die neu entstehende Bebauung am Rheinauhafen gegenüber. Doch was wurde hier für ein Schildbürgerstreich gespielt. Der Spielplatz wurde aufwenig umzäunt und es wurden ca 6 Bänke aufgestellt - um EIN Klettergerüst. Nichts anders. Man sollte sich das ansehen, es ist wirklich bemerkenswert, wieviel Mühe und wahrscheinlich auch Geld verschwendet wurde, um eine solch sinnlose eingezäunte Parkbanklandschaft zu errichten. Mein Vorschlag: Spielplatz großzügig erweitern mit wenigesten 2-3 weiteren Spielgeräten. Dann kann sich das auch Spielplatz nennen. Und den Zaun sollte man mindestens in Richtung Rhein auch weglassen, am Kai ist auch ein Geländer und letztlich halten Zaüne die Kinder auch nicht auf.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird befürwortet und kann bei entsprechender Bereitstellung von Mitteln für die Ersatzausstattung von Spielgeräten umgesetzt werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
32	852	Mehr Geld zur Spielplatz-Unterhaltung

Vorschlagstext

Wenn Geräte auf Spielplätzen defekt sind, werden diese häufig nicht repariert, sondern abgebaut. Nach und nach wird so die Qualität der Spielplätze immer schlechter. Es müssen ausreichend Finanzmitteln bereitgestellt werden, um alle Schäden auf Spielplätzen kurzfristig zu beseitigen und die Spielgeräte zu erhalten. Ist ein Gerät nicht mehr zu reparieren, muss es durch ein neues ersetzt werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wurde befürwortet. Zur Ermittlung der anfallenden Kosten muss im Einzelnen die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geprüft werden, welche Spielelement installiert werden können und welche Spielgeräte ersetzt werden müssen.

Ausschuss	Bezirk
JHA, UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
36	2555	Tüten gegen Hundekot

Vorschlagstext

In vielen anderen Städten (z.B. Bonn) stehen bereits an vielen öffentlichen Grünanlagen oder Plätzen, Ständer mit kleinen schwarzen Tüten drin, die sich Hundebesitzer herausnehmen können, um das Geschäft ihres Hundes zu beseitigen. In den Städten, wo es zu sehen war, schien Hundekot auch nicht mehr so ein Problem zu sein. Ich denke dass, auch wenn sich nur die Hälfte aller Besitzer eine Tüte rausnehmen würde, sich die Situation schon wesentlich verbessern würde. Vielleicht gibt dies ja auch Hundehaltern, die sich sonst überhaupt nicht um die Hinterlassenschaften ihrer Tiere kümmern, einen neuen Anreiz. Solche Ständer aufzustellen kommt wahrscheinlich sowohl den Hundebesitzern als auch allen anderen zu gute.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Seit Mai 2007 erfolgt versuchsweise die kostenfreie Abgabe von Hundekotsammeltüten an 5 ausgewählten Standorten. Die Testphase wurde auf ein Jahr angelegt. Bei erfolgreichem Abschluss ist die Möglichkeit der Finanzierung über Abfall- oder Straßenreinigungsgebühr zu prüfen. Die Testphase, die abgewartet werden sollte, wurde zwischenzeitlich erfolgreich beendet. Der Stadt Köln liegt ein umfassendes Angebot zur Reduzierung von Hundekot im öffentlichen Raum vor. Dieses Angebot muss jetzt seitens der Stadt geprüft werden.

Ausschuss	Bezirk
-----	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
36a	1645	Hundekottütenautomat

Vorschlagstext

Bitte um Aufstellung von Automaten für gebührenpflichtige Hundekottüten und Mülltüten (vielleicht ausgestattet mit farbigen Logos).

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Seit Mai 2007 erfolgt versuchsweise die kostenfreie Abgabe von Hundekotsammeltüten an 5 ausgewählten Standorten. Die Testphase wurde auf ein Jahr angelegt. Bei erfolgreichem Abschluss ist die Möglichkeit der Finanzierung über Abfall- oder Straßenreinigungsgebühr zu prüfen. Die Testphase, die abgewartet werden sollte, wurde zwischenzeitlich erfolgreich beendet. Der Stadt Köln liegt ein umfassendes Angebot zur Reduzierung von Hundekot im öffentlichen Raum vor. Dieses Angebot muss jetzt seitens der Stadt geprüft werden.

Ausschuss	Bezirk
-----	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
37	3118	Geschlossene Abfallbehälter

Vorschlagstext

Im ganzen Stadtgebiet, besonders aber in den Grünanlagen, werden die Abfallbehälter durch immer mehr Elstern und Krähen geplündert. Kein Wunder - fette "Lunchpakete" liegen in den offenen Abfallbehältern ja reichlich. Mit unglaublichem Geschick können sie sogar mehrfach eingewickelte Essensreste aufreißen und die üppige Verpackung großflächig in der Gegend verteilen. Da unterwegs essen nicht mehr wegzudenken ist, müssen eben die Müllbehälter ausgetauscht werden. Und zwar gegen größere und unbedingt mit festem Deckel! Ich bin überzeugt, daß dann unsere Straßen und Grünanlagen schon um einiges sauberer wären.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Geschlossene Mülleimer in Grünanlagen sind ungeeignet. Die neuen Modelle haben mit 70 Litern allerdings nur ein geringfügig größeres Fassungsvermögen als die alten 60-Liter-Behälter, sie sind dafür aber robuster und haben kleinere Öffnungen, damit Vögel den Inhalt nicht mehr so leicht in der Umgebung verteilen können.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
37a	971	Müllbehälter

Vorschlagstext

Bürger regt an, dass in den Grünflächen größere und mehr Abfallbehälter aufgestellt werden. Die Behälter sollten dann oben auch leicht geschlossen sein, damit der Müll bei Wind nicht wieder rausfliegt.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Geschlossene Mülleimer in Grünanlagen sind ungeeignet. Die neuen Modelle haben mit 70 Litern allerdings nur ein geringfügig größeres Fassungsvermögen als die alten 60-Liter-Behälter, sie sind dafür aber robuster und haben kleinere Öffnungen, damit Vögel den Inhalt nicht mehr so leicht in der Umgebung verteilen können.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
38	3673	Schmutziges Köln

Vorschlagstext

Den vielen Vorschlägen (Hundekot, Müll nach Grillfete, zerschlagene Bierflaschen) nach zu urteilen, ist Köln eine der schmutzigsten Städte Deutschlands. Das liegt wohl daran, dass der lebensfrohe Kölner mit seiner Stadt nicht sehr liebevoll umgeht. Und genau hier liegt der Ansatzpunkt für eine Verbesserung. Köln braucht eine durchdachte Kampagne gegen den Schmutz. Plakatwerbung (z.B. Bußgeldkatalog für liegengelassenen Hundekot), ortbezogene Reinigungsaktionen (z.B. Schüler der Schule X und deren Eltern sammeln Müll im Park Y), angekündigte Verschärfung von Kontrollen. Das alles hat in anderen Städten bereits gut funktioniert und wird auch hier klappen, obwohl der Kölner ja ein bisschen anders ist.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Derartige Kampagnen wie z.B. „Kölle Putzmunter“ werden bereits durchgeführt. Weitere Kampagnen sind sowohl von der Stadtverwaltung wie auch den Abfallwirtschaftsbetrieben vorgesehen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
42	1013	Kinder- spielplätze

Vorschlagstext

Beschädigte Spielgeräte auf den Kinderspielplätze schnell reparieren oder erstezen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Eine Kontrolle der Spielgeräte erfolgt regelmäßig entsprechend der gesetzlichen Vorgaben. Reparaturen werden umgehend durchgeführt. Der Ersatz von Spielgeräten wird befürwortet. Zur Ermittlung der anfallenden Kosten im Einzelnen muss die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geprüft werden, welche Spielelemente installiert werden können oder welche Spielgeräte ersetzt werden müssen.

Ausschuss	Bezirk
UGG, JHA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
43	2329	Stadt- aufwertung durch Bäume

Vorschlagstext

Dér Wilhelm Sollmann Straße zu einer Allee verhelfen Dies sollte für alle Großen sowie Haupteinfahrtstraßen in Köln gelten. Mehr Bäume = bessere Luft und mehr Lebensqualität. Köln wird von Außenstehenden die Köln besuchen immer als Stadt mit wenig Grün aber dafür mit viel Dreck bezeichnet. Da die Regio 2010 diese Straßen am Rand von Köln (z.B Kölner Norden) nicht mit in Ihrer Planung hat, ist dort dringend Handlungsbedarf. Auch die Schienen der KVB könnten begrünt werden siehe Amsterdamer Str. Linie 19 oder Aachener Str. Lindenthal (einfach weniger Aufsichtsratfahrten, dann ist das Geld dafür schnell da).

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Bereits in der Vergangenheit wurden die Voraussetzungen einer stadtgestalterisch prägenden Baumpflanzung in der Wilhelm Sollmann Straße fachtechnisch von der Verwaltung geprüft. Im Ergebnis wurde aufgrund der Leitungstrassen eine Baumpflanzung abgelehnt.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
47	743	Wildbrücken

Vorschlagstext

Errichtung von Wildbrücken über Kölner Autobahnen (v.a. A1, A3 und A4, A57) nach niederländischem oder rügener Vorbild. Ebenso über größere, Waldgebiete durchschneidende, vielbefahrene Straßen wie Östlicher Zubringer, Militärringstr., Luxemburger Str. etc..

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Für die Einrichtung von Wildbrücken ist der Landesbetriebe Straßen zuständig, der Vorschlag wurde dorthin weitergeleitet. Als Stellungnahme teilt der Landesbetrieb Straßen mit, dass die Straßenbauverwaltung dem Schutz und der Pflege wild lebender Tier- und Pflanzenarten u. a. auf Grundlage des Bundesnaturschutzgesetzes Rechnung tragen muss. Danach unterliegen Straßenbauvorhaben der Eingriffsregelung. Bestehende Straßen können hieran im Hinblick auf einen funktionalen Ausgleich partizipieren und dadurch Eingriffe an einem anderen Ort kompensieren. Insofern wird dem Vorschlag zum Kölner Bürgerhaushalt von Seiten der Straßenbauverwaltung Rechnung getragen. Die tatsächliche Errichtung einer „Wildbrücke“ wird dann das Ergebnis einer konkreten Abwägung darstellen. Folglich kann erst danach zu geplanten Maßnahmen an einer bestimmten Straße Auskunft gegeben werden.

Ausschuss	Bezirk
-----	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Für die Maßnahme ist der Landesbetrieb Straßen NRW zuständig (siehe Stellungnahme der Verwaltung).

Umsetzungsstand

Keine Zuständigkeit der Stadt Köln.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
49	5486	Kölner Forts

Vorschlagstext

Ich wünsche mir, dass endlich etwas wegen der Forts im Kölner Festungsring passiert. Seit Jahren stehen diese historischen und unter Denkmalschutz stehenende Gebäude leer und verrotten immer mehr. Durch Bewuchs wird das Mauerwerk immer mehr beschädigt. Obwohl es zahlungskräftige Interessenten gibt, passiert seitens der Stadt nichts. Andere Städte verdienen mit ihren Festungsanlagen Geld und schaffen Arbeitsplätze (Beispiel Ingolstadt, Leipzig, Magdeburg, Germersheim, Ostende, Koblenz, Ulm usw.). In Köln sind es nur lästige Objekte die Geld kosten - aber nichts einbringen. Die Kölner Forts liegen im Grüngürtel und wurden als Objekte im Grüngürtel eingeplant. Köln hat dadurch eine weltweit inzigartige Anlage. Wenn die Stadtverwaltung Köln endlich "grünes Licht" für die Neunutzung der Forts gibt, können die Gebäude auch für spätere Generationen erhalten werden. Würden diese Gebäude renoviert, werden Arbeitsplätze geschaffen, ein Stück Kölner Geschichte erhalten und es fließt Geld in die Stadtkasse. aus einem Kostenfaktor wird ein Nutzenfaktor. Mehr Informationen dazu unter www.VETO-colonia.de

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Seitens der Verwaltung wird seit vielen Jahren einiges zum Erhalt der Forts unternommen: Die meisten Forts und Zwischenwerke sind an Vereine vermietet und werden von ihnen genutzt. Die Verwaltung bemüht sich aber auch seit Jahren, für die bisher ungenutzten Fortifikationsanlagen passende Interessenten zu finden. Anders als in Städten wie etwa Koblenz oder Ingolstadt liegen diese Forts und Zwischenwerke in einer unter Denkmalschutz und Naturschutz stehenden Grünanlage am Rande der Stadt - dem Äußeren Grüngürtel -, dessen Belange bei einer eventuellen Neunutzung bedacht werden müssen. Nicht zuletzt bedürfen diese umfangreichen Sanierungsmaßnahmen erheblicher finanzieller Aufwendungen. Ende November 2007 hat die Verwaltung mit ausdrücklicher Unterstützung der Politik ein Großprojekt mit der Fachhochschule Köln in die Wege geleitet, in dem über einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren untersucht werden wird, wie eine eventuelle Neunutzung der Forts aussehen könnte. Die Studenten werden im Rahmen von Semesterarbeiten und Studienabschlussarbeiten Konzepte hierzu entwickeln: Es werden Planungsszenarien erstellt, die es erlauben, Entwicklungschancen und Potenziale der Einzelobjekte aber auch der Gesamtanlage sachlich zu bewerten.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Umsetzungsstand

Die Prüfungen sind noch nicht abgeschlossen, Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
55	1485	Baumschutz durchsetzen

Vorschlagstext

Die existierende Baumschutzsatzung soll einerseits durchgesetzt und verstärkt angewandt werden, indem die Bäume Kölns besonders an den Straßen wie vorgesehen geschützt und gepflegt werden. Insbesondere Parkflächen für Fahrzeuge sollen gesperrt und der Boden aufgelockert werden. Lücken in AlleePflanzugen sollen durch Nachpflanzung geschlossen werden und in Neubaugebieten zwingend vorgeschrieben werden. Dabei soll der Schwerpunkt auf heimischen Arten liegen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Vorgaben der Baumschutzsatzung werden beachtet und entsprechend verfahren. Zurzeit sind 1.857 Straßenbaumfehlstellen registriert. Jährlich müssen im Durchschnitt ca. 200 Straßenbäume aus unterschiedlichen Gründen gefällt werden. Im Rahmen der im Haushaltsplan-Entwurf vorgesehenen Mittel sollen 476 Fehlstellen in der Pflanzperiode Herbst/Frühjahr 2007/2008 bepflanzt werden. Darüber hinaus sollen ca. 220 Bäume in Grünanlagen und auf Spielplätzen als Ersatz für gefällte Bäume gepflanzt werden. Die Mittel dafür wurden im Haushaltsplan-Entwurf der nächsten Jahre angemeldet. Um die Fehlstellen schneller zu besetzen wurden die Mittel hierfür erhöht

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Finanzausschuss hat am 22.09.2008 jeweils 100.000 EUR für die Ersatz- und Neupflanzung von Bäumen zur Verfügung gestellt. Die Pflanzmaßnahmen werden zur Zeit ausgeschrieben.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
56	1232	Porzer Rheinufer

Vorschlagstext

Das eigentlich repräsentative Porzer Rheinufer unterhalb des Bezirksrathauses /etwa Stromkilometer Rhein 678,2 bis 678,6) müsste besser gepflegt werden, d. h. das Unkraut an den Hängen des Rheinbergs mind.zwei mal im Jahr entfernen und die Bäume an der Porzer Rheinpromenade müssten wie frühre jedes Jahr gestutzt werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bäume an der Rheinpromenade werden alle 2 Jahre geschnitten. Der Bereich liegt im Landschaftsschutzgebiet (L20). Der Schutzzweck ist u. a. die Erhaltung und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes durch Sicherung naturnah entwickelter Rheinuferbereiche als Lebensraum bedrohter Tier- und Pflanzenarten sowie zur Abwehr schädlicher Einwirkungen auf den Naturhaushalt. Die Vorgaben des Landschaftsplanes und Landschaftsschutzes sind zwingen zu beachten, demnach wird die Rheinpromenade gemäß Pflege- und Entwicklungskonzept Rheinuferbereiche gepflegt.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der nächste Baumschnitt erfolgt 2009.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
60	3156	Naturspielplätze einrichten

Vorschlagstext

Statt die immer gleichen und superteuren Spielgeräte aufzustellen, die kurz darauf wieder bekrakelt werden, könnten Naturspielplätze entstehen - mit Gebüsch zum Verstecken, dicken Baumästen und großen Holzstücken zum Spielen, Baumstämmen zum Balancieren und echten Bäumen zum Klettern. Solche Plätze kann das Grünflächenamt in Eigenregie bauen. Sie wären preiswert und eine schöne Abwechslung!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wurde befürwortet. Die Errichtung eines Naturspielplatzes kann in Leidenhausen umgesetzt werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Für den Naturspielplatz in Leidenhausen wurde ein Konzept erarbeitet, welches noch der Abstimmung mit dem Amt für Kinder, Jugend und Familie bedarf. Mit der Finanzmittelbereitstellung wird im Februar gerechnet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
61	3322	Sauberkeit auf öff. Straßen und in Grünanlagen

Vorschlagstext

Wie kaum eine andere Stadt in Deutschland vermüllt Köln zusehends. Straßen, öffentliche Plätze und Grünflächen werden systematisch zugemüllt und verschmutzt. Wilde Müllkippen und illegal entsorgter Abfall verunzieren alle denkbaren Orte in der Stadt. Besonders Grünflächen verkommen immer häufiger zu Müllplätzen (zu beobachten z. B. linksrheinisch auf der "Grünfläche" unter der und um die Severinsbrücke herum) Zugleich ist eine vermehrte Versteppung vieler Straßen mit Gras und Unkraut zu beobachten. Straßenreinigung in größerem Umfang findet - nach meiner Beobachtung - nur noch nach sog. "Groß-Events" wie Karneval oder Marathon statt. Die Straße, in der ich wohne (Mechtildisstraße) ist in den letzten 10 Jahren durch die städt. Straß0enreiningung nachweislich nicht mehr gesäubert worden. So entstehen in Köln zunehmend Orte der Verwahrlosung, die Kleinkriminalität anziehen und von den "normalen" Bürgern gemieden werden. Mein Vorschlag: Erhöhte Säuberungsfrequenzen, bessere Lichtquellen, vermehrte Kontrollen, auch von uneinsichtigen Hundehaltern, Sanktionierung von Müllsündern.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Teilbereiche der Straßenreinigung wurden vom Amt für Straßen- und Verkehrstechnik auf die Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) übertragen. Die Festlegung der Reinigungsintervalle etc. erfolgt von dort. Die Grünanlagen der Stadt Köln werden ebenso wie das öffentliche Straßenland durch den zentralen und stadtbezirklichen Ordnungsdienst kontrolliert. Zum 01.04.2007wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes in die Bezirke verlagert. Die jeweils 3 Außendienstkräfte pro Stadtbezirk befassen sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Sauberkeit im öffentlichen Straßenland und Grünanlagen. Sie werden im Rahmen von Schwerpunktaktionen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes unterstützt. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist nicht geplant. Die Reinigung der Mechtildisstraße erfolgt derzeit dreimal wöchentlich. Wäre in den letzten 10 Jahren keine Reinigung erfolgt, wäre die Straße wohl nicht mehr befahr- oder begehbar. Die unterschiedlichen Reinigungs-Frequenzen sind dem tatsächlichen Bedarf angepasst und im Straßen-Verzeichnis der Straßenreinigungs-Satzung aufgeführt. Die Wildkrautbeseitigung erfolgte bisher nicht planmäßig im Rahmen der Straßenreinigung, sondern sporadisch durch das Amt für Straßen- und Verkehrstechnik im Rahmen der Verkehrssicherung. Im Jahre 2008 wird seitens der AWB ein Konzept erstellt, dass eine plan- und regelmäßige Wildkrautbeseitigung zum Inhalt hat.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Teilbereiche der Straßenreinigung wurden vom Amt für Straßen- und Verkehrstechnik auf die Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) übertragen. Die Festlegung der Reinigungsintervalle etc. erfolgt von dort. Die satzungsgemäße Fahrbahn- und Gehwegreinigung in der Mechtildisstr. erfolgt weiterhin dreimal wöchentlich durch die AWB. Eine Satzungsänderung wird nicht angestrebt. Die Sauberkeit ist weiterhin Aufgabenschwerpunkt des zentralen Ordnungsdienstes und des seit 01.04.2008 in den neun Stadtbezirken eingesetzten Ordnungsdienstes; hierzu zählt natürlich auch die Ahndung von festgestellten Verunreinigungen. Die Anzahl der festgestellten Ordnungswidrigkeiten in diesem Bereich konnte in den Jahren 2007 und 2008 wesentlich gesteigert werden; auch im Jahr 2009 wird dies ein Aufgabenschwerpunkt bleiben. Ein personelle Aufstockung (Erhöhung der Anzahl der Planstellen) ist zur Zeit in der politischen Diskussion.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
66	3009	Sauberkeit in Grünflächen und an Strassen

Vorschlagstext

Die Sauberkeit in kleinen Waldstücken und an Wegen läßt sehr zu wünschen übrig, hier müßte mehr gemacht werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den Grünanlagen bestehen erhebliche Defizite an Abfallbehältern Der Vorschlag wurde insoweit befürwortet, dass in den Grünanlagen neue Abfallbehältern aufgestellt werden. Eine Neuausstattung der Grünanlagen mit Abfallbehältern ist nur sukzessive möglich. Eine Umsetzung der Maßnahme kann auf der Grundlage bereits vorliegender Beschlüsse bzw. Prioritäten die durch die Bezirksvertretungen gefasst wurden, erfolgen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
67	5784	Hundesteuer sinnvoll verwenden, z.B. für Kompetenz

Vorschlagstext

Ich bin als verantwortungsbewusste Hundeführerin nicht dafür, dass Hunde sich auf Gehwegen erleichtern, ohne dass der Besitzer das Große wegmacht. Auch gehört Hundekot nicht auf den Spielplatz! Allerdings wird unsere nicht unerhebliche Hundesteuer auch nicht dafür aufgewendet, sinnvolle Hundeauslaufflächen zu schaffen, die dann auch als solche gekennzeichnet sind und wo dann aber bitte auch KEINE Sonnenanbeter und Jugendliche mit lauter Musik sich aufhalten. Vor allem fehlt hier der Sachverstand bei der Stadt. Ein nicht eingezäunter Platz an einer stark befahrenen Straße mit einem Reitweg daneben und einem See, an dem im Sommer Jugendliche liegen, ist KEIN geeigneter Hundefreilauf! Wenn der Hund nicht auf den Spielplatz soll, dann sollen die badenden Kinder aber bitte auch nicht auf den Hundefreilauf - die arme Frau, die beides hat :-(. Mir fehlt da ein/e bürgernahe/r, kompetente/r Experte/in bei der Stadt, den/die ich gerne von meiner Hundesteuer finanzieren möchte, ebenso wie gute und sinnvolle Hundeflächen, dann wird sicher auch das Spielplatz- und Grünflächenproblem kleiner. Sicher gibt es bescheuerte Hundebesizter, aber es gibt auch beknackte Mütter und jede Menge andere Jecken. Man kann aber als Stadt nicht immer eine Gruppe bezahlen lassen und dann nichts für sie tun! Diese Politik macht die Tiere - wie immer - zu Prügelknaben...und Tiere sind wichtig! Gerade für Kinder!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Stadt Köln ist ihren Einwohnern in vielfältiger Weise verpflichtet. Das erfordert, dass u. a. die zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben benötigten finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Ein wesentlicher Bestandteil des kommunalen Haushalts sind die Steuereinnahmen. Die bekannte angespannte Haushaltssituation zwingt neben der Notwendigkeit zu sparen verständlicherweise auch dazu, dass die Einnahmemöglichkeiten in vollem Umfang auszuschöpfen sind. Neben den dargelegten finanzpolitischen Komponenten darf der ordnungspolitische Charakter der Hundesteuer nicht unbeachtet bleiben. Gerade in Großstädten hat sich in den vergangenen Jahren ein Konfliktpotential im Zusammenhang mit der Hundehaltung aufgebaut. Aufgabe der politischen Vertreter der Bürger ist es, ausgewogen auf deren in unterschiedlichen Interessenlagen begründeten Einzel- und Kollektivwünsche zu reagieren. Dies hat auch dazu geführt, dass die Hundesteuer in Großstädten höher ist als in kleineren Gemeinden, deren Konfliktpotential im Zusammenhang mit der Hundehaltung naturgemäß weitaus geringer ist. Des Weiteren ist zu beachten, dass die Hundesteuer, wie alle anderen Steuern auch, ein allgemeines Deckungsmittel zur Finanzierung der von der jeweiligen Körperschaft zu erfüllenden Aufgaben ist. Anders als bei Gebühren und Beiträgen, deren Festsetzung eine konkrete Leistung voraussetzt, werden aus den steuerlichen Einnahmen die gesetzlich vorgeschriebenen und freiwilligen Aufgaben geleistet, die nicht durch Gebühren und Beiträge finanziert werden. Fälschlicherweise wird oft angenommen, dass das Hundesteueraufkommen dazu verwendet würde, die durch die Hundehaltung bedingte Verunreinigung öffentlichen Geländes zu beseitigen oder sonstige mit der Haltung von Hunden verbundene Maßnahmen zu finanzieren. Abgesehen davon, dass die aus den genannten Gründen nicht zulässig ist, würden die aus der Hundesteuer erzielten Einnahmen zur Durchführung dieser Aufgaben nicht ausreichen. In Anbetracht der obigen Ausführungen kann eine Abschaffung der Hundesteuer nicht in Erwägung gezogen werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
67a	2569	Kein Hundekot in den Grünflächen

Vorschlagstext

Leider ist es immer wieder eine bittere Erfahrung wenn mann durch die Kölner Grünflächen streift, zum einen sind es unangeleinte Hunde, die einen fast anfallen und zum anderen sind es die netten Hinterlassenschaften der Hunde. Nichts gegen Hundehalter, aber es kann nicht sein, dass die Allgemeinheit unter den uneinsichtigen Hundehalter zu leiden hat. Anscheinend gehts hier auch nur mit entsprechenden Druck der Obrigkeit. Daher mein Vorschlag, weiter Hundefreilaufflächen in weniger frequentierten Bereichen einzurichten und die zentralen Grünflächen intensiver überwachen zu lassen

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Grünanlagen und Spielplätze der Stadt Köln werden ebenso wie die öffentlichen Straßen durch den zentralen und stadtbezirklichen Ordnungsdienst kontrolliert. Zum 01.04.2007wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes in die Bezirke verlagert. Die jeweils 3 Außendienstkräfte pro Stadtbezirk befassen sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Sauberkeit im öffentlichen Straßenland und Grünanlagen. Sie werden im Rahmen von Schwerpunktaktionen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes unterstützt. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist nicht geplant..

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Die Sauberkeit ist weiterhin Aufgabenschwerpunkt des zentralen Ordnungsdienstes und des seit 01.04.2008 in den neun Stadtbezirken eingesetzten Ordnungsdienstes; hierzu zählt natürlich auch die Ahndung von Verunreinigungen durch Hundekot in städtischen Grünanlagen. Die Anzahl der festgestellten Ordnungswidrigkeiten in diesem Bereich konnte in den Jahren 2007 und 2008 wesentlich gesteigert werden; auch im Jahr 2009 wird dies ein Aufgabenschwerpunkt bleiben. Ein personelle Aufstockung (Erhöhung der Anzahl der Planstellen) ist zur Zeit in der politischen Diskussion.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
67b	5971	Mehr Hundefreilauf- flächen

Vorschlagstext

Das Leben in Köln mit Hund ist sehr schwer, zumal viel zu wenige Hundefreilaufflächen vorhanden sind.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Stadt Köln ist ihren Einwohnern in vielfältiger Weise verpflichtet. Das erfordert, dass u. a. die zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben benötigten finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Ein wesentlicher Bestandteil des kommunalen Haushalts sind die Steuereinnahmen. Die bekannte angespannte Haushaltssituation zwingt neben der Notwendigkeit zu sparen verständlicherweise auch dazu, dass die Einnahmemöglichkeiten in vollem Umfang auszuschöpfen sind. Neben den dargelegten finanzpolitischen Komponenten darf der ordnungspolitische Charakter der Hundesteuer nicht unbeachtet bleiben. Gerade in Großstädten hat sich in den vergangenen Jahren ein Konfliktpotential im Zusammenhang mit der Hundehaltung aufgebaut. Aufgabe der politischen Vertreter der Bürger ist es, ausgewogen auf deren in unterschiedlichen Interessenlagen begründeten Einzel- und Kollektivwünsche zu reagieren. Dies hat auch dazu geführt, dass die Hundesteuer in Großstädten höher ist als in kleineren Gemeinden, deren Konfliktpotential im Zusammenhang mit der Hundehaltung naturgemäß weitaus geringer ist. Des Weiteren ist zu beachten, dass die Hundesteuer, wie alle anderen Steuern auch, ein allgemeines Deckungsmittel zur Finanzierung der von der jeweiligen Körperschaft zu erfüllenden Aufgaben ist. Anders als bei Gebühren und Beiträgen, deren Festsetzung eine konkrete Leistung voraussetzt, werden aus den steuerlichen Einnahmen die gesetzlich vorgeschriebenen und freiwilligen Aufgaben geleistet, die nicht durch Gebühren und Beiträge finanziert werden. Fälschlicherweise wird oft angenommen, dass das Hundesteueraufkommen dazu verwendet würde, die durch die Hundehaltung bedingte Verunreinigung öffentlichen Geländes zu beseitigen oder sonstige mit der Haltung von Hunden verbundene Maßnahmen zu finanzieren. Abgesehen davon, dass die aus den genannten Gründen nicht zulässig ist, würden die aus der Hundesteuer erzielten Einnahmen zur Durchführung dieser Aufgaben nicht ausreichen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
68	740	Spielplätze

Vorschlagstext

Es sollten für unsere Kinder und Jugendliche etwas mehr für Spielplätze und für den Fußball getan werdern! Z.B. Mehr Spielgeräte und Instandhaltung der Geräte nur eine Rutsche und Schaukel ist meiner meinung ein bischen zu wenig, und den Jugendlichen ein richtigen Fußball und Handball Platz im Park. In Köln-Eil und Gremberghoven.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird befürwortet. Zur Ermittlung der anfallenden Kosten muss im Einzelnen die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geprüft werden, welche Spielelemente installiert werden können oder welche Spielgeräte ersetzt werden müssen.

Ausschuss	Bezirk
UGG, JHA	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
72	3778	Plan zum Pflanzen von Bäumen

Vorschlagstext

Dieser Vorschlag wurde schriftlich eingereicht und von der Redaktion eingegeben: Frau Herrmann schlägt vor, als Beitrag zur Reduzierung des CO2 sollte die Stadt ein Plan zum Pflanzen von Bäumen entwerfen und die Bevölkerung zur aktiven Mithilfe auffordern.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Bevölkerung wird bereits zur Mithilfe aufgefordert, entsprechende gestaffelte Pläne sind vorhanden, der Vorschlag ist nicht Haushaltsrelevant.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Jedes Jahr wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten ein umfangreiches Programm zur Ersatzpflanzung von Bäumen umgesetzt. Darüber hinaus werden Vorschläge zur Neupflanzung von Bäumen aufgenommen und soweit möglich umgesetzt. Insbesondere im Rahmen von Erschließungsmaßnahmen werden jedes Jahr zahlreiche neue Bäume gepflanzt. Der Finanzausschuss hat am 22.09.2008 jeweils 100.000 EUR für die Ersatz- und Neupflanzung von Bäumen zur Verfügung gestellt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
73	3379	Kreisverkehre schön gestalten

Vorschlagstext

Die Kreisverkehre in Köln sind optisch ein Greuel. Während die Nachbargemeinden wunderschön begrünte und gestataltete Kreisverkehrinseln haben, sprießt in Köln das Unkraut. Warum? In Nachbargemeinden machen dieses Gestaltung und Unterhalt private Gärtnereien. Diese können dafür auch auf den Inseln werben. Mit vier Schildern in der Größe DIN A 2. In Köln will man das offiziell auch. In Wahrheit aber sind die Auflagen so hoch, das es sich für die Gärtnereien nicht lohnt. Diese müssen beim bepflanzen und pflegen der Inseln Verkehrspläne einreichen, damit der Innenbereich der Inseln abgesperrt wird. Aus Sicherheitsgründen! Diese Pläne kosten ein Heidengeld, bis zu 1000 €. Die Städtischen Arbeiter aber setzen einfach, wenn überhaupt, zwei rot-weiße Hütchen und fange mit dem oberflächlichen Unkraut jäten an. Die Werbung, die die privaten Gärtnereien machen dürfen, beschränkt sich auf 2 DIN 3 große Werbeflächen, nicht 4 DIN A 2 Flächen wie bei den Nachbargemeinden. Und deswegen lohnt es sich für private Gärtnereien nicht. Warum das alles? Personal beim Amt für Landschaftspflege wäre überflüssig, müsste entlassen werden. Und dann hält man zusammen, macht die Anforderungen immens hoch, und keiner interessiert sich dafür. Alles bleibt beim alten. Kostet viel Geld an Unterhaltung. Und ist dennoch häßlich und unbepflanzt. Durch eine Privatisierung hätte man überhaupt keine Unterhaltskosten für die Mittelnisel mehr, zudem wären sie wunderschön. Deswegen mein Vorschlag - die Stadtverwaltung hat bei den Vorgaben für die Gestaltung der Mittelinselflächen die gleichen Vorgaben zu machen wie die benachbarten Gemeinden. Dann würden wir Kölner endlich nciht neidisch über den Stadtrand gucken.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Das Werbemonopol liegt bei der Kölner Aussenwerbung, die entsprechende Vorgaben für die vertraglichen Regelungen zwischen Sponsoren und dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen macht. Entgegen der Angaben im Vorschlagstext darf jedoch auch in Köln pro Kreisverkehr an jeder Straßeneinmündung ein Schild im DIN-A 2 –Format zu Werbezwecken oder als Wegweiser zum Unternehmen der Sponsoren aufgestellt werden. Maximal werden insgesamt pro Kreisverkehr vier Schilder zugelassen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
75	4941	Porz-Gremberg- hoven Baggerseen

Vorschlagstext

Die gewerbliche Nutzung der Gremberghovener Baggerseen läuft in den nächsten Jahren aus. Die Stadt Köln sollte frühzeitig Pläne für die Freigabe der Seen als Natur- und Erholungsgebiet für die Porzer Bürger erstellen. Die Seen sollten auch für wassersportmöglichkeiten jeglicher Art, verfügbar gemacht werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die beiden privaten Seen stehen aus eigentumsrechtlich und naturschutzfachlichen Gründen nicht für Erholung und Wassersport zur Verfügung. Der Bereich ist im Landschaftsplan der Stadt Köln als Naturschutzgebiet bzw. Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Der Schutzzweck dient der Erhaltung und der Wiederherstellung eines ungestörten Lebensraumes für bedrohte Wasservögel. Eine Freigabe als Erholungsgebiet und für Wassersportzwecke steht diesem Schutzzweck entgegen. Als Naturschutzgebiet ist das Betreten des gesamten Gebietes verboten, ebenso wie das Befahren der Seen mit Wasserfahrzeugen jeglicher Art sowie das Baden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
80	5742	Hundesteuer abschaffen

Vorschlagstext

Nur in wenigen europäischen Ländern (darunter Deutschland) gibt es noch die Hundesteuer als alte übernommene Luxussteuer; heute unter der Bezeichnung „Aufwandsteuer", weil der Begriff Luxussteuer (wie auch die Hundesteuer) nicht mehr zeitgemäß ist. Viele europäische Länder haben den Sinn und die Notwendigkeit des Hundesteuerwegfalles klar erkannt und dementsprechend auch gehandelt, indem sie die Hundesteuer wegen ethischer, moralischer und verfassungsrechtlicher Bedenken sinnvollerweise abgeschafft haben. Die meisten europäischen Länder haben keine Hundesteuer mehr. Frankreich mit dreimal mehr Hunden hat sie 1979 abgeschafft. England, die Hundehochburg Europas, mit viermal mehr Hunden, im Frühjahr 1990. In Dänemark 1972, und in Schweden wurde sie 1995 abgeschafft. Dazu zählen noch Belgien, Spanien, Italien, Griechenland, Ungarn und Kroatien. Im Gegenzug hält man in Deutschland jedoch an einer solch grob sittenwidrigen Tierhaltesteuer nicht nur stur und beharrlich fest, mit der Absicht der „Einnahmeerzielung", sondern erhöht sie ständig in Zeitabständen. Was aber wird als Gegenleistung für die hohen Hundesteuern von Köln geleistet??? Es gibt keine kostenlosen Hunde-kotbeutelspender wie in anderen Gemeinden, die sog. Freilaufflächen sind handtuchgroß und oft an Stellen gelegen, die viel zu gefährlich sind (z.B. direkt neben der Autobahn) und permanent wird man von Ordnungshütern verfolgt, um zur Kasse gebeten zu werden, wenn man seinen Hund auch an anderer geeigneter Stelle einmal ohne Leine laufen lässt, um dem natürlichen Bewegungsdrang des Tieres gerecht zu werden! Daher fordere ich; Köln, schaff die Hundesteuer, die übrigens eine der höchsten im Land ist, ab!!!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Stadt Köln ist ihren Einwohnern in vielfältiger Weise verpflichtet. Das erfordert, dass u. a. die zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben benötigten finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Ein wesentlicher Bestandteil des kommunalen Haushalts sind die Steuereinnahmen. Die bekannt angespannte Haushaltssituation zwingt neben der Notwendigkeit zu sparen verständlicherweise auch dazu, dass die Einnahmemöglichkeiten in vollem Umfang auszuschöpfen sind. Neben den dargelegten finanzpolitischen Komponenten darf der ordnungspolitische Charakter der Hundesteuer nicht unbeachtet bleiben. Gerade in Großstädten hat sich in den vergangenen Jahren ein Konfliktpotential im Zusammenhang mit der Hundehaltung aufgebaut. Aufgabe der politischen Vertreter der Bürger ist es, ausgewogen auf deren in unterschiedlichen Interessenlagen begründeten Einzel- und Kollektivwünsche zu reagieren. Dies hat auch dazu geführt, dass die Hundesteuer in Großstädten höher ist als in kleineren Gemeinden, deren Konfliktpotential im Zusammenhang mit der Hundehaltung naturgemäß weitaus geringer ist. Des Weiteren ist zu beachten, dass die Hundesteuer, wie alle anderen Steuern auch, ein allgemeines Deckungsmittel zur Finanzierung der von der jeweiligen Körperschaft zu erfüllenden Aufgaben ist. Anders als bei Gebühren und Beiträgen, deren Festsetzung eine konkrete Leistung voraussetzt, werden aus den steuerlichen Einnahmen die gesetzlich vorgeschriebenen und freiwilligen Aufgaben geleistet, die nicht durch Gebühren und Beiträge finanziert werden. Fälschlicherweise wird oft angenommen, dass das Hundesteueraufkommen dazu verwendet würde, die durch die Hundehaltung bedingte Verunreinigung öffentlichen Geländes zu beseitigen oder sonstige mit der Haltung von Hunden verbundene Maßnahmen zu finanzieren. Abgesehen davon, dass die aus den genannten Gründen nicht zulässig ist, würden die aus der Hundesteuer erzielten Einnahmen zur Durchführung dieser Aufgaben nicht ausreichen. In Anbetracht der obigen Ausführungen kann eine Abschaffung der Hundesteuer nicht in Erwägung gezogen werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
81	1578	Kennzeichnung der Hundefreilauf- flächen

Vorschlagstext

Seit der Einführung des Landeshundegesetzes in NRW hat die Stadtverwaltung Köln das Problem, dass die in der Anfangszeit der Hundefreilaufflächen angebrachten gelben Holzpfähle mit den blauen Hinweisschildern regelmäßig von Vandalen und Gegnern der Hundefreilaufflächen mutwillig beschädigt, wenn nicht sogar enfernt werden. In den vergangenen Jahren kam es zudem vor, dass die Stadt keine Finanzmittel mehr hatte, um diese Pfähle erneuern zu lassen. Somit sind fast alle Hundefreilaufflächen in Köln nicht mehr als solche erkennbar. Mein Vorschlag ist, dass die Kennzeichnung dieser Hundefreilaufflächen z.B. mit Findlingen erfolgen sollte, die in einer Art und Weise kenntlich gemacht werden, dass ein Jeder diese Freilaufflächen auch als Solche erkennen kann und eine Beschädigung bzw. eine Entfernung durch unberechtigte Personen verhindert wird. Neben der Kennzeichnung vor Ort, sollten die auf der Internetseite der Stadt Köln befindlichen Pläne auch einmal aktualisiert werden. Die seit über 1 1/2 Jahren eingerichtete Hundefreilauffläche im Johannes-Gisbert-Park in Nippes ist dort nicht verzeichnet.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Es wird eine neue deutliche Kennzeichnung der Hundefreilaufflächen vorgenommen. Bei ca. 90 Hundefreilaufflächen und 4 Kennzeichnungen pro Hundefreilauffläche bei rund 125 EUR pro Schild entstehen Kosten in Höhe von ca. 45.000 EUR. Der Plan der Hundefreilaufflächen und die Darstellung im Internet wurden überarbeitet und bereitgestellt. Die Einhaltung der Grünflächenordnung, in der u. a. die Regelungen zu Hundefreilaufflächen und Hundeführung in Grünanlagen geregelt ist, wird nach wie vor durch das Amt für öffentliche Ordnung durchgeführt. Der Verwarnungs- und Bußgeldkatalog für Verstöße nach der Grünflächenordnung und der Kölner Straßenordnung wurde zuletzt durch die Stadt Köln im November 2006 erhöht, wobei die Beträge zur abschreckenden Wirkung bis zur Obergrenze des rechtlich durchsetzbaren angehoben wurden. Der Plan der Hundefreilaufflächen und die Darstellung im Internet werden aktuell überarbeitet und in Kürze bereitgestellt.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits (teilweise) umgesetzt.

Umsetzungsstand

Zur Zeit werden Angebote von Firmen eingeholt. Die Aufstellung von Schildern ist für das Frühjahr 2009 vorgesehen. Im Bürgerhaushalt sind hier 20.000 EUR für 2008 und 25.000 EUR für 2009 veranschlagt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
84	6335	Attraktivitäts- erhöhung der Hundefreilauf- flächen

Vorschlagstext

Sehr geehrte Damen und Herren, Die vorhandenen Hundefreilaufflächen werden von den Hundehaltern kaum oder gar nicht genutzt, da ein Gang über die Freilauffläche nach kurzer Zeit erledigt ist, der Hund jedoch einen notwendigen längeren Auslauf braucht. Es ist also notwendig, die Verweildauer der Hunde und Hundehalter auf diesen Flächen zu verlängern. Um dies zu erreichen, schlage ich eine "Möblierung" der Freilaufflächen vor. Bänke, auf denen sich die Hundehalter setzen können, und mit anderen Hundehaltern sich austauschen können, währenddem die Hunde miteinander spielen, sind bestimmt vorteilhaft. Des weiteren z.B. Baumstämme, um mit den Hunden balancieren zu üben, oder sonstige Möglichkeiten mit den Hunden zu spielen (Stichwort "Agility). Solche Maßnahmen würden auch die Akzeptanz der Hundehalter anderen Verordnungen der Stadt gegenüber erhöhen (z.B. Entfernen des Hundekots), da die Stadt die Hundehalter, wie bis jetzt üblich, nicht nur zur Kasse bittet, oder mit Regelungen und Verordnungen überhäuft, sondern auch etwas für sie tut.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

'Das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen stellt in den Jahren 2008 und 2009 in Zusammenarbeit mit der Kölner Grünstiftung im Bereich zwischen Militärring, Dürener Straße, Friedrich-von-Schmidt-Straße und Stadtwaldgürtel Bänke auf. Die Standorte der Parkbänke werden zudem sukzessiv mit Abfallbehältern ausgestattet. Baumstämme wie im Vorschlag gefordert, können aufgrund von Unfallgefahren nicht ausgelegt werden.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Für die Aufstellung von Bänken werden im Bürgerhaushalt in 2008 und 2009 jeweils 200.000 EUR zur Verfügung gestellt. Der Finanzausschuss wird voraussichtlich am 09.02.2009 die Finanzmittelfreigabe beschließen

---

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
85	4206	Bänke

Vorschlagstext

Die Stadt Köln sollte mehr Bänke auf Grünflächen stellen, denn heutzutage kann man auf (fast) keiner Bank mehr sitzen, weil sie so vergammelt und alt sind. Auch die Bürger Kölns können helfen. Sie können Bänke spenden wo eine goldene Plakette drauf ist und auf der Plakette ihr Wunsch-Text. Sie müssen sich nur an die Kölner-Grün Stiftung wenden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Für eine sukzessive Beseitigung der Defizite an Bänken in sehr vielen Grünanlagen nach Prioritäten sind entsprechende Haushaltsmittel notwendig. Empfohlen wird dies als Programm für die nächsten Jahre.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Rahmen des Bürgerhaushalts und darüber hinaus der Aktion Sauberkeit für Köln werden Gelder in Höhe von insgesamt 1.650.000 EUR bis 2011 für die Aufstellung von Bänken und Papierkörben bereit gestellt. Der Rat hat am 13.11.2008 die Verwaltung beauftragt, ein Vergabeverfahren über das gesamte Beschaffungsvolumen einzuleiten. Es ist vorgesehen, die über den Bürgerhaushalt veranschlagten Finanzmittel zu dem o. g. Themenkomplex von insgesamt 650.000 EUR für 2008/2009 (Finanzausschuss am 09.02.2009) freizugeben. Rd. 1 Mio. EUR werden für weitere Maßnahmen zur Sauberkeit im Zeitraum 2008 bis 2011 verwendet.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
87	5041	Beleuchtung; Hundeflächen

Vorschlagstext

1. Beleuchtung von Grünflächen/ Spazierwegen/ Joggingstrecken/ Hundefreilaufflächen >> Jogger, Spaziergänger, Radfahrer und Hundebesitzer müssen abends in absoluter Finsternis durch die Gegend ziehen. > Konkret bspw. beleuchtete Wege am Grüngürtel > beleuchteter Volksgarten > beleuchtete Hundewiese z.B. im Vorgebirgspark > beleuchtete Wege/ Hundewiese/ Joggingstrecke durch den Stadtwald 2. Hundekotbeutelautomaten Als Hundebesitzer trete ich ebensowenig gern in Hundehaufen wie Nichthundebesitzer. > Bitte stellen Sie in Parks, besonders in der Nähe der Freilaufflächen Hundekotbeutelautomaten auf! 3. geschlossene Mülleimer in Parks und co > die Raben veranstalten in den offenen Mülleimern und im Umkreis von ca. 100m um jeden Eimer ein Chaos, welches nicht zu fassen ist. Eimer leer - Umgebung voller Müll = viel Arbeit für die Menschen, die aufräumen müssen = viel zu viel Kosten, nehme ich an. 4. Hundefreilaufflächen bitte besser und stabiler kennzeichnen > Wahrscheinlich durch Vandalismus werden die gelben Pfähle mit Fahnen immer weniger - was bedeutet, dass viele Menschen gar nicht wissen, dass sie mit ihren kleinen Kindern im Sommer mitten auf der Hundewiese grillen. Es kann aber nicht Aufgabe der Hundebesitzer sein, die ahnunslosen Menschen zu informieren. (>> Vorgebirgspark! Hier ist keine einzige Kennzeichnung da und übrigens an der Wiese nur weit und breit ein einziger Mülleimer, in dem man seinen Hundekotbeutel entsorgen kann) > Die gelben Pfähle, die oft noch ohne Infofähnchen stehen, kann übrigens auch kaum ein Nicht-Hundebesitzer identifizieren. > Vielleicht eine Metallmanschette um einen Pfahl (Meterial wie Straßenschilder?) anbringen, die nicht so einfach abgebrochen werden kann.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird abgelehnt. Zu 1: Aufgrund eines Beschlusses des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün werden Wege in öffentlichen Grünanlagen grundsätzlich nicht beleuchtet. Beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen stehen daher auch keine Mittel für die Beleuchtung von Wegen in Grünanlagen zur Verfügung. Grundsätzlich werden nur gewidmete Wege beleuchtet und vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik baulich unterhalten. Soweit durch sportliches Interesse die Notwendigkeit einer Beleuchtung der Strecken besteht, ist das Sportamt für eine Umsetzung zuständig. Zu 2.:Seit Mai 2007 erfolgte versuchsweise die kostenfreie Abgabe von Hundekotsammeltüten an 5 ausgewählten Standorten. Die Testphase wurde auf ein Jahr angelegt. Die Testphase wurde zwischenzeitlich erfolgreich beendet, der Stadt Köln liegt ein umfassendes Angebot zur Reduzierung von Hundekot im öffentlichen Raum vor. Dieses Angebot muss jetzt seitens der Stadt geprüft werden. Zu 3: Geschlossene Mülleimer in Grünanlagen sind ungeeignet. Die neuen Modelle haben mit 70 Litern allerdings nur ein geringfügig größeres Fassungsvermögen als die alten 60-Liter-Behälter, sie sind dafür aber robuster und haben kleinere Öffnungen, damit Vögel den Inhalt nicht mehr so leicht in der Umgebung verteilen können.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
87a	4258	Nicht am falschen Platz am Licht sparen

Vorschlagstext

Wenn man durch das nächtliche Köln zieht, fällt auf: einerseits viele äußerst trüb (wenn überhaupt) beleuchtete Wege und Parkanlagen; andererseits grassierend um sich greifend: grell beleuchtete Reklametafeln, die eine Beleidigung für das Auge sind. Mein Vorschlag: Zur Genehmigung einer jeden Leuchte an einer Reklametafel muss der Betreiber gleichzeitig die Kosten für ein Leuchte im öffentlichen Raum, besonders in Parks, übernehmen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird abgelehnt. Aufgrund eines Beschlusses des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün werden Wege in öffentlichen Grünanlagen grundsätzlich nicht beleuchtet. Beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen stehen daher auch keine Mittel für die Beleuchtung von Wegen in Grünanlagen zur Verfügung. Grundsätzlich werden nur gewidmete Wege beleuchtet und vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik baulich unterhalten.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
89	1078	Die Zukunft der Azubis

Vorschlagstext

Ich finde das das Geld dafür investiert werden sollte um den Azubis der Stadt Köln eine Zukunft zu bieten. Denn es werden besonders beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen noch viele Gärtner benötigt um die Grünanlagen zu pflegen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Sofern vakante Stellen vorhanden sind, werden diese mit geeigneten Ausbildungskräften besetzt.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Stellen nach den festgelegten Sollzahlen sind im Grünbereich besetzt bzw. es werden vakante oder vakant werdende Stellen nachbesetzt. Entsprechenden Personalauswahlverfahren sind eingeleitet. Die vorgesehene Zusetzung einer/eines zusätzlichen Gartenbauingenieurs/in und Gärtnermeisters/in konnte durch Verzögerungen im Stellenfreigabeverfahren noch nicht realisiert werden.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
91	1072	Für die Kinder

Vorschlagstext

Es sollte mehr für die Kinder getan werden,da es immer weniger Spielplätze gibt.Bestes beispiel in Köln/Buchheim Gronauer-Str. Dort sind 3Spielplätze mit Sandkasten abgeschafft worden. Daher denke ich das mehr für Kinder getan werden sollte. Vielen Dank

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Spielplätze Gronauer Straße sind/waren Privat-Spielplätze. Welche Möglichkeiten bzgl. neuer öffentlicher Spielplatzflächen gegeben sind, muss vor Ort geprüft werden. Falls diese gefunden sind, muss zur Ermittlung der anfallenden Kosten im Einzelnen die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geklärt werden, dies gilt auch für die zu installierenden Spielelemente. Eine Quantifizierung der Kosten ist daher kurzfristig nicht möglich.

Ausschuss	Bezirk
JHA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Neue Flächen sind noch in der Prüfung.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
93	4112	Behindertengerechte Überwege im Grüngürtel

Vorschlagstext

Im Grünverbund Stadtwald-Decksteiner Weiher wird die Überquerung beidseits der Straßenbahnschienen durch Absperrungsgeländer gesichert. Zweiräder passen hindurch, nicht jedoch die Dreiräder der Behinderten. Es war mehrfach mit anzusehen, wie die Behinderten aus den Dreirädern hinaus mußten und Passanten die Räder zu zweit über die Absperrungen heben mußten. Bitte diese Engpässe beseitigen, bzw. behindertengerecht gestalten!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag wird grundsätzlich befürwortet. In der Regel müssen die Überwege aus Sicherheitsgründen durch Geländer gesichert werden (Z-Überweg, um Blickbeziehungen zwischen ankommenden, bevorrechtigten Bahnen und Passanten zwingend zu erzeugen). Ob eine Aufweitung möglich ist, hängt von der jeweiligen individuellen Situation ab. Hier handelt es sich um einen älteren Überweg der Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK). Die HGK wird daher um Klärung des Sachverhaltes gebeten. Ob Abhilfe möglich ist und was dies ggf. kostet, kann sich nur im Rahmen einer örtlichen Überprüfung des Überwegs ergeben.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Es liegt noch keine abschließende Stellungnahme zu dem Überweg vor.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
94	3104	Spielplätze hundesicher

Vorschlagstext

Die Hinterlassenschaften von Hunden auf Kinderspielplätzen stellen nicht nur ein Ärgernis für Kinder und Eltern, sondern auch ein nicht zu unterschätzendes Gesundheitsrisiko dar. Es besteht daher dringender Handlungsbedarf. Einfache Lösungen gibt es bereits: Am Eingang zum Spielplatz sollten Gitterroste in den Boden eingelassen sein, die von Hunden bekanntlich nicht betreten werden. Ansonsten reicht ein niedriger Zaun.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Anbringung von Gitterrosten wird im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen berücksichtig, ist aber nicht überall möglich. Die entstehenden Kosten können jeweils nur im Einzelfall bei der entsprechenden Sanierungsmaßnahme ermittelt werden. Zäune werden nur zum Schutz der Kinder aufgestellt, Hunde auf Kinderspielplätzen sind grundsätzlich verboten.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
98	838	Vermüllte Grünflächen

Vorschlagstext

Nach schönen Tagen sehen die Rasenflächen zwischen Aachenerstr. und Gleuelerstr. aus wie eine Müllhalde. Ich nehme an, dass das auch auf andere Erholungsflächen zutrifft. Wenn die Verstösse gegen den Bußgeldkatalog häufiger geahndet würden, könnte man mit dem eingenommenen Geld sicherlich die zusätzlich erforderlichen Ordnungskräfte finanzieren. Ein Teil des Mülls auf den Rasenflächen ist aber sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass die vorhandenen, zum Teil viel zu kleinen, Abfallbehälter nicht bedarfsgerecht geleert werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Grünanlagen und Spielplätze der Stadt Köln werden ebenso wie die öffentlichen Straßen durch den zentralen und stadtbezirklichen Ordnungsdienst kontrolliert. Zum 01.04.2007wurden 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes in die Bezirke verlagert. Die jeweils 3 Außendienstkräfte pro Stadtbezirk befassen sich schwerpunktmäßig mit der Thematik Sauberkeit im öffentlichen Straßenland und Grünanlagen. Sie werden im Rahmen von Schwerpunktaktionen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zentralen Ordnungsdienstes unterstützt. Eine weitere Aufstockung der Außendienstkräfte ist nicht geplant. AWB: Die Reinigung der Grünflächen rings um den Aachener Weiher obliegt einem freien Träger und wird derzeit mit Harz IV Kräften durchgeführt. An schönen Wochenenden im Sommer erfolgt sonntags zusätzlich eine sog. Picknickreinigung durch die AWB. Im Auftrag der Stadt Köln werden die Abfallwirtschaftsbetriebe 5 Unterflurbehälter (Fassungsvolumen pro Behälter 5 cbm) am Weiher installieren und für die regelmäßige Entleerung sorgen. Die bisherigen Container werden dann eingezogen.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Die Sauberkeit ist weiterhin Aufgabenschwerpunkt des zentralen Ordnungsdienstes und des seit 01.04.2008 in den neun Stadtbezirken eingesetzten Ordnungsdienstes; hierzu zählt natürlich auch die Ahndung von Verunreinigungen durch Hundekot in städtischen Grünanlagen. Die genannten Bereiche werden schwerpunktmäßig überwacht. Die Anzahl der festgestellten Ordnungswidrigkeiten in diesem Bereich konnte in den Jahren 2007 und 2008 wesentlich gesteigert werden; auch im Jahr 2009 wird dies ein Aufgabenschwerpunkt bleiben. Ein personelle Aufstockung (Erhöhung der Anzahl der Planstellen) ist zur Zeit in der politischen Diskussion. Die 5 Unterflurbehälter (Fassungsvolumen: 5 cbm) wurden am Aachener Weiher installiert und werden regelmäßig durch die AWB entleert. Durch die unterirdische Abfallsammlung entsteht keine Geruchsbelästigung mehr. Die Einwurfsäule der Unterflurbehälter haben einen breiten Einwurf und Deckel. Der Einwurf stellt sicher, dass auch größere Abfälle wie z. B. ein Einwegholzkohlegrill problemlos entsorgt werden können. Der Deckel verhindert, dass Tiere angelockt werden.

Sport

Statusbericht Bürgerhaushalt 2008

Sport

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
1b	1337	Erhalt von kleinen Schwimm- bädern

Vorschlagstext

am Beispiel Schwimmbad Weiden: der Erhalt ermöglicht älteren, Bürgern Behinderten und Schulklassen eine Sportmöglichkeit , einfach nur Schwimme zu können als Vorsorgemaßnahme. Spassbäder und Sportwettkampfbahnen tragen dazu nicht bei. Deshalb sind in Köln kleine Schwimmbäder wichtig. Der Erhalt gehört zum Aufgabengebiet der Stadt, Bürgerbäder können nicht überall ermöglicht werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Durch Ratsbeschluss vom 13.12.2007 erledigt.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Die Offenhaltung der Bäder ist durch Ratsbeschluss vom 13.12.2007 bis 2011 sichergestellt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
3	4149	FC-Millionen kürzen

Vorschlagstext

Der 1.FC Köln ist zwar auch ein Sportverein, aber eigentlich ein Wirtschaftsbetrieb. Während der letzte Abstieg den Stadtsäckel 3 Millonen jährlich an reduzierter Stadionmiete kostet, muss der Breitensprot Hallennutzungs bzw. Badenutzunsggebühr zahlen. Schluss mit der einseitigen Förderung eines profitablen Sportunternehmens. 10 % der 3 Mio sparen, 50 % zur Sanierung der maroden Turnhallen und 30% zur Unterstützung von bedürftigen Sprotvereinen

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der zwischen der Kölner Sportstätten GmbH als Eigentümerin des RheinEnergie Stadions und dem FC abgeschlossenen Vertrag kann erst nach seinem Ablauf im Jahre 2014 geändert werden. Die genannten 3 Mio. EUR fließen wieder in die Kasse der Gesellschaft, wenn der 1. FC Köln den Aufstieg in die 1. Bundesliga schafft.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
4	5601	Sanierung der Sporthalle Kaiserstraße

Vorschlagstext

Die Mehrfachsporthalle an der Kaiserstraße soll schnellstmöglich saniert werden. Es sind eine Vielzahl von Schäden aufgetreten, die den Sportbetrieb beeinträchtigen: Die Deckenverkleidung in Umkleiden, Sanitärbereich und auf den Gängen löst sich und hängt teilweise lose herunter. Die Heizung bzw. die Klimaanlage lässt sich nicht regeln. Die Sanitäranlagen sind in einem schlechten Zustand, z.T. Schimmel in den Fugen und auf den Fliesen, die Basketballkörbe lassen sich z.T. nicht mehr zurück klappen, der Hallenboden löst sich an bereits reparierten Stellen, das Dach ist undicht , es regnet häufig mal durch, die Tore zu den Geräteräumen bergen durch zahlreiche Splitter Verletzungsgefahren, etliche Sportgeräte sind beschädigt. Unter diesen Bedingungen ist ein geregelter und normaler Sportbetrieb für Vereine und Schulen nur sehr eingeschränkt möglich. Die Sanierung sollte schnellstens begonnen werden, bevor durch weiteren Verfall ein vollständiger Neubau notwendig wird.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Kosten können erst nach exakter Festlegung des Sanierungsumfangs unter Berücksichtigung von Nutzerwünschen ermittelt werden (unverbindliche Schätzung ca. 2,5 - 3,0 Mio. EUR). Die Gebäudewirtschaft strebt eine möglichst schnelle und umfassende Sanierung der Sporthalle an. Zurzeit erfolgen zur Festlegung des Sanierungsumfangs und der Finanzierbarkeit noch die notwendigen Abstimmungen mit dem Schulverwaltungsamt. Mit einem Ergebnis ist voraussichtlich im 1. Quartal 2008 zu rechnen. Unabhängig hiervon werden notwendige Instandsetzungsmaßnahmen und Reparaturen möglichst umgehend durchgeführt, um die Halle für den Schul- und Vereinssport in einem betriebsbereiten Zustand zu halten.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Gebäudewirtschaft favorisiert eine Generalinstandsetzung der Sporthalle am Stadtgymnasium Humboldtstr./Kaiserstraße und hat dies der Schulverwaltung empfohlen. Eine Entscheidung und Beauftragung durch die Schulverwaltung steht jedoch noch aus. Nach heutigem Sachstand ist hiermit voraussichtlich im 1. Quartal 2009 zu rechnen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
10a	5897	Tauchsport entfall von Badnutzungs- gebühren, Erweiterung der Wasserflächen

Vorschlagstext

Entfall der Badnutzungsgebühren und Bereitstellung von weiteren Wasserflächen für Sporttaucher. Stärkung der Vereine und des Ehrenamtes. Es ist besser Jugendliche und junge Erwachsene in die Vereine zu integrieren und mit sinnvollen Dingen zu beschäftigen als gelangweilt auf der Straße zu belassen. Die ehrenamtlichen Trainer und Sporttaucher lernen den verantwortungsvollen Umgang im menschlichen Miteinander. Sporttauchen ist ein Gemeinschaftssport. Sie setzen besonders bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen wichtige Werte in der Entwicklung. Lernen mit gleichaltrigen, Förderung von Hilfsbereitschaft für die Gemeinschaft: „Jeder ist des anderen Diener." Die Ausbilder vermitteln Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Disziplin und Umgangsformen untereinander. Es gilt eine wichtige Regel im Tauchsport: „Tauche niemals allein!". Ein hoher pädagogischer Anspruch, der Fördert das Lernen für sich selbst und für die Allgemeinheit. Der Ausbilder vermittelt Vorbildfunktionen für den Lernenden. Tauchausbildung beinhaltet ein breites erweitertes Wissen für die Umwelt, in medizinischen Bereichen, bis hin zur Ersthelferausbildung. Der Mensch steht im praxisbezogenen Lernen immer im Mittelpunkt. Die Tauchsportvereine vermitteln Normen und Werte, die der Allgemeinheit wieder zu Gute kommen. Deshalb ist es wichtig, dass die Bad Gebühren vollständig entfallen und somit sozialverträgliche Vereins Gebühren überhaupt möglich sind. Nur so können die Vereine den sozial schwachen Familien die Normen und Werte zukommen lassen wie wir Bürger es gerne hätten.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Verwaltung hält ihren Standpunkt aus ordnungspolitischen Gründen weiterhin für richtig. Aus ihrer Sicht ist der Vorschlag nicht umsetzbar. Die Einführung der Tauchentgelte im Jahr 1997 war auf Grund der starken Frequentierung des Sees (u. a. Busanreisen aus der Region und den Beneluxländern) aus ordnungspolitischer und ökologischer Sicht zwingend erforderlich. Mit Hilfe der Einführung der Jahres- und Tagestauchberechtigungen wurde das ungesteuerte Tauchen auf ein für das Gewässer verträgliches Maß reduziert, so dass auch für die Zukunft sichergestellt ist, dass der Fühlinger See weiterhin als Tauchgewässer zur Verfügung steht. Neben der Sparte Tauchen entrichten am Fühlinger See auch andere Nutzergruppen, wie beispielsweise die Schwimmer (Entgelt für den Zutritt zum Naturfreibad) für die Ausübung Ihres Hobbys ein Entgelt. Darüber hinaus trifft der angebrachte Hinweis der Förderung des Lernens für sich selbst und für die Allgemeinheit sowie des hohen pädagogischen Anspruchs insbesondere im Allgemeinen auf Team-Sportarten zu, zu deren Ausübung ebenfalls ein Entgelt (meist in Form eines Vereins- bzw. Mitgliedsbeitrags o. ä.) entrichtet werden muss.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
11o	2828	Nippesbad erhalten

Vorschlagstext

renonoviert und öffnet das Nippesbad für alle! Schwimm- anstatt immer mehr "Spaß"-Bäder!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Durch Ratsbeschluss vom 13.12.2007 erledigt.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Die Offenhaltung der Bäder ist durch Ratsbeschluss vom 13.12.2007 bis 2011 sichergestellt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
13	1653	Mehr Sportmöglichkeiten für junge Leute

Vorschlagstext

Guten Tag, ich selber bin leidenschaftlicher Mountainbiker. Es fällt deutlich auf, dass durch fehlende Areale - z.B. MTB- und Skaterampen, offizielle Mountainbike-Strecken - es verstärkt illegale Strecken gibt, die dann oft von offizieller Seite wegen Haftungsgründen etc. abgebaut werden. Mit bedauern habe ich damals von der verhinderten Realisierung der Skateanlage in Köln gehört, die dazu beigetragen hätte, die Domplatte für Skater, BMXer und Mountainbiker zu umgehen. Die Skateanlage hätte ohne weiteres auch von BMXern und Mountainbikern genutzt werden können. Ich sehe keinen Grund, der gegen eine Erbauung einer solchen Anlage spricht. Ganz im Gegenteil. Wenn die Bundesregierung für mehr Sport- und Freizeitaktivitäten bei Jugendlichen und jungen Leuten wirbt, dann müssen auch für diejenigen die nicht einer Vereinssportart fröhnen wollen, Möglichkeiten geschaffen werden, um ihrem Sport nach zu gehen. Nicht zu vergessen ist, dass die Szene der Skater, BMXer und Mountainbiker auch in Köln großen Anhang hat. Eine für die Sportler gerechte Anlage ist nicht nur ein Ausgabevorschlag, sondern hilft auch dabei, bei relativ geringen Anschaffungskosten die Kosten durch Reparatur anderer zur Zeit genutzter Örtlichkeiten einzusparen. Wenn ich für die Mountainbiker sprechen darf, so sind diese sogar oft bereit, an der Entstehung eines Areals erheblich mitzuwirken.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Ein Angebot für Inliner und Skateboarder sowie teilweise BMX'ler wurde in 2007 für ca. 15.000 EUR auf der Anlage des Vereins North Brigade an der BSA Scheibenstraße erneuert. Für Mountainbiker ist eine Trainingsstrecke wünschenswert. Diese kann aber nur über die Initiative dieser Zielgruppe finanziert und realisiert werden. Eine Kooperation zwischen Sportverwaltung und Mountainbikeinitiative kann keine Finanzierung gewährleisten, da hierzu notwendige Investoren fehlen (siehe auch Rang 5, Vorschlagsnummer 5495) . Ein Ausbau oder neue Einrichtungen für Skater sind erwünscht. Die benötigten Finanzmittel sind im Einzelfall zu errechnen. Um aber eine schnelles Handeln möglich zu machen, müsste ein Budget für solche Anlagen zur Verfügung stehen.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Sportverwaltung wird in der ersten Jahreshälfte 2009 kurzfristig ein Budget ermitteln.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
20	1620	Inline Trainings- strecke

Vorschlagstext

Köln als Marathon Stadt mit einem Inlinemarathon mit über 2000 Teilnehmern benötigt dringend eine Trainingsstrecke für Inliner. Bereits ca. 500 Sportler sind in den Kölner Vereinen als Inlineskater organisiert. Leider fehlt es hier an einer Trainingsstrecke. Wünschenswert ist zum einen eine Strecke für Jedermann ggf. ist hier eine verlängerte Beleuchtung des Weges an der Regattastrecke am Fühlinger See ausreichen. Ein 200 Meter Oval ans Speedskating Trainingsstrecke mit einer geteerten Innenfläche z.B. für Inline Hockey würde hier mit einem recht kleinen finanziellen Aufwand ein breites Spektrum an Möglichkeiten abdecken. Hier würde sowohl Erwachsene wir auch Jugendliche und Schüler die Anlage nutzen können. Die Betreuung der Anlage mit Vergabe von festen Trainingszeiten könnte von einem der 3 Inlineskate Vereine übernommen werden. Eine vergleichbare Anlage wurde von einigen Jahren in Duisburg geschaffen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Verwaltung würdigt die z. T. abweichenden Voten der Bezirksvertretungen, hält ihre Auffassung aber weiterhin für richtig. Es trifft zu, dass in Köln eine vereinsmäßig organisierte Inlinerszene existiert, die sich vorrangig dem Inlinehockey und dem Speedskaten widmet. Vorrangig die guten Trainingsmöglichkeiten in der städtischen Sporthalle Bocklemünd haben dazu geführt, dass der dort ansässige HC West sowohl im Jugend- als auch im Erwachsenenbereich Deutsche und internationale Meisterschaften erringen konnte und auch mehrfach Spieler für das Nationalteam abgestellt hat. Für die Speedskater wurde im Zuge der Erneuerung der Parkplätze am Rhein Energie Stadion auf einer gesonderten Fläche, die nur während der Stadion-Nutzungszeiten zur Vorhaltung der Rettungsfahrzeuge nicht zur sportlichen Nutzung zur Verfügung steht, eine Fläche ausgewiesen, die allein für Speedskater zum Übungs- und Sportbetrieb bereit gestellt wurde. Die Realisierung einer nach vorwiegend leistungssportlichen Gesichtspunkten konzipierten Trainingsbahn, die angesichts der hohen Geschwindigkeiten, die beim Speedskaten erzielt werden, erhöhte Ansprüche an die Verkehrssicherung stellt, scheiterte bisher daran, dass weder eine geeignete Fläche noch ein von den beteiligten Vereinen zu entwickelndes Finanz- und Betreiberkonzept unterbreitet wurde, das insbesondere den Anforderungen an die erhöhten Sicherheitsanforderungen gerecht wurde. Die zitierte Fläche in Duisburg war seinerzeit im Zuge der Ausrichtung der Olympischen Spiele in den nichtolympischen Sportarten errichtet worden und wurde daher nicht aus den Mitteln des laufenden Etats bestritten, sondern zusätzlich finanziert.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Realisierung einer nach vorwiegend leistungssportlichen Gesichtspunkten konzipierten Trainingsbahn, die angesichts der hohen Geschwindigkeiten, die beim Speedskaten erzielt werden, erhöhte Ansprüche an die Verkehrssicherung stellt, scheiterte bisher daran, dass weder eine geeignete Fläche noch ein von den beteiligten Vereinen zu entwickelndes Finanz- und Betreiberkonzept unterbreitet wurde, das insbesondere den Anforderungen an die erhöhten Sicherheitsanforderungen gerecht wurde.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
23	6470	Sport für alle Kinder aus einkommens- schwache Familien

Vorschlagstext

Subventionierung der Nutzung von Sportangeboten -Gesundheitssport - für alle Jungen und Mädchen über den Köln - Pass fördern.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Umsetzung dieses Vorschlages wird bereits seit einigen Jahren von Politik und Verwaltung befürwortet. Die Entscheidung über die Gewährung von Vergünstigungen bei der Nutzung von Sportangeboten liegt allein bei der Satzungsautonomie der Anbieter. Bereits seit Jahrzehnten gewähren Kölner Sportvereine für Betroffene bei den Mitgliedsbeiträgen sowie bei den Eintrittspreisen zu sportlichen Veranstaltungen entsprechende Vergünstigungen.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
24	2083	DOGGING

Vorschlagstext

Das Projekt existiert bereits in drei Stadtvierteln: HöVi-Land und Rath-Heumar. Hundehalter entsorgen mit bereitgestellten Hundekottüten eventuelle Hinterlassenschaften in aufgestellten Automaten, die auch von allen Bürgern als Abfalleimer benutzt werden können. Hier wird Sport (aktive Bewegung) mit Sauberkeit von Strassen, Wege, Plätze und Grünflächen ohne grossen Kostenaufwand ideal kombiniert und macht alle Bürger nachhaltig zufrieden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Seit Mai 2007 erfolgt versuchsweise die kostenfreie Abgabe von Hundekotsammeltüten an 5 ausgewählten Standorten. Die Testphase ist auf ein Jahr angelegt. Bei erfolgreichem Abschluss ist die Möglichkeit der Finanzierung über Abfall- oder Straßenreinigungsgebühr zu prüfen. Daher zurzeit keine Beschlussempfehlung.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Seit Mai 2007 erfolgt versuchsweise die kostenfreie Abgabe von Hundekotsammeltüten an 5 ausgewählten Standorten. Die Testphase wurde auf ein Jahr angelegt. Bei erfolgreichem Abschluss ist die Möglichkeit der Finanzierung über Abfall- oder Straßenreinigungsgebühr zu prüfen. Die Testphase, die abgewartet werden sollte, wurde zwischenzeitlich erfolgreich beendet. Der Stadt Köln liegt ein umfassendes Angebot zur Reduzierung von Hundekot im öffentlichen Raum vor. Dieses Angebot muss jetzt seitens der Stadt geprüft werden.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
26	2013	Schultoiletten / Sporthallen

Vorschlagstext

Ich komme durch meine ehrenamtliche Tätigkeit als Handballtrainer in viele Sporthallen. Die sanitären Anlagen sind in einem sehr schlechten Zustand. Eigenlich werden die Kinder angehalten die Duschen nach dem Training auf zu suchen, doch sie weigern sich unter diesen Umständen sie zu betreten. Unsere Kinder sind unsere Zukunft und darin sollte mehr investiert werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Häufig sind die anzutreffenden Zustände nicht auf eine unzureichende städtische Reinigung oder auch bauliche Mängel zurückzuführen, sondern werden vielfach durch falsches oder sogar mutwilliges Nutzerverhalten herbeigeführt. Die Beseitigung der hierbei verursachten Beschädigungen binden in nicht unerheblichem Maße und unnötig Mittel, die für andere Zwecke der Bauunterhaltung wesentlich sinnvoller eingesetzt werden könnten. Unabhängig hiervon ist die Instandhaltung und Sanierung der Schulen einschließlich der Sportstätten ein Schwerpunkt in der Tätigkeit der Gebäudewirtschaft, was durch eine Reihe von Beispielen aus den letzten Jahren nachhaltig dokumentiert werden kann. Die Gebäudewirtschaft ist im Rahmen der laufenden Bauunterhaltung intensiv bemüht, gemeldete Schäden umgehend zu beheben.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird bereits entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wurde bereits teilweise umgesetzt. Für den übrigen Teil gilt folgender Sachstand: Der Rat hat mit Beschluss vom 04.03.2008 die Verwaltung beauftragt, einen Zeit-/Maßnahmenplan für die nächsten Haushaltsjahre zur Sanierung der Toilettenanlagen an Schulen und in Sporthallen zu erstellen. Hierzu hat die Verwaltung eine umfassende Erhebung des Zustandes aller Toilettenanlagen sowohl unter hygienischen als auch unter baulichen Gesichtspunkten vorgenommen und in einem Prioritätenkatalog erfasst. Sobald die Finanzierung des zu erwartenden Sanierungsaufwands von ca. 20 Mio. EUR geklärt ist, kann mit der Umsetzung des Sanierungsprogramms entsprechend der Prioritäten begonnen werden.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
28	807	Schwimmbäder in Köln mit Solarthermie Anlagen ausrüsten

Vorschlagstext

Mein Vorschlag ist das alle Kölner Schwimmbäder mit Solarthermie Anlagen ausgerüstet werden. Damit kann man langfristig Kosten Sparen und schont die Umwelt.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Aspekte des Umweltschutzes und der Energieeinsparung spielen für die KölnBäder GmbH eine übergeordnete Rolle. So ist der Einsatz von Solaranlagen für diverse Bäder bereits früher schon angedacht und geprüft worden. Die KölnBäder GmbH ist im Jahre 1998 auch unter dem Blickpunkt des steuerlichen Querverbundes (hier Blockheizkraftwerke) gegründet worden. Dieses bedeutet das Verluste der Gesellschaft steuerlich gegen Gewinne anderer Tochtergesellschaften des Stadtwerke-Konzerns aufgerechnet werden können. Die sich hieraus ergebenden steuerlichen Vorteile sind deutlich höher, als es Einsparungen im Energiesektor mit Solaranlagen wären. Zu berücksichtigen ist hier zusätzlich, dass eine entsprechende Investition ebenfalls erst finanziert werden müsste, bevor sich diese durch Energieeinsparungen amortisiert hätte. Für die geplante Generalmodernisierung des Freibades Stadion (September 2009 bis Juni 2011) wird zurzeit geprüft, ob der Einsatz von Solarenergie über Wärmepumpen möglich ist. Dieses muss sich ebenfalls wirtschaftlich darstellen lassen. Der Sportausschuss nimmt die Stellungnahme der KölnBäder GmbH zustimmend zur Kenntnis.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
29	1926	Gute Sportanlagen für Zukunft unserer Kinder

Vorschlagstext

Ich wünsche mir ein größeres Finanzvolumen für die Sanierung von vorhandenen Sporteinichtungen. Siehr man mal sich in Köln um, so ist fest zu stellen, dass viele Objekte dribgend saniert werden müssen. Tausende von Kinder werden durch die Vereine von der Straße geholt und damit sozial gefördert. Jedoch benötigen die vereine und Gruppierungen anständige Anlagen, damit sie diesen sozialen Auftrag, den die Stadt wegen des fehlenden Geldes kaum wahrnimmt, anständig arbeiten können. Deshalb Erhöhung der Sanierungsmittel für die nächsten 3 Jahre und damit für die Zukunft investiert.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag kann nur umgesetzt werden, wenn beim Sportamt zusätzlich eine Ingenieursstelle für Kostenberechnungen, Ausschreibungen und Bauleitung geschaffen wird. Hierfür müssten jährliche Personalkosten in Höhe von rd. 65.400 EUR bereitgestellt werden. Eine Finanzierung aus dem bestehenden Personalkosten-Budget scheidet aus, diese könnte nur über eine entsprechende Reduzierung von Sachkosten erfolgen.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Zusammenhang mit diesem Vorschlag wurden über den politischen Veränderungsnachweis entsprechende Mittel in den Haushaltsplan eingestellt. Die darüber hinaus geforderte zusätzliche Stelle konnte noch nicht ausgeschrieben werden, da die Beschlussfassung im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen und Finanzausschuss erneut zurück gestellt wurden. Das bedeutet, dass das Stellenbesetzungsverfahren verwaltungsseitig frühestens Mitte Dezember 2008 eingeleitet werden kann.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
32	2509	Kunstrasen statt Asche: Programm 5 X 5

Vorschlagstext

Ich kenne keine Kommune, die im Verhältnis zur Bevölkerung quantitativ und qualitativ so schlecht mit Sportplätzen versorgt ist wie Köln. Da wird zu recht beklagt, dass die Jugendlichen sich nicht mehr ausreichend bewegen. Und dann gibt es nicht genügend Trainingszeiten für die Fußballvereine und über viele Monate des Jahres artet des Kicken in Schlammschlachen aus, so der Platz überhaupt bespielbar ist. Und dann ständig die Schürfwunden von der Asche ... Im Vergleich zu den Ausgaben für Straßen, Wege, Plätze und Grünflächen sind die städtischen Ausgaben für die Sportförderung winzig. Hier könnte man mit verhältnismäßig geringen Mitteln für den Jugend- und Breitensport viel bewegen. Mein Vorschlag: Für die nächsten 5 Jahre jedes Jahr die Umwandlung von 5 Ascheplätzen in Kunstrasenplätze, die ganzjährig bespielbar sind und kaum Unterhaltungskosten verursachen. Bei geschätzten Kosten von 500.00 Euro pro Kunstrasenplatz sind dies nur 2,5 Millionen Euro im Jahr, deutlich weniger, als die hochdotierten Profis des 1. F.C. Köln nach ihrem Abstieg derzeit indirekt als Subventionen für die Stadionmiete durch die Stadt erhalten (jährlich 4 Millonen Euro).

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Trotz abweichender Voten der Bezirksvertretungen bleibt die Verwaltung bei ihrer nachfolgenden Auffassung. Um alle Anregungen im Hinblick auf die Errichtung von Kunstrasenplätzen zu bearbeiten wird empfohlen, bei Sportamt 1 Stelle gartenbautechnischer Angestellter (65.400 EUR pro Jahr) zuzusetzen und kommunale Fördermittel (je Platz kalk. 900.000 EUR) bereitzustellen, um die Prioritätenliste zügiger abzuarbeiten. Bislang stehen dafür i.d.R. Landesmittel aus der Sportpauschale zur Verfügung.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Zusammenhang mit diesem Vorschlag wurden über den politischen Veränderungsnachweis entsprechende Mittel in den Haushaltsplan eingestellt. Die darüber hinaus geforderte zusätzliche Stelle konnte noch nicht ausgeschrieben werden, da die Beschlussfassung im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen und Finanzausschuss erneut zurück gestellt wurden. Das bedeutet, dass das Stellenbesetzungsverfahren verwaltungsseitig frühestens Mitte Dezember 2008 eingeleitet werden kann.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
33	4234	Sportanlagen Groov

Vorschlagstext

In der Zündorfer Groov wurden vor vielen Jahren Sportanlagen angelegt (Tennisplätze, Radrennbahn etc.). Diese werden seit Jahren nicht mehr unterhalten und verrotten. Sinnvoll wäre, diese Anlagen für heutige Bedürfnisse zu renovieren und so dem Breitensport wieder mehr Möglichkeiten zu geben. Sicherlich fänden sich auch Vereine, die die Anlagen mit nutzen und evtl. auch pflegen würden, wenn die Stadt Köln die Verkehrssicherungspflicht etc. übernähme. Genau das ist nämlich das Problem seit vielen Jahren. Mit wenig Geld ließe sich hier viel verbessern für viele Kinder und Jugendliche.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die angesprochenen Tennisplätze wurden seinerzeit durch das Sportamt als Fläche für den öffentlich zugänglichen Sport gesichert. Zur Klärung der Eigentumsverhältnisse steht noch eine Antwort der Liegenschaftsverwaltung aus. Es steht auch zu befürchten, dass in diesem Bereich auch Kirchenland miteinbezogen ist. Darüber hinaus befindet sich dieses Gebiet im Überflutungsbereich bei Rheinhochwasser. Zudem scheiterte die Realisierung der Vorhaben daran, dass eine dauerhafte Betreuung durch einen Verein nicht sichergestellt werden konnte.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Die Angelegenheit wird derzeit durch die Verwaltung geprüft.

Umsetzungsstand

Nachdem die Eigentumsverhältnisse zwischenzeitlich geklärt werden konnten, sollen m ersten Quartal 2009 erste Gespräche mit interessierten Nutzern und Nutzergruppe wegen einer Neukonzeption zur Nutzung der Tennisplätze geführt werden.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
39	5942	Tennis für Alle

Vorschlagstext

Zwar existieren auf den Spielplätzen und Freizeitanlagen der Stadt gefühlte zweitausend (Beton-)Tischtennisplatten, jedoch nur ein - ich wiederhole: EIN einziger - Tennisplatz. Das ist völlig unzureichend, beschämend, eigentlich skandalös. Spätestens im April geht nä,lich das Schlangestehen, das Warten bis man auch mal ein paar Bälle schlagen kann, wieder los. Dass es so keine deutschen SpielerInnen mehr in die Weltspitze schaffen, ist noch eine andere Geschichte. Es geht um Breitensport, Sportmöglichkeiten vor Ort für uns alle! Deswegen wünsche ich mir ein oder zwei mehr öffentliche Tennisplätze im zentralen Köln. Ich verweise auch gerne noch auf den engagierten Vorschlag Nummer 2595 und bitte nachdrücklich um Ihre/Eure Unterstützung... Danke soweit!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Das Angebot von Tennisanlagen entspricht auf Grund der herrschenden Nachfrage mit den bestehenden städt. Tennisanlagen sowie den Vereinsanlagen dem Bedarf. Trotz der davon abweichenden Voten der Bezirksvertretungen bleibt die Verwaltung bei ihrer Auffassung. Siehe Anmerkung zu Rang 27, Vorschlagsnummer 2595.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
40	4952	Schwimmen für Jungen und Mädchen

Vorschlagstext

Sport: -Jedes Kind soll schwimmen lernen! (Auswirkungen auf Schul- und Vereinssport sowie auf Schwimmstätten) -Gezielte Förderung des Gesundheitssports für Jungen und Mädchen

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Siehe auch Vorlage Bäderkonzept für den Rat am 29.01.2008, Konzept „Schwimmen macht Schule“. Die Kosten sollen im Rahmen des Veränderungsnachweises zum Haushaltsplan 2008 im Bereich Schulträgeraufgaben zugesetzt werden. 2008: 750.000 EUR, 2009ff: 1.516.800 EUR pro Jahr. Durch Ratsbeschluss vom 13.12.2007 erledigt.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wurde umgesetzt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
42	1074	Schwimmbäder müssen günstiger werden

Vorschlagstext

Die Schwimmbäder und eigentlich alles was irgendwie mit Wasser zu tun hat, sprich auch Saunen oder Thermen sind in unserer Stadt im Vergleich zu anderen Städten unverhältnismäßig teuer. Die Schwimmbadbetreiber können die Preise aber nicht weiter senken, weil sie schon an der Existenzminimumgrenze angekommen sind. Viele Bäder mussten in den letzten Monaten schon schließen. Mein Vorschlag ist, dass die Stadt den Schwimmbädern ein wenig unter die Arme greift und die Eintrittspreise subventioniert. Dann werden die Preise günstiger, mehr Leute nutzen die Bäder wieder und die Schwimmhallen sterben nicht weiter aus....

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die KölnBäder GmbH ist über die Stadtwerke Köln als Organgesellschaft in der Spitze ein städtisches Unternehmen und es erfolgen bereits hochgradige Subventionen, so im Bereich des Schul- und Vereinsschwimmen in Höhe von pro Jahr fast 2 Millionen EUR durch die Stadt. Ziel der KölnBäder GmbH ist es den Bürgern ein flächendeckendes, attraktives und zugleich preisgünstiges Bäderangebot zur Verfügung zu stellen. Das Preis-Leistungsverhältnis der KölnBäder im Vergleich zu anderen, auch privatwirtschaftlich betriebenen Bädern, liegt im Optimum. Auch der reine Preisvergleich zeigt, dass sich die KölnBäder hier im Rahmen bewegen. In der Zeit seit der Gründung der KölnBäder GmbH (1998) bis Ende 2006 sind fast 52 EUR Millionen in die vorhandene Bäderstruktur in Köln investiert worden. Darüber hinaus sind für die Zukunft Investitionen in Höhe von ca. 70 EUR Millionen geplant (Neubau Ossendorfbad, Neubau Eis- und Schwimmstadion, Generalmodernisierungen Freibad Stadion und Zollstockbad). Eine sicherlich in der Bundesrepublik einmalige Situation, welche nur durch die Einbindung der KölnBäder GmbH unter dem Dach des Stadtwerke-Konzerns Köln möglich ist. Die Einnahmen (Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge) pro Badegast (2006 / 2.078.059 Gäste) lagen im Jahre 2006 im Durchschnitt bei 4,36 EUR. Demgegenüber stehen im Jahre 2006 Ausgaben (Materialaufwand, Personalaufwand, Kapitaldienst für Investitionen, sonstige betriebliche Aufwendungen und Steuern) pro Badegast im Durchschnitt von 9,65 EUR. Daraus ergibt sich eine Subventionierung von 5,29 EUR pro Badegast im Jahre 2006. Deutschlandweit wurde im Durchschnitt im Jahre 2005 jeder Badegast mit 9,02 EUR bezuschusst, was die erfolgreiche Arbeit der KölnBäder GmbH dokumentiert. Durch Ratsbeschluss vom 13.12.2007 erledigt.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
43	4090	Keine Schwimmbad- schließungen!

Vorschlagstext

In einer Stadt mit 1 Mio. Einwohnern gibt es in Köln viel zu wenig Möglichkeiten, schwimmen zu gehen. Die Bäder sind immer überfüllt, man versucht gezielt Zeiten zu finden, in denen die Auslastung geringer ist, aber ohne Erfolg... Wenn keine neuen Bäder eingerichtet werden können, so kann ich nur dringend darum bitten, die Anzahl der vorhandenen Bäder nicht weiter zu reduzieren und die Situation so weiter zu verschärfen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Durch Ratsbeschluss vom 13.12.2007 erledigt.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Die Offenhaltung der Bäder ist durch Ratsbeschluss vom 13.12.2007 bis 2011 sichergestellt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
44	5732	Sanieung der Turnhalle Josefstr. in Porz-Mitte

Vorschlagstext

Unsere Turnhalle wurde ca 1950 erbaut!!! und von daher dringend sanierungsbedürftig. Bei jedem großen großen Regen sind die Hallendecken undicht. Die Duschräume sind unhygienisch, verschimmelt und gesundheitsgefährdend. Duscharmaturen und -Köpfe sind verkalt und können ihren ursprüngprünglichen Zweck nicht mehr erfüllen. Desgl. die Fußwaschbecken. Die Toiletten sind durch Väkalien und Urinstein total verunreinigt und ohne die Gesundheits zu gefährden nicht mehr zu benutzen. Der Hallenboden weist seit der letzten, versuchten Reparatur starke Unebenheiten auf und führt zu Verletzungsgefahr. Die Reckstangen lassen sich seit dem nur noch mit allergrößter Kraftanstrengung aus dem Boden herausholen bzw. wieder versenken. Einige Sprossen an den Wandleitern sind lose. Auch hier besteht Verletzungsgefahr. Die Kipp-Fenster lassen sich nicht mehr öffnen. Dei Heizung, bzw. Klimaanlage läßt sich nicht regulieren und fällt zu dem auch noch häufig aus. Aber wenn sie denn funktioniert, macht sie so starke Geräusche, das die Anweisungen der Übungsleiter kaum zu verstehen sind. u.s.w. - u.s.w. Um den, für dieses Stadtgebiet, dringend erforderlichen Turnbetrieb aufrecht erhalten zu können, ist eine Sanierung, oder besser noch, eine Erneuerung unserer Turnhalle (siehe weiteren Vorschlag "Erneuerung der Turnhalle Porz, Josefstr.") unumgänglich.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Kosten können erst nach Abschluss der Voruntersuchung benannt werden, da der Turnhallenneubau im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Neubau der Grundschule Hauptstraße steht, siehe auch Rang 46, Vorschlagsnummer 5734. Zur Zeit prüft die Gebäudewirtschaft im Auftrage des Schulverwaltungsamtes durch eine Voruntersuchung die Realisierungsmöglichkeiten für eine Generalinstandsetzung bzw. alternativ für einen Neubau der Grundschule Hauptstraße in Porz-Mitte einschließlich eines Neubaus der dazugehörenden Turnhalle Josefstraße Mit einem Ergebnis ist voraussichtlich im 1. Quartal 2008 zu rechnen. Unabhängig hiervon ist die vorhandene Turnhalle durchaus funktionsfähig, wobei die Gebäudewirtschaft sich intensiv bemüht, auftretende Mängel umgehend beheben zu lassen.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Voruntersuchung für den Neubau der Grundschule Hauptstraße einschließlich Turnhalle (Josefstr.) ist abgeschlossen. Entsprechend der angestellten Wirtschaftlichkeitsbetrachtung wird einem Neubau der Grundschule Vorrang gegenüber einer Generalinstandsetzung eingeräumt. Dieses Projekt ist Bestandteil des zur Zeit im Beschlussverfahren befindlichen Entwicklungskonzeptes Porz-Mitte, über das der Rat voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2009 beschließen wird.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
45	3364	Subventions- abbau

Vorschlagstext

Sofortiger Stopp der offenen und verdeckten Subventionen für proffessionelle Sportvereine (Vereine, die als Wirtschaftsbetrieb geführt werden, z.B. Kölner Haie, 1. FC Köln) und Umleitung der eingesparten Beträge in die Breitensportförderung.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Aus Sportfördermitteln erfolgen keine Subventionen professioneller Sportvereine. Siehe auch Bemerkung zu Rang 3, Vorschlagsnummer 4149.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
46	5734	Erneuerung der Turnhalle Porz-Mitte, Josefstr.

Vorschlagstext

Hiermit beantragen wir den schon längst überfälligen Erweiterungsbau unserer vorhandenen Turnhalle bzw. den Neubau einer Mehrfach-Turnhalle in Porz-Mitte. Begründung: Das von der Politik ins Leben gerufene Konzept zur Betreuung der Kinder in der OGTS ist sicherlich zu begrüßen und für unsere gesellschaftliche Entwicklung eine gute Sache. Aber durch die hierdurch eingerichtete Übermittagsbetreuung in der OGTS, ebenfalls mit Turnen und Sport, wurden zwangsläufig unsere Hallenbelegungszeiten ab 15:00 Uhr rapide gekürzt. Wir als Verein, können bei dem wichtigen und großen Klientel "Mutter+Kind"-Turnen (2-4 Jahre), das gesamte Kleinkinderturnen (4-6 Jahre) sowie die Seniorenbetreuung mit Gymnastik+Tanz, Nachmittags ab 15,00 Uhr in unserer Halle nicht mehr anbieten. Wir liegen mitten in einem sozialen Brennpunktgebiet und nehmen unsere Aufgabe, die Kunder und Jugendlichen von der Straße in den Verein zu holen sehr ernst. Um gute, effiziente und präventive Jugendarbeit leisten zu könnenm, aber auch gleichzeitig nicht mit der OGTS zu kollidieren, ist es zwingend erforderlich, über eine geeignete Halle verfügen zu können, d.h. die Einrichtung einer zumindest Zwei-Fach-Turnhalle in Porz-Mitte ist unumgänglich. Zudem könnten wir als Verein unsere aktuellen Angeboten dem Wunsch vieler unserer jugendlichen Mitglieder nachkommen und noch zusätzliche Trendsportarten anbieten: wie Volleyball, Handball, Squash und Aerobic. Deshalb unsere Bitte an alle Entscheidungsträger, uns bei dem dringend erforderlichen, geordneten Miteinander zwischen Vereinssport und Schulsport durch den Neubau einer, zumindest, Zwei-Fach-Turnhalle zu berücksichtigen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Kosten können erst nach Abschluss der Voruntersuchung benannt werden, da der Turnhallenneubau im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Neubau der Grundschule Hauptstraße steht, siehe auch Vorschlag Nr. 44, Vorschlagsnummer 5732. Zur Zeit prüft die Gebäudewirtschaft im Auftrage des Schulverwaltungsamtes durch eine Voruntersuchung die Realisierungsmöglichkeiten für eine Generalinstandsetzung bzw. alternativ für einen Neubau der Grundschule Hauptstraße in Porz-Mitte einschließlich eines Neubaus der dazugehörenden Turnhalle Josefstraße Mit einem Ergebnis ist voraussichtlich im 1. Quartal 2008 zu rechnen. Unabhängig hiervon ist die vorhandene Turnhalle durchaus funktionsfähig, wobei die Gebäudewirtschaft sich intensiv bemüht, auftretende Mängel umgehend beheben zu lassen.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Voruntersuchung für den Neubau der Grundschule Hauptstraße einschließlich Turnhalle (Josefstr.) ist abgeschlossen. Entsprechend der angestellten Wirtschaftlichkeitsbetrachtung wird einem Neubau der Grundschule Vorrang gegenüber einer Generalinstandsetzung eingeräumt. Dieses Projekt ist Bestandteil des zur Zeit im Beschlussverfahren befindlichen Entwicklungskonzeptes Porz-Mitte, über das der Rat voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2009 beschließen wird.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
47	2631	Nutzung von Turnhallen in den Ferien

Vorschlagstext

Die Nutzung von Turnhallen in den Ferien ist sinnvoll, weil sie für wenig Geld dem Bürger die Möglichkeit gibt, etwas für die Gesundheit zu tun. Es ist Verschwendung, wenn die Turnhallen in drei Monaten des Jahres ungenutzt bleiben, nur weil es einen Ausgleich für den Hausmeister kostet. Man kann durch Bürgerbeteiligung auch kostenneutrale Lösungen finden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Nutzung von Turn- und Sporthallen in den Ferien ist grundsätzlich gegeben.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
48	4549	Eislauffläche für Köln

Vorschlagstext

Seit der Schließung des Eisstadions an der Lentstraße gibt es keine Eislauffläche mehr in Köln. abgesehen von einem kalten Winter und den zugefrorenen Seen und der kleinen Bahn am Weihnachtsmarkt. Die Bäder GmbH und die Stadt Köln weigern sich aus Kostengründen in Köln eine Eislauffläche zu errichten. Dabei bietet sich doch der Müngersdorfer Sportpark entweder mit dem Radstadion oder dem Freibadgelände an. Dort ist eine gute Infrastruktur, schnelle erreichbarkeit vorhanden. Die Kosten sollen sich auf 90.000 Euro belaufen. Selbst wenn das Eisstadion wieder in betrieb ist- der Bedarf nach einer zweiten Fläche ist da. Eiskusntlaufen ist wunderschön!

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die KölnBäder GmbH bedauert, dass bis zur Neueröffnung des Eis- und Schwimmstadions Eislaufen in Köln nur eingeschränkt möglich ist. Alle Alternativen wurden überprüft und es ergaben sich für die Überbrückungszeit Investitionen von mindestens 250.000 EUR plus Betriebskosten, was sich wirtschaftlich nicht darstellen lässt. Auch Kooperationen z.B. mit dem Betreiber der Eislauffläche am Heumarkt wurden geprüft. Für den Schul- und Vereinsport konnten jedoch Kooperationen mit der Eishalle in Bergisch Gladbach sowie mit dem KEC (Kleine Arena, Gummersbacher Straße) eingegangen werden. Sowohl in Bergisch Gladbach (täglich), als auch in der „Kleinen Arena“ (Sonntags von 15:00 bis 17:30 Uhr), ist öffentliches Eislaufen möglich. Wie in der Presse dargestellt, laufen die Planungen für ein neues Eis- und Schwimmstadion an der Lenastraße auf Hochtouren. Aus einem Wettbewerb ist das Konzept der Braunschweiger Schlitz Architekten und Technologie GmbH hervorgegangen. Hier ist eine spektakuläre und in Deutschland bislang einmalige Zusammenfassung von Eisstadion und Hallenbad unter einem Dach entwickelt worden. Um die 60 mal 30 Meter große Eisfläche und ein 25-Meter-Schwimmbecken führt eine Eishochbahn, von der aus durch eine Glasfassade das Eisstadion und das Schwimmbad eingesehen werden kann. Hier wird die KölnBäder GmbH eine Investition von 20,4 EUR Millionen tätigen, auch damit es Eislaufen in Köln in Zukunft in einer neuen Dimension geben wird.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
49	1512	Jugend + Sport-Freizeit

Vorschlagstext

Ich finde den Jugendlichen sollte mehr Freiraum zur sportlichen Betätigung im Freien zur Verfügung stehen. Dafür könnte man die Nutzung von Schulhöfen - auch am Wochenende und in den Ferien - generell gestatten. Mit einem Teil des Haushaltes könnten zusätzlichTischtennisplatten, Basketballkörbe etc. angeschafft und/oder notwendige Grundstücksbegrenzungen (höhere Zäune) erneuert werden. Auch die Anlegung von Mehrzweckplätzen wäre sinnvoll. Jugendliche brauchen dringend solche Plätze um sich zu treffen und zu bewegen. Dies würde vielleicht auch das Sozialverhalten fördern und Kriminalität oder Alkoholkonsum abbauen. Durch kostenlose Nutzung solcher angelegten Plätze - nicht nur in sozialen Brennpunkten - kann eine sinnvolle Freizeitgestaltung stattfinden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Wegen der Verkehrssicherheitspflicht muss jemand die Schulhöfe auf- und abschließen, die Arbeitszeiten der Hausmeister geben dies derzeit nicht her. Für die Freigabe von Schulhöfen in den außerschulischen Zeiten sind die Bürgerämter bzw. Bezirksvertretungen zuständig.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
51	1763	Bolzplätze

Vorschlagstext

Es wäre schön wenn es in Köln mehr Bolzplätze für unsere Kinder geben würde.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Grundsätzlich fehlen in jedem Stadtteil ausreichend Spiel- und Bolzplätze für Kinder und Jugendliche. Die vorhandenen Bolzplätze sind z. T. in einem sehr schlechten Zustand, da sie aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht instand gehalten bzw. gesetzt werden können. Zur Ermittlung der anfallenden Kosten muss im Einzelnen die Möglichkeit der Gestaltung vor Ort geprüft werden, welche Elemente installiert werden können. Eine Quantifizierung der Kosten ist daher derzeit noch nicht möglich. s. auch Rang 5, Vorschlagsnummer 5495.

Ausschuss	Bezirk
JHA	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Zur Zeit werden geeignete Flächen gesucht

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
52	3175	Gender Mainstreaming im Sport

Vorschlagstext

Von der Bundeszentrale für politische Bildung gibt es eine CD zur Geschichte des Frauenfußballs in Deutschland: Verlacht, verboten und gefeiert. Und in der Schweiz ergab eine Studie, dass trotz aller Anstrengungen, die staatliche Sportförderung auch Frauen zugute kommen zu lassen, das große Geld noch immer den Männern in die Taschen fällt. Wie ist das in Köln? Gibt es Untersuchungen oder wenigstens Statistiken? Wissen die Sportvereine überhaupt, wer welchen Sport betreibt und was die Stadt dafür bezahlt? Ich schlage vor, dass die städtische Sportförderung mit der Auflage versehen wird, die Verwendung des Gelds nach Geschlechtern aufzuschlüsseln (Frauen und Männer, Jungen und Mädchen, Sportart).

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In Köln gibt es keine Aufzeichnungen, die erkenntlich machen, welche Förderungen Frauen und Männern zuteil werden. Hier wären insbesondere die Vereine einzubeziehen. Ergänzend kann die Verwaltung mitteilen, dass eine Erhebung von Vereinsmitgliedern, getrennt nach Geschlechtern, durch die Vereine gegenüber dem LSB erfolgt und dokumentiert wird.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wurde zur Kenntnis genommen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
53	2534	Marode Sportplätze, Ehrentamtler werden hier nicht enst genommen

Vorschlagstext

Ehrenamt, etwas was man in Köln ja wohl ganz groß schreibt, aber zwischen Schreiben und Tun liegt ein langer Weg. In den Sportvereinen basiert alles auf dem Ehrenamt, aber wenn wir mit den maroden Platzanlagen, wie z.B. der des SC Holweide so alleine gelassen werden, dann fühle ich mich als Ehrenamtler veräppelt. Wir bemühen uns Kinder vom Sofa weg zu holen, ihnen den Sport schmackhaft zu machen und ihnen ein schönes Umfeld zu geben, in welches sie gerne zum Sport kommen, wie aber wenn die Verletzungsgefahr größer ist als der Nutzen des Sports. Die alten Laufumrandungen unseres Platzes stehen so ab, so dass die Kinder dazu verleitet werden daran zu ziehen, mal ganz abgesehen von der Sturzgefahr. Das Training muss abgesagt werden weil der Platz ja laut Gutachtern der Stadt, 4-6 Stunden braucht bis das stehende Wasser des Regens abläuft. Sollen die Kinder vielleicht so lange warten??? Den der das selber überprüft hat möchte ich gerne kennen lernen. Je nach Regenmenge dauert es bis zu 24 Stunden und länger, manchmal auch Tage. Die Trainage ist durch die zuviel aufgeschüttete Erde so zu das auch nach 4-6 Stunden die Laufbahn nicht frei ist. Was dann besonders schwer ist, besonders bei den ganz Kleinen Spielern, sie vom Wasser fern zu halten. Wir sind ein Fußballverein und kein Schwimmverein, folglich wollen wir etwas anders trainieren, oft verbringen wir aber unnütze Zeit um die Kinder vor Gefahren abzuwenden, als mit dem wirklichen Training. Dies sind nur einige der Missstände auf unserem Fußballplatz, sauber halten wir ihn auch schon ehrenamtlich, da Vereinsfremde uns am Wochenende immer den gesamten Platz zumüllen sowie unsere Tore mutwillig beschädigen. Eine Aufzählung die sicher so schnell nicht zu Ende wäre wenn ich alles aufzählen würde. Es ist wirklich nötig an den Sportplätzen etwas zu tun, hier trainieren und spielen schließlich unsere Kinder, die Zukunft. Wenn hier richtig investiert wird und man nicht alles verkommen lässt, kann man in der Zukunft sparen. U.Wildschütz

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Um alle Anregungen im Hinblick auf die Errichtung von Kunstrasenplätzen zu bearbeiten wird empfohlen, bei m Sportamt 1 Stelle gartenbautechnischer Angestellter (65.400 EUR pro Jahr) zuzusetzen und kommunale Fördermittel (je Platz kalk. 900.000 EUR) bereitzustellen, um die Prioritätenliste zügiger abzuarbeiten. Bislang stehen dafür i.d.R. Landesmittel aus der Sportpauschale zur Verfügung. im Übrigen steht die Sportanlage nicht unter den ersten 20 Sportanlagen der Prioritätenliste.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Im Zusammenhang mit diesem Vorschlag wurden über den politischen Veränderungsnachweis entsprechende Mittel in den Haushaltsplan eingestellt. Die darüber hinaus geforderte zusätzliche Stelle konnte noch nicht ausgeschrieben werden, da die Beschlussfassung im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen und Finanzausschuss erneut zurück gestellt wurden. Das bedeutet, dass das Stellenbesetzungsverfahren verwaltungsseitig frühestens Mitte Dezember 2008 eingeleitet werden kann.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
55	5380	Gezielte Sportförderung für Mädchen und Jungen

Vorschlagstext

Damit eine gezielte und auch gerechte Sportförderung für Mädchen und Jungen/Frauen und Männer erfolgen kann sollten die Vereine der Stadt Köln offen legen, wie sich die Mitgliederzahlen auf die Geschlechter verteilt. Zur Gesundheitsförderung sollte hinterfragt werden, welche Angebote für Mädchen und Jungen interessant sind. Die Summe der Sportförderung könnte davon abhängig gemacht werden, wie sich die Vereine für beide Geschlechter einsetzen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In Köln gibt es keine Aufzeichnungen, die erkenntlich machen, welche Förderungen Frauen und Männern zuteil werden. Hier wären insbesondere die Vereine einzubeziehen. Ergänzend kann die Verwaltung mitteilen, dass eine Erhebung von Vereinsmitgliedern, getrennt nach Geschlechtern, durch die Vereine gegenüber dem LSB erfolgt und dokumentiert wird.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wurde zur Kenntnis genommen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
56	3943	Turnhallen- sanierung Grundschule Porz-Eil

Vorschlagstext

Wir trainieren seit vielen Jahren in der Turnhalle Schulstr. in Eil. Der Zustand hat sich innerlich wie äußerlich in den letzten jahren erheblich verschlechtert, es regnet bereit bei geringen Niederschlägen in die Halle. Die hygienischen Verhältnisse in Toiletten und Duschen entsprechen schon lange nicht mehr normalen Ansprüchen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Ca. 50.000 EUR für die Sanierung von Duschen und Toiletten sind im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft für 2008 vorgesehen, die Kosten der Dachsanierung sind vorläufig geschätzt mit ca. 140.000 EUR. Für 2008 ist eine umfassende Sanierung des Sanitärbereichs (Duschen, Toiletten) vorgesehen. Ferner wird eine Komplettsanierung des Turnhallendaches geplant, mit deren Ausführung voraussichtlich jedoch erst in 2009 zu rechnen ist. Zwischenzeitlich auftretende Mängel werden jedoch kurzfristig beseitigt.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Sanierung der Sanitärräume in der Turnhalle muss aus Kapazitätsgründen auf 2009 verschoben werden. Außerdem ist eine Dachsanierung sowohl des Schulgebäudes als auch der Turnhalle geplant. Die Vorbereitungen für eine Bauausführung ab Sommer/Herbst 2009 einschließlich der Abstimmung der Bauabläufe werden derzeit getroffen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
57	1001	Boulplatz in Porz-Zündorf (Groov)

Vorschlagstext

An der Groov in Porz-Zündorf gab es bis zu den Umbaumaßnahmen bzgl. Hochwasserschutz neben den Groov-Terassen Boul-Plätze. Diese wurden durch die Baumaßnahmen "zerstört" und nicht wieder hergestellt. Da dieser Freizeitsport sich immer größer Beliebtheit erfreut, und eine solche Einrichtung in Zündorf im Naherholungsgebiet nun fehlt, sollten wieder Boulplätze eingerichtet werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Anlage eines BoulePlatzes wäre möglich. Finanzmittel sind bisher keine veranschlagt.

Ausschuss	Bezirk
UGG	Porz

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Umsetzungsstand

Für die Anlage eines Boule-Platzes wurden Kosten in Höhe von 5.800 EUR ermittelt. Es ist vorgesehen, die Freigabe der Mittel durch den Finanzausschuss in seiner Sitzung am 09.02.2009 beschließen zu lassen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
58	3137	Sauberkeit und Instandhaltung in Kölns Sporthallen

Vorschlagstext

Als Übungsleiter muss ich auf den Zustand der Sporthallen in Köln aufmerksam machen. Die Hallen sind extrem dreckig, vielfach verfallen und schlecht betreut. Die Betreuung der Sporthallen ist für eine "Sportstadt Köln" nicht akzeptabel.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Sporthallen sind grundsätzlich in der täglichen Reinigung. Sporthallen werden in der Regel abends bzw. morgens gereinigt, so dass für den Schulunterricht die Hallen in einem entsprechend sauberen Reinigungszustand sind.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
59	1087	Beleuchtung von Laufstrecken / Grünflächen grundsätzlich

Vorschlagstext

Es ist ab Oktober für alle Arbeitnehmer mit relativ normalen Arbeitszeiten nicht möglich, sich draußen sportlich zu betätigen, ohne dabei "im Dunkeln" zu stehen, aufgrund fehlender Beleuchtung. Ein sportlicher Ausgleich an der frischen Luft für den Arbeitstag ist für jeden wichtig (und nein, eine Halle ist nicht dasselbe!) und sollte vielleicht auch denjenigen, die einen nicht unerheblichen Anteil der Steuern zahlen und deshalb nicht nachmittags um drei laufen gehen können, ermöglicht werden. Optimal wäre eine solche Beleuchtung nicht nur über Sparbirnen, sondern über Zellen, die sich mittels Sonnenenergie wieder aufladen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Wunsch nach Errichtung einer beleuchteten Laufstrecke wird auch von der Sportfachverwaltung anerkannt, zumal sich Köln durch eine hohe Akzeptanz des Lauf- und Joggingsports quer durch alle Bevölkerungskreise und Altersklassen auszeichnet. Aus der Sicht der Sportfachverwaltung ist es erforderlich, unter Beteiligung der Grünverwaltung und der Stadtplanung sowie potenzieller Wirtschaftspartner ein ökologisches und unter Berücksichtigung neuester energiewirtschaftlicher Gesichtspunkte gesamtstädtisches Konzept für eine links- und rechtsrheinische beleuchtete Laufstrecke zu entwickeln. Dafür sollten als erster Schritt Planungsmittel in Höhe von zunächst 25.000 EUR pro Strecke bereitgestellt werden, um die grundsätzliche Machbarkeit und Umsetzbarkeit prüfen zu können. Diese Planungsmittel werden zusätzlich benötigt.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Zwischenzeitlich hat ein erstes verwaltungsinternes Abstimmungsgespräch zwischen den städtischen Dienststellen zur Konzeptionierung/Suche nach rechtsrheinischen und linksrheinischen Laufstrecken statt gefunden.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
60	3712	Gender Mainstreaming

Vorschlagstext

Gender - Fragen sind auch bei Beteiligung von Sportveranstaltungen zu berücksichtigen

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag kann als Empfehlung an die Sportverwaltung weitergeleitet werden.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wurde umgesetzt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
61	1876	Mitternachts- sport für Jugendliche

Vorschlagstext

M.E. sollten Mittel dafür bereitgestellt werden, dass Übungsleiter an Wochenenden ab 22 Uhr mit Jugendlichen Sport (z.B. Fußball, Basketball, Streetball) treiben. Die Sporthallen/Bolzplätze sind in dieser Zeit größtenteils frei und die Jugendlichen wären von der Straße. Außerdem - wer sich beim Sport ausgepowert hat, hat eine Kraft mehr für Blödsinn und hat sich obendrein seinen "Kick" bereits geholt.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Im Haushaltsplan 2008ff sind Fördermittel in Höhe von insg. 79.200 EUR für die Einrichtung von je einem Angebot in jedem Stadtbezirk veranschlagt.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
64	3483	Bau einer Minigolfanlage

Vorschlagstext

Ich schlage vor in einem Naherholungsgebiet eine Minigolfanlage neu zu Bauen. Zum einen hat es die Stadt Leverkusen Vorgemacht. Es wurden 2 neue Arbeitsplätze geschaffen. zum anderen gibt es im Kölner Westen nur eine Private Anlage welche mittlerweile in einen sschlechten Zustand sich befindete. Die Anlage könne durchaus durch den 1.MGC Köln betrieben werden. Ferner würden mehreren 1000 kölnern eine neue freizeitaktivität geboten. Und die Stadt Köln würde obendrein noch Geld verdienen. Mit freundlichen Grüßen Harald Schönherr

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Sportverwaltung kann nicht mit öffentlichen Mitteln eine Minigolfanlage errichten, deren Betrieb womöglich weitere Kosten verursacht. Der Verein 1. MGC Köln ist darüber unterrichtet, dass er bei eigenem Engagement kommunale Fördermittel bekommen kann. Die Verwaltung hält diese Auffassung trotz abweichender Voten der Bezirksvertretungen weiterhin für richtig.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
65	2954	Trimmdich Pfad

Vorschlagstext

In Zeiten einer immer unsportlicher werdenden Gesellschaft halte ich es für sinnvoll eine preisgünstige und abwechslungsreiche Alternative zu typischen Fitnesscentern zu schaffen.... den Trimmdichpfad. Solche Pfade wären ideal im Stadtwald angelegt und würden ein Fitnesstraining abwechslungsreicher und populärer gestalten. Weiterhin könnten solche Pfade von Firmen gesponsert werden, welche im Gegenzug den Pfad benennen dürfen und somit DEZENT für sich werben können. (Z.B. wäre ein Hersteller von Sportgeräten sicherlich interessiert solch einen Pfad mit zu finanzieren) Danke für ihre Aufmerksamkeit

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Trimm-Dich-Bewegung ist bundesweit aus der Mode gekommen. Zunehmender Vandalismus an den Anlagen hat sicherlich mit dazu beigetragen. Trotz der abweichenden Voten der Bezirksvertretungen kann daher aus sportfachlicher Sicht diese Maßnahme nicht uneingeschränkt unterstützt werden.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
69	5419	Männer und Gesundheits- sport

Vorschlagstext

Der Deutsche Sportbund empfiehlt Gender Mainstreaming im Sport, um z.B. mehr Männer für den Gesundheitssport zu gewinnen. Unterstützt Köln diese Forderung, und wie schlägt sich die Unterstützung in den Angeboten von Bildungseinrichtungen und Sportvereinen nieder? Ich schlage vor, zu den Bereichen Leistungs-, Breiten- und Gesundheitssport Daten zu sammeln, die erkennen lassen, welche Bevölkerungsgruppen von den vielfältigen Kölner Sportangeboten Gebrauch machen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In Köln gibt es keine Aufzeichnungen, die erkenntlich machen, welche Förderungen Frauen und Männern zuteil werden. Hier wären insbesondere die Vereine einzubeziehen. Ergänzend kann die Verwaltung mitteilen, dass eine Erhebung von Vereinsmitgliedern, getrennt nach Geschlechtern, durch die Vereine gegenüber dem LSB erfolgt und dokumentiert wird.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wurde zur Kenntnis genommen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
70	2086	Sportstätten renovieren, sanieren, ausbauen

Vorschlagstext

Viele Sportstätten in Köln sind in einem bedauernswerten, unmodernen und teilweise hygienisch bedenklichen Zustand (z.B. Schulsporthallen, Aussenanlagen etc.). Insbesondere die von vielen Schulen und Vereinen genutzten Sporthallen sollten Jugendlichen und Kindern doch Lust auf Sport machen. Also: Ein Teil des Haushalts sollte für die dringend erforderliche Renovierung und Sanierung der (Schul-)Sportstätten ausgegeben werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Jährlich werden für Sanierungen von Außensportanlagen der Sportverwaltung zusätzlich 900.000 EUR zur Verfügung gestellt. Ebenso besteht ein Sonderprogramm für Schulsportstätten. Die Mittel stehen im Haushaltsplan bereit.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
72	1108	Schulsportanlagen wieder in Ordnung bringen

Vorschlagstext

Fast an allen Kölner Schulen, die Außensportanlagen haben, findet keine Pflege und Unterhaltung mehr statt. Die Anlagen müssten wieder instand gesetzt werden, damit in der schönen Jahreszeit auch Sport an der frischen luft stattfinden kann.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Nach Abschluss des verwaltungsinternen Abstimmungsprozesses kann das Sportamt die Pflege und Unterhaltung der Schulaußensportanlagen übernehmen. Die Zusetzung entsprechender Mittel gem. eines vorliegenden Konzeptes für den Stellenplan-Veränderungsnachweis zum Haushaltsplan 2008 ist vorgesehen. Bislang (Stand 01.03.) sind hierfür noch keine Mittel vorhanden.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Nach Abschluss des verwaltungsinternen Abstimmungsprozesses kann das Sportamt die Pflege und Unterhaltung der Schulaußensportanlagen übernehmen. Bislang sind hierfür noch keine Mittel vorhanden.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
77	2400	Joggingstrecke auf Naturboden am Rhein entlang

Vorschlagstext

Vom Niehler Hafen ab bis zur Zoobrücke (und natürlich auch noch weiter) gibt es eine ganz tolle Joggingstrecke, welche täglich von sehr vielen Joggern, aber auch Fußgängern und anderen Sportlern genutzt wird. Leider gibt es nur einen gepflasterten Weg und einen ganz schmalen Trampelpfad. Da das Laufen auf einem weichen Untergrund wesentlich gesünder und angenehmer ist, weichen viele Läufer auf den Trampelpfad aus. Allerdings ist der Trampelpfad zum Joggen ehr ungeeignet, da der Pfad durch Wurzeln u. ä. sehr holperig ist und somit eine hohe Verletzungsgefahr besteht er sehr schmal ist und dadurch Jogger, Walker und Hunde nicht ungehindert aneinander vorbei laufen können. Beim Ausweichen in die unübersichtliche Wiese besteht ebenfalls eine Verletzungsgefahr. Da das Laufen auf hartem Boden für die Gelenke, Knochen und Bänder nicht schonend ist, wäre es toll, wenn neben dem Asphaltweg eine Laufstrecke aus Naturboden erstellt werden würde. Hierdurch könnte die Gesundheit der Kölner Sportler um einiges gefördert und vielleicht sogar der "eine oder andere" überhaupt erst zum Laufen angeregt werden.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Trotz der abweichender Voten der Bezirksvertretungen gibt es aus sportfachlicher Sicht keine grundsätzliche Bedenken gegen Laufen auf asphaltierten Unterböden, da die Sportartikelindustrie Laufschuhe mit hervorragenden Dämpfungseigenschaften in nahezu jedem Preissegment vorhält und damit durch entsprechende Ausrüstung eine gezielte individuelle Prävention betrieben werden kann. Auch gegen gelegentliches Laufen auf unterschiedlichen unebenen Belägen (Wiesen, Waldboden mit und ohne Wurzeln etc.) bestehen aus trainingswissenschaftlicher Sicht keine Bedenken, da jede Änderung des Untergrundes einen neuen Trainingsreiz darstellt und damit eine Erweiterung des mentalen (erhöhte Aufmerksamkeitsschulung!) und physiologischen Trainingszustandes erreicht wird.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
80	2986	Solaranlagen für Sportvereine

Vorschlagstext

Die Stadt Köln soll ein Programm zur Installation solarthermischen Anlagen und Photovoltaikanlagen auf Vereinsheimen von Sportvereinen auflegen. Nach dem Sport wird häufig geduscht, daher ist der Warmwasserverbrauch hoch. Hier lohnen sich Solaranlagen zur Warmwasserbereitung. Wenn die Dachflächen der Vereinsheime groß genug sind, können zusätzlich Photovoltaik-Anlagen gebaut werden. Diese spielen ihre Investitionskosten mit der Zeit wieder ein, so dass sie den städtischen Haushalt nicht belasten. Nach einer Anfangsinvestition werden langfristig Kosten gespart. Daher ist dies ein Sparvorschlag

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag kann an die Fachverwaltung mit dem Ziel der Prüfung und dem Vorschlag eines Handlungskonzeptes gegeben werden.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Die Verwaltung wurde mit der Prüfung der Angelegenheit beauftragt.

Umsetzungsstand

In der Angelegenheit ist ein erstes Abstimmungsgespräch zwischen der Sportverwaltung und der Gebäudewirtschaft zu terminieren.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
81	3440	Sport für Kinder und Jugendliche

Vorschlagstext

Der Kinder- und Jugendsport in Köln sollte massiv gefördert werden. In unserer Spielstation-Welt von transportierbar bis zu größeren Boxen, bewegen unsere Kinder und Jugendliche mehr ihren Daumen als den Rest ihres Körpers. Die Angebote sind zwar vielfältig, aber nicht ausreichend. So werden die Hallenzeiten gekürzt, wegen dem Platzbedarf der Ganztagsschulen. Ebenso ist die Anzahl der Übungsleiter und Trainer nicht allzu üppig. Es sollte eine fest Kommission, bestehend aus Vertretern der Stadt und der Vereine, ständig überwachen, wo es richtig und wichtig ist Sportangebote zu installieren, auszubauen oder zu festigen. Auch Werbung in den Schulen und Kindergärten sollten den Sportunterricht ergänzen, in dem erfahrene Übungsleiter Probestunden als Sportunterricht, natürlich zusammen mit dem Lehrer, anbieten. So erhalten die Kinder Infos über das Sportangebot und entwicklen vielleicht eher den Ehrgeiz sich in einem Verein bzw. einer Mannschaft sportlich zu betätigen, als mit dem Daumen in einer vituellen Welt. Sporthallen, Sportplätze aber mit einem professionellen Hintergrund könnten helfen. Es gibt leider zu wenig Trainingszeit in den Hallen. Die Zeiten sind mit dem bisherigen Platzangebot nicht zu erweitern. Multifunktionshallen könnten da helfen. Ich selbst bin Übungsleiter und trainiere Jungen im Alter von 9 bis 13 Jahre. Die Arbeit macht den Kindern und auch mir viel Spass. In Verbindung mit den Eltern ist eine tolle Gemeinschaft entstanden. Um mit den Jungs zu trainieren, bin ich gezwungen in 2 verschiedenen Hallen zu gehen. Eine davon habe ich ausserdem auch nur zur Hälfte. Meine Mannschaft umfasst 22! Kinder. Ich möchte für die Menge an bewegungswilligen Kindern mehr Platzund Zeit. Ich glaube, dass ich stellvertretend für die meisten Vereine in Köln hier geschrieben habe.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Kinder und Jugendliche als Sportvereinsmitglieder wurden und werden von der Stadt Köln zweckgebunden gefördert, in 2007 mit 8,50 EUR pro Person (483.000,- EUR). In Köln wird über den städtischen Haushalt die Anschaffung sogenannter „Sportgelegenheiten“, z. B. Tischtennis-Platten oder Basketballkörbe auf Spiel-, Bolz- und anderen Freiflächen, bezuschusst (8.000,- + 5.000,- EUR). Eine ähnliche Bezuschussung gibt es für sport- und bewegungsbezogene Projekte, wie z. B. Mitternachtssport (12.400,- EUR+ 67.500,- EUR). Die Hallenzeiten, die für die „Offene Ganztagsschulen“ genutzt werden, gehen dem Sport nicht verloren, sondern werden lediglich „anders“ genutzt, nämlich für Sportangebote im „Offenen Ganztag“. Sportvereine sind selbständig, haben eine eigene Satzung und sind freiwillig Mitglied einer Sportselbstverwaltung, in Köln des StadtSportBundes Köln e. V., und können und werden weder von der Kommune noch von anderen „überwacht“. Vereinsangebote werden auf freiwilliger Basis dort geschaffen, wo der Bedarf besteht und entsprechende Sportstätten und Trainer zur Verfügung stehen. Es existieren in Köln zahlreiche Arbeitsgemeinschaften ‚Sport an Schulen’, die aus Landesmitteln bezuschusst werden und auch von Vereinstrainern geleitet werden (können). Darüber hinaus sind in den zurückliegenden 2-3 Jahren einige Kooperationen von Schulen und Sportvereinen offiziell geschlossen worden, neben anderen bereits bestehenden ungebundenen Kooperationen.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
82	2225	Bladenight für Köln

Vorschlagstext

Im Gegensatz zu anderen Großstädten (München, Berlin, Stuttgart, selbst D'dorf) hat Köln noch immer keine Bladenight oder etwas vergleichbares. Inlineskaten ist aktuell DER Breitensport überhaupt, und mit einem solchen Angebot könnte man auch zahlreiche Sportler aus dem Umland anziehen. Natürlich müssten dafür diverse Straßen und Wege in einen besseren Zustand versetzt werden...

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Durchführung einer Bladenight scheiterte bisher daran, dass kein Ausrichter gefunden werden konnte, der die Auflagen der Polizei und der Ordnungsbehörde an die in Köln üblichen Standards für Veranstaltungen auf öffentlichem Straßenland erfüllen konnte. Insbesondere vertritt die Kölner Polizei die Auffassung, dass vorhersehbare Straßensperrungen durch feste, d.h. nicht temporäres und nicht mobiles Sperrmaterial gewährleistet sein muss, was die Veranstalter zu einem hohem finanziellen Investment zwingt, für das in der Regel keine ReInvestitionsmöglichkeiten besteht.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
83	6267	Gender Mainstreaming

Vorschlagstext

alle haushaltsrelevanten Entscheidungen in den für den Bürgerhaushalt genannten Bereiche sollen geschlechtergerecht gefällt werden. Zum "Gender Budgeting" gibt es schon Kommunen, die sich damit auseinandersetzen und in Europa sogar welche, die es umsetzen, wenn auch erst teilweise.Es wäre ein Schritt in die richtige zukunftsprägende Richtung,es im Kölner Bürgerhaushalt, hier besonders beim "Sport" umfassend zum Tragen zu bringen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In Köln gibt es keine Aufzeichnungen, die erkenntlich machen, welche Förderungen Frauen und Männern zuteil werden. Hier wären insbesondere die Vereine einzubeziehen. Ergänzend kann die Verwaltung mitteilen, dass eine Erhebung von Vereinsmitgliedern, getrennt nach Geschlechtern, durch die Vereine gegenüber dem LSB erfolgt und dokumentiert wird.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wurde zur Kenntnis genommen.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
84	2014	Billigere Bäder

Vorschlagstext

Immer wieder wird beklagt, die Kölner Bäder würden defizitär arbeiten. Dies finde ich sehr erklärlich, wenn ich mir a) die Öffnungszeiten anschaue und b) die Eintrittspreise. Einfach nur zweimal die Woche eine Stunde Schwimmen zu gehen ist für viele Leute finanziell nicht leistbar. Schwimmen wird zum Luxus, und da sich den wenig Menschen leisten können, haben die Bäder natürlich auch zu wenig Besucher. Mein Vorschlag: in allen Kölner Bädern einen zusätzlichen Tarif einführen, der es erlaubt, einfach nur zwei Stunden Schwimmen zu gehen (also ohne Saune und den ganzen Schickschnack), am besten in der Preisklasse von maximal 2 €. Dadurch könnten mehr Besucher gelockt werden, es kommt mehr Geld in die Kasse, und dieses Geld könnte dazu verwendet werden, neue Bademeister zu finanzieren, um so die Öffnungszeiten auszuweiten.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Durch Ratsbeschluss vom 13.12.2007 erledigt. Die KölnBäder GmbH ist über die Stadtwerke Köln als Organgesellschaft in der Spitze ein städtisches Unternehmen und es erfolgen bereits hochgradige Subventionen, so im Bereich des Schul- und Vereinsschwimmen in Höhe von pro Jahr fast 2 EUR Millionen durch die Stadt. Ziel der KölnBäder GmbH ist es den Bürgern ein flächendeckendes, attraktives und zugleich preisgünstiges Bäderangebot zur Verfügung zu stellen. Das Preis-Leistungsverhältnis der Köln-Bäder im Vergleich zu anderen, auch privatwirtschaftlich betriebenen Bädern, liegt im Optimum. Auch der reine Preisvergleich zeigt, dass sich die KölnBäder hier im Rahmen bewegen. In der Zeit seit der Gründung der KölnBäder GmbH (1998) bis Ende 2006 sind fast 52 EUR Millionen in die vorhandene Bäderstruktur in Köln investiert worden. Darüber hinaus sind für die Zukunft Investitionen in Höhe von ca. 70 EUR Millionen geplant (Neubau Ossendorfbad, Neubau Eis- und Schwimmstadion, Generalmodernisierungen Freibad Stadion und Zollstockbad). Eine sicherlich in der Bundesrepublik einmalige Situation, welche nur durch die Einbindung der KölnBäder GmbH unter dem Dach des Stadtwerke-Konzerns Köln möglich ist. Die Einnahmen (Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge) pro Badegast (2006 / 2.078.059 Gäste) lagen im Jahre 2006 im Durchschnitt bei 4,36 EUR. Demgegenüber stehen im Jahre 2006 Ausgaben (Materialaufwand, Personalaufwand, Kapitaldienst für Investitionen, sonstige betriebliche Aufwendungen und Steuern) pro Badegast im Durchschnitt von 9,65 EUR. Daraus ergibt sich eine Subventionierung von 5,29 EUR pro Badegast im Jahre 2006. Deutschlandweit wurde im Durchschnitt im Jahre 2005 jeder Badegast mit 9,02 EUR bezuschusst, was die erfolgreiche Arbeit der KölnBäder GmbH dokumentiert.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wird bereits umgesetzt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
86	1777	Rasenplätze

Vorschlagstext

Mein Vorschlag ist, dass mehr Kölner Fußballvereine mit Rasenplätzen ausgestattet werden. Dadurch können mehr Kinder für den Sport begeistert werden und man trägt weniger Verletzungen vom Platz.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Ausstattung mit Rasenplätzen ist nicht sachgerecht, da diese im Vergleich zu Tennen- und Kunstrasenspielfeldern weit weniger häufiger frequentiert werden können. Aus Sicht der Sportverwaltung ist dieser Vorschlag daher nicht umsetzbar. Bei dieser Auffassung bleibt die Verwaltung trotz der anderslautenden Beschlüsse aus verschiedenen Bezirksvertretungen.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
91	1379	Schwimmbäder

Vorschlagstext

Die öffentliche Hand muss gewährleisten, dass ihre Bürger (Kinder) schwimmen können und nicht nur in Spassbädern rumplantschen. Dafür ist es notwendig in jedem Stadtbezirk ein öffentliches Bad zu führen und zu erhalten. Zur "Bewegungsarmut" könnte ich noch viele weitere Vorschläge machen, dieses würde hier aber den Rahmen sprengen, nur soviel: Stellen wir (Bürger und Stadt) sicher, dass unsere Kinder nicht in einem Automoloch aufwachsen müssen, denn immerhin waren die Fussgänger die ersten Menschen auf diesem Planeten.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Durch Ratsbeschluss vom 13.12.2007 erledigt.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wurde umgesetzt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
92	4261	Entlastung von Schwimm- vereinen

Vorschlagstext

Die Stadt Köln sollte die Kosten für die Badnutzungsgebühren der Schwimmvereine übernehmen, andernfalls ist zu befürchten, dass künftig deutlich weniger Kinder schwimmen lernen. Sportlicher "Analphabetismus" passt nicht zur §Sportstadt Köln" und zum "Masterplan".

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Durch Ratsbeschluss vom 13.12.2007 erledigt.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.

Umsetzungsstand

Der Vorschlag wurde umgesetzt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
93	2050	Inlineskating- bahn

Vorschlagstext

Dem Inlineboom der vergangenen Jahre sind keine Taten gefolgt. Inlineskating ist Freizeitsport und kann überall ausgeübt werden. Damit wird man aber in keiner Weise dem Sport gerecht, der ohne Anlage/ Bahn nicht ausgeübt werden kann. Immer noch riskieren die Sportler am Fühlinger ihre und die Gesundheit der anderen Menschen um zu trainieren. Darüberhinaus läßt man ein sehr attraktives Feld für Schüler ungenutzt. Inlineskating könnte für den Schulsport sehr interessant sein, wenn Angebote gemacht werden könnten!!! Inlinesport ist eine Traditionssportart und hat seinen Ursprung auf der Bahn, änlich dem Radsport, Shorttrack etc.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Dem Inlineboom wurde in Köln insbesondere durch zwei weit über die Stadtgrenzen hinaus etablierte Großveranstaltungen, nämlich den „Sport Scheck Inline Marathon Köln“ und der Veranstaltung „Inline in Colonia“ Rechnung getragen. Zusätzlich zu den unter Rang 20 ausgeführten Aussagen ist zu ergänzen, das sich der Inlineboom der letzten Jahre sowohl hinsichtlich der Industrieabsatzmärkte als auch im Hinblick auf Veranstaltungen deutlich, wenn nicht sogar dramatisch zurückentwickelt hat und von daher die Einschätzung, dass es sich beim Inlineskaten um eine Traditionssportart handele, aus sportfachlicher Sicht nicht geteilt wird. Die Nutzung von Turn- und Sporthallen im Schulsportunterricht ist auch in Köln wie in anderen Kommunen grundsätzlich möglich.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Der Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung abgelehnt.

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
97	2714	Sport- und Freizeitorte für Kinder und Jugendliche

Vorschlagstext

Ich finde, daß in der Stadt Köln viel zu wenig Sport- und Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche angeboten werden. Es fehlen z.B. Fußballplätze oder andere öffentliche Plätzen für sportliche Aktivitäten, wie z.B. Skateboardfahren in den Stadtvierteln. Grünflächen gibt es an Übermaß in Köln, stattdessen solle man attraktive Angebote für Kinder bereitstellen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Hierbei handelt es sich um eine Meinungsäußerung.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Umsetzungsstand

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
99	8063	Der Kölner Haushalt und das Thema Sport

Vorschlagstext

Die Programme der Kölner Sportvereine tragen schon heute den Anforderungen der Zielgruppenorientierung Rechnung. Nach meiner Kenntnis gehört allerdings keine Kölner Organisation zu den bundesweit etwa 20 % der Sportvereine, die das Prinzip Gender Mainstreaming in ihrer Satzung verankert haben. Gründe dafür finden sich in der Struktur der Funktionärselite. Sie besteht fast ausschließlich aus Männern im mittleren Alter, die sich in ihrer Jugend männlichen Sportarten widmeten. Dem Vereinssport sind in den letzten Jahrzehnten jedoch Aufgaben zugewachsen, die in der Vereinsentwicklung beachtet werden wollen. Dazu gehört in erster Linie der Gesundheitssport, aber auch die Integration von Bevölkerungsgruppen mit eingeschränkter Teilhabe am Leben in der Stadt. Genannt seien hier z.B. Angebote für Migrantinnen mit Kinderbetreuung, aber auch Angebote für Männer und für Altere im Gesundheitssport. Unter der Bedingung knapper Haushaltsmittel besitzt die Modernisierung von Vereinsstrukturen eine hohe Bedeutung für die Kölner Ausgabenpolitik. Es muss gewährleistet werden, dass die städtische Förderpolitik im Einklang steht mit modernen Entwicklungen. Gender Mainstreaming ist dafür ein besonders effektives Instrument. Sowohl bei der Konzeption des neuen Masterplans Sport als auch bei der Neufassung der Förderrichtlinien müssen die Grundsätze von Gender Mainstreaming zur Anwendung gelangen.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Vorschlag sollte an den Stadtsportbund Köln (SSBK) weitergeleitet werden.

Ausschuss	Bezirk
Sport	Gesamtstadt

Entscheidung des Rates

Dem Vorschlag wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung zugestimmt.

Umsetzungsstand

Die Kontaktaufnahme mit dem StadtSportBund Köln erfolgt kurzfristig.